Dienstag, 10. Januar 1984 - D *

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 8 - 2.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 90 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 130,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Friedensplan: Die Außenminister von neun lateinamerikanischen Staaten einigten sich auf ein Friedenskonzept für Mittelamerika. Es sieht einen Zeitplan für den Abzug fremder Truppen und eine Bestandsaufnahme aller Waffen in der Region vor. Eine Sonderkommission der USA will sich für Wirtschaftshilfe in Höhe von acht Milliarden Dollar einsetzen. (S. 1)

Wörner zu Kießling: Der in den Ruhestand versetzte General war ein Sicherheitsrisiko und konnte deshalb nicht weiter verwendet werden, erklärte Verteidigungsminister Wörner. Kießling hätte der Sicherheitsbescheid entzogen werden müssen. (S. 1)

„DDR"-Dumping: Heftige Proteste hat der Verkauf von Billig-Zement aus der „DDR" im hessischen Zonen-Randgebiet ausgelöst. Vor allem mittelständische Unternehmen sehen ihre Existenz gefährdet. (S. 4)

Beirut: Bei einem Angriff mit Granaten und automatischen Gewehren auf einen Wachposten des französischen Hauptquartiers in Beirut ist ein Soldat getötet worden, zwei weitere Franzosen wurden verwundet.

Beamtenbund: Die Beamtenschaft sei durch die Sparmaßnahmen des Bundes für den öffentlichen Dienst in eine tiefe Motivationskrise geraten, die zu „politischem Sprengstoff" werden könne, erklärte der Vorsitzende des Deutschen Beamtenbundes, Krause. Innenminister Zimmermann sicherte zu, es werde künftig keine neuen Sonderopfer geben. (S. 1)

Jumbo-Abschuß: Erstmals wurde jetzt auch von sowjetischer Seite der Abschuß der südkoreanischen Verkehrsmaschine mit 269 Menschen an Bord kritisiert. Luftwaffengeneral Golubiew forderte alle Piloten auf, streng nach den Regeln zu handeln und Luftraumverletzer auf dem nächsten Flughafen zur Landung zu zwingen. (S. 5)

Heute: Parlamentswahlen in Dänemark. – US-Präsident Reagan empfängt Chinas Ministerpräsident Zhao Ziyang. – Innenminister Zimmermann erörtert mit Vertretern der Öl- und Autoindustrie in Bonn Konzept zur Einführung bleifreien Benzins. – Eröffnung des Prozesses gegen den mutmaßlichen „DDR"-Spion Reiner Paul Fülle in Stuttgart.

ZITAT DES TAGES



„Mit den anstehenden Grundsatzentscheidungen zur Senkung der Lohn- und Einkommensteuer werde ich den Abbau einer Reihe von Steuersubventionen vorschlagen. Dabei rechne ich mit der nachhaltigen Unterstützung aller, die uns auffordern, auf diesem Gebiet tätig zu werden."

Finanzminister Gerhard Stoltenberg (S. 7)
FOTO: JUPP DARCHINGER

WIRTSCHAFT

Anstieg ungebrochen: Der Mittelwert des Dollars wurde gestern in Frankfurt auf 2,8332 DM festgesetzt, nach 2,8085 DM am Freitag. Die Bundesbank intervenierte mit dem Verkauf von 61,9 Millionen Dollar.

US-Konkurse: Die Zahl der Firmenzusammenbrüche stieg 1983 gegenüber dem Vorjahr um 24 Prozent auf 31 334, dem höchsten Niveau seit 1932.

Auftragsboom: Die amerikanische Rüstungsindustrie verbuchte vergangenes Jahr Aufträge im Wert von 30 Milliarden Dollar für nukleare Waffensysteme, ergab eine private Studie.

Texaco/Getty: Die US-Ölgesellschaften Texaco und Getty haben sich förmlich auf einen Zusammenschluß geeinigt. Eine gerichtliche einstweilige Verfügung gegen die Transaktion wurde aufgehoben.

Konjunktur: Die deutsche Industrieproduktion ist zum Jahresende weiter gestiegen. Der Ausstoß des produzierenden Gewerbes erhöhte sich im November um 1,5 Prozent, des verarbeitenden Gewerbes um ein Prozent gegenüber Oktober. (S. 7)

Börse: Gesunkene Unternehmungslust führte an den Aktienmärkten zu uneinheitlicher Kursentwicklung. Der Rentenmarkt war schwächer. WELT-Aktienindex 156,1 (155,7). Dollarmittelkurs 2,8332 (2,8085) Mark. Goldpreis pro Feinunze 365,25 (375,25) Dollar.

KULTUR

Ehrung für Zweig: Als erster deutschsprachiger Schriftsteller erhielt Max Zweig den Literaturpreis der Zionistischen Weltorganisation.

Evangeliar: In Zusammenhang mit der Ersteigerung des „Evangeliars" Heinrichs des Löwen wurden gegen Bundesinnenminister Zimmermann und Niedersachsens Regierungschef Albrecht Strafanträge wegen Verschwendung von Steuermitteln gestellt. Antragsteller ist der frühere Bürgermeister der Stadt Helmarshausen, Justus Wilhelm Krug. (S. 14)

SPORT

Fußball: Titelverteidiger Deutschland sowie Frankreich, Spanien und Jugoslawien wurden in Paris für die Europameisterschafts-Endrunde gesetzt. Das erste Spiel der deutschen Mannschaft findet am 14. Juni in Straßburg statt.

Handball: Erhard Wunderlich wird keinen Zehnjahresvertrag beim TSV Milbertshofen unterschreiben. Der FC Barcelona lehnt eine vorzeitige Freigabe ab. Wunderlich muß in Spanien seinen Dreijahreskontrakt mit einjähriger Option erfüllen.

AUS ALLER WELT

Todessprung: Unter den anfeuernden Rufen Schaulustiger „Wir wollen Blut sehen", stürzte sich im englischen Luton ein Geistesgestörter vom Dach eines Parkhauses in den Tod. (S. 14)

Zwang zur Leistung: Bereits zehn bis zwanzig Prozent der Schüler der ersten Klassen in der Bundesrepublik bekommen heute von ihren Eltern Medikamente zur Leistungssteigerung, schätzt der Präsident des Deutschen Kinderschutzbundes, Walter Bärsch. (S. 3)

Wetter: Weitgehend niederschlagsfrei. 0 bis 3 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Kissinger will Allianz für Demokratie in Mittelamerika

Kommission schlägt Verdreifachung der US-Hilfe vor / Einigung in Panama

dpa/rtr/SAD, **Washington**

Die unabhängige Mittelamerika-Kommission der USA will Präsident Reagan zur Bekämpfung des wachsenden sowjetischen und kubanischen Einflusses „eine neue Allianz für Demokratie und Wohlstand" in dieser Region sowie eine Verdreifachung der US-Wirtschaftshilfe für die nächsten sechs Jahre auf acht Milliarden Dollar vorschlagen. In Panama-Stadt regten die Außenminister fünf mittelamerikanischer Länder Maßnahmen zur Entmilitarisierung der Region an, die eine Bestandsaufnahme aller dort vorhandenen Waffen und einen Zeitplan für den stufenweisen Abzug ausländischer Militärberater vorsehen.

Nach den Empfehlungen der vom ehemaligen Außenminister Henry Kissinger geleiteten US-Kommission sollen künftige Hilfszahlungen davon abhängig gemacht werden, daß im Empfängerland Menschenrechte und Demokratie respektiert und das Privatunternehmertum gefördert werden. Der Kommissionsbericht soll Reagan morgen übergeben und anschließend veröffentlicht werden.

Ein Kommissions-Mitglied sagte, es sollten nur Staaten unterstützt werden, die nicht unter dem Einfluß der Sowjetunion und Kubas stünden. El Salvador erfülle diese Bedingungen, und die Militärhilfe für dieses Land solle 1984 und 1985 um 400 Millionen Dollar erhöht werden, um eine „direkte Bedrohung der Sicherheitsinteressen der USA" abzuwehren.

Nicaragua könne derzeit keine US-Hilfe erwarten. Dieses Land komme

SEITE 2:
Im Prinzip einig

für Zuwendungen erst wieder in Frage, wenn die sandinistische Regierung den Revolutionsexport stoppt, die kubanischen Berater nach Hause schickt und freie Wahlen wagt. Die meisten Kommissions-Mitglieder bezweifeln jedoch, daß die Männer in Managua so weit gehen werden.

Die Kommission warnt vor der Gefahr, daß die Sowjetunion und Kuba das Gleichgewicht der Kräfte in Mittelamerika umstürzen wollten. Das Zusammenspiel Moskaus und Havanas mit dem Ziel, ihren Einfluß in „verwundbaren Gebieten der westlichen Hemisphäre" auszudehnen, sei eine direkte Bedrohung der Sicherheitsinteressen der USA. Die Revolution der Sandinisten in Nicaragua im Jahr 1979 sei ein „entscheidendes Ereignis" für die Ausbreitung des Kommunismus in diesem Gebiet gewesen und sei mit der Machtübernahme Fidel Castros in Kuba 20 Jahre zuvor vergleichbar.

Es werde versucht, Nicaragua als „Sprungbrett für kubanische und sowjetische Anstrengungen zur Förderung bewaffneter Aufstände in Mittelamerika" zu nutzen. Verstärkte US-Wirtschaftshilfe einer „neuen Allianz für Demokratie und Wohlstand" zugunsten Mittelamerikas solle verhindern, daß es zu einem „strategischen Handstreich größeren Ausmaßes" durch die Sowjetunion komme. Insgesamt schätzt die Kommission den Finanzbedarf für Mittelamerika bis 1990 auf 24 Milliarden Dollar. Die Mittel sollten von den USA, anderen Ländern und internationalen Kreditinstitutionen wie der Weltbank und der Interamerikanischen Entwicklungsbank aufgebracht werden.

In dem Entwurf wird ferner verstärkte Militärhilfe für Honduras empfohlen, um eine „glaubwürdige Abschreckung" aufzubauen. Außerdem sollten die Militärhilfe und direkte Waffenverkäufe an Guatemala, die wegen Menschenrechtsverletzungen in diesem Land von Reagans

● Fortsetzung Seite 6

DER KOMMENTAR

Verspätete Klarheit

HEINZ BARTH

„Nicaragua ist das Sprungbrett Kubas und der Sowjetunion für den bewaffneten Aufstand in Mittelamerika." So liest man in dem Bericht der Kissinger-Kommission über die Krise der Region, der dem Weißen Haus am Mittwoch vorgelegt wird. Er empfiehlt Präsident Reagan die Verdreifachung der Wirtschafts- und Militärhilfe für Zentralamerika und warnt dringend vor der Gefahr, daß Moskau und Havanna unter dem Vorwand der sozialen Konflikte in der Hemisphäre deren strategische Situation verändern – eine Umwälzung, die für die Sicherheit der USA nicht weniger bedrohlich sei als die Machtübernahme Fidel Castros vor zwanzig Jahren.

Eine kräftige Sprache, die *Henry Kissinger mit Sicherheit* den Vorwurf eintragen wird, er habe sich wider besseres liberales Wissen dem primitiven Antikommunismus der Reagan-Equipe angepaßt. Das können aber nur Kritiker behaupten, die sich nicht die Mühe gemacht haben, seine gesammelten Vorträge und Aufsätze der Jahre nach seinem Ausscheiden aus der aktiven Politik zu lesen. Aus ihnen spricht der wirkliche Henry Kissinger. Nicht der Sicherheitsberater und spätere Außenminister von zwei Präsidenten, der acht Jahre die amerikanische Außenpolitik gestaltete, soweit es ihm die von den Medien verformte öffentliche Meinung und der Kongreß gestatteten.

Kissinger hat im Vietnam-Krieg erfahren müssen, wie frustrierend es ist, die Außenpolitik einer Großmacht zu lenken, deren Bewegungsraum von dilettantischen Volksvertretern und den Wahlkampf-Interessen der Präsidenten eingeengt wird. Davon war Kissingers nicht eben gloriose Rolle beim Frieden mit Hanoi überschattet. Nicht anders war es mit seiner widerwilligen Tolerierung der Brandtschen Ostpolitik, welche ihm langfristig als ein zu hoher Preis für die Entspannung erschien, die Nixon 1972 für seine Wiederwahl benötigte.

Jetzt erleben wir den Realpolitiker Kissinger in voller Lebensgröße. Ein wenig bedrückend ist es schon, nachträglich am Beispiel Mittelamerikas vorgeführt zu bekommen, wieviel näher er der politischen Wirklichkeit war als er manchmal zu erkennen gab. Das Ausscheiden aus dem Amt produziert zuweilen wohltätige Wirkungen der Aufrichtigkeit. Leider sind es fast immer verspätete Wirkungen.

Minister wehrt sich gegen Beamtenbund

Zimmermann will sich „weiteren Einschnitten widersetzen" / Scharfer Angriff Krauses

G. BADING, **Bad Kissingen**

Mit einer klaren Absage an jedes zusätzliche Sonderopfer der Beamten bei künftigen haushaltspolitischen Entscheidungen der Regierung hat Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann der ungewöhnlich scharf formulierten Kritik des Deutschen Beamtenbundes (DBB) an den jüngsten Sparmaßnahmen die Spitze zu nehmen versucht. Er halte daran fest, daß die Grenze der Belastbarkeit des öffentlichen Dienstes erreicht sei, sagte der Minister auf der beamtenrechtliche Jahrestagung des DBB in Bad Kissingen. Er halte die Beschlüsse für gerade noch tragbar, habe deshalb auch kein Verständnis für Larmoyanz der Beamten. „Weiteren Einschnitten jedoch werde ich mich widersetzen."

Vor der Grundsatzrede Zimmermanns hatte der DBB-Vorsitzende Alfred Krause die Bundesregierung heftiger attackiert, als es in den vergangenen Jahren seine Art war. Krause, der erst im November für weitere vier Jahre im Amt bestätigt worden war, warf der Bundesregierung vor, sie habe mit der Nullrunde und anderen Eingriffen eine „beispiellose Kampfansage gegen elementare Belange" des öffentlichen Dienstes geliefert. In einem Interview mit dem Deutschlandfunk hatte der DBB-Vorsitzende erklärt, mit den jüngsten Sparmaßnahmen rutschten in Einzelfällen die Bezüge von Beamten unter die Grenze des Sozialfürsorgeanspruchs.

Mit der Fortsetzung einer Politik, in der der öffentliche Dienst zur „Sa-

SEITE 2:
Null zu null

nierungsmasse für staatliche Sparentscheidungen" werde, richte die Bundesregierung nicht nur materiellen Schaden bei den betroffenen Beamten an. Angesichts der großen Aufgaben des öffentlichen Dienstes bei der Gestaltung der Zukunft – dies ist das eigentliche Diskussionsthema der Tagung in Bad Kissingen – sei die Regierung mehr denn je auf eine verläßlich arbeitende Beamtenschaft angewiesen.

Wenn die Fürsorgeverpflichtung des öffentlichen Arbeitgebers im besonderen Treueverhältnis den Beamten gegenüber jedoch weiter vernachlässigt werde, dann müsse man die Motivationskrise unter den Beamten, die Stimmungslage im gesamten öffentlichen Dienst als einen „politischen Sprengstoff ersten Ranges" bezeichnen. Zimmermann erwähnte in seiner Rede zwar die Nullrunde für die Beamten nicht ausdrücklich, machte jedoch deutlich, daß er einen daran orientierten Abschluß auch in den Tarifverhandlungen des öffentlichen Dienstes für Arbeiter und Angestellte durchsetzen möchte. Die Verhandlungen beginnen im Herbst 1984. Als Verhandlungsführer in diesen Tarifrunden werde er „alles dafür tun", daß die Einkommensentwicklung zwischen Beamten und Tarifbereich „nicht noch weiter auseinanderklafft", sagte Zimmermann.

Der neue innenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Paul Laufs, erklärte dazu, er sei sicher, daß sich die Beamten „unter dem Strich nicht schlechter stellen" *als Arbeiter und Angestellte. Dies* könnte durch die Erweiterung der „Nullrunde" in den Tarifbereich sichergestellt werden (wogegen allerdings die ÖTV Sturm laufen würde) oder durch einen „Nachschlag" für Beamte, falls im Tarifbereich Erhöhungen ausgehandelt würden. Jede Absicht, einen solchen „Nachschlag" zu gewähren, ist aber von der Regierung bisher energisch dementiert worden.

Radio Vatikan setzt Sendung über Walesa ab

H. J./DW. **Rom**

Der deutschsprachige Dienst von Radio Vatikan hat eine für den vergangenen Sonntag angekündigte Sendung über den polnischen Arbeiterführer Lech Walesa kurzfristig abgesetzt. Die Sendung sollte unter dem Titel „Aktenzeichen Lech Walesa – Ein Fall für den Advocatus" stehen. Die Rundfunkstation entschuldigte sich bei ihren Hörern „für die kurzfristige Änderung im Programm" und erklärte zur Begründung: „Wir wollten helfen, nicht schaden." Die politische Lage lasse es geraten erscheinen, zum jetzigen Zeitpunkt auf die Ausstrahlung zu verzichten. Die Sendung solle zu einem geeigneten Zeitpunkt nachgeholt werden, hieß es weiter.

In vatikanischen Kreisen wurde dieser Vorgang auf die innenpolitische Lage in Polen, insbesondere auf die derzeitigen Verhandlungen zwischen der katholischen Kirche und dem Warschauer Regime, zurückgeführt. Ob die Absetzung des Beitrags eine Wende im Verhältnis zwischen der Kirche und dem Führer der verbotenen Gewerkschaft „Solidarität" signalisiert, blieb offen. In Kürze wird der Primas von Polen, Jozef Kardinal Glemp, in Rom erwartet, um Papst Johannes Paul II. über seine jüngsten Kontakte mit der polnischen Führung zu berichten. Glemp schwieg bislang über den Verlauf seiner Unterhaltung mit General Jaruzelski. Es fiel auf, daß der Kardinal auch in seiner Dreikönigs-Predigt nicht auf die innerpolnische Problematik einging.

Post warnt vor Nachtflugverbot für Frankfurt

dpa/AP, **Bonn**

Das von den Grünen in Hessen geforderte Nachtflugverbot für den Frankfurter Flughafen würde zu gravierenden Verspätungen bei der Briefzustellung führen. Auf diese Konsequenz wies Bundespostminister Christian Schwarz-Schilling (CDU) in einem Fernschreiben den geschäftsführenden Holger Börner (SPD) hin, der mit den Grünen über eine längerfristige politische Zusammenarbeit im Wiesbadener Landtag verhandelt.

Nach Ansicht des Ministers wären von dem erwogenen totalen Nachtflugverbot für den Flughafen in Frankfurt etwa drei Millionen Briefe pro Nacht betroffen. Das sind etwa 15 Prozent des täglichen „schnellaufenden Briefaufkommens". Die Empfänger müßten dann mit Verspätungen von mindestens einem Tag rechnen.

Schwarz-Schilling machte darauf aufmerksam, daß es nur mit Hilfe der Nachtluftpost und des Frankfurter Flughafens möglich sei, den weltweit anerkannten Zustelldienst im Briefverkehr zu garantieren, wonach etwa 90 Prozent aller Briefe einen Tag nach der Einlieferung ihren Zielort erreichten.

Die Post besitze ein genau geplantes Transportsystem, bei dem Transportkapazitäten und die Fahrpläne von Straßen-, Schienen- und Luftfahrzeugen aufeinander abgestimmt seien. Der Bundespostminister forderte von Börner deshalb klare Aussagen darüber, wann der Frankfurter Flughafen mit welchen Maßnahmen zu rechnen habe.

Hardthöhe: Sicherheitsrisiko Kießling

Wörner lagen Erkenntnisse des MAD vor / Entlassung war „zwingend" geworden

RÜDIGER MONIAC, **Bonn**

Das Bundesverteidigungsministerium hat jetzt in die Diskussion um den abgelösten stellvertretenden NATO-Oberbefehlshaber Günter Kießling eingegriffen. Der Vier-Sterne-General sei aus Gründen der nationalen Sicherheit in den einstweiligen Ruhestand versetzt worden, versicherte Ministeriumssprecher Jürgen Reichardt gestern vor Journalisten. Die geltende Rechtslage und das Interesse der Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland hätten Minister Wörner keine andere Wahl gelassen. Das Ministerium ging dabei erstmals offiziell auf die Gründe für die Ablösung Kießlings ein, ohne sie näher zu erläutern.

Wörner verfügte nach Angaben Reichardts über Erkenntnisse von Sicherheitsbehörden, nach denen Kießling der Sicherheitsbescheid und damit der Zugang zu geheimen Unterlagen „zwingend hätte entzogen werden müssen". Er bestätigte, daß in die Ermittlungen auch der Militärische Abschirmdienst (MAD) eingeschaltet gewesen sei. Ausländische Geheimdienste seien nicht einbezogen gewesen. Reichardt wies darauf hin, daß es bisher keine Angaben für einen Verratsfall gebe. Kießling werde auch keine Verletzung der Dienstpflicht vorgeworfen.

Ohne diese Sicherheitsbescheide hätte der General jedoch nicht weiter auf seinem Dienstposten beschäftigt werden können. Deshalb habe Wörner „mit Rücksicht auf den Betroffenen und zur Abwendung von Schaden für die Bundesrepublik Deutschland" auf deren Entziehung verzichtet und Kießling zum Jahresende auf der Rechtsgrundlage des Paragraphen 50 des Soldatengesetzes in den einstweiligen Ruhestand versetzen lassen. Der Paragraph 50 gibt dem Bundespräsidenten das Recht dazu. Gründe müssen nicht angegeben werden. Wörner hatte die Entlassung beim Staatsoberhaupt beantragt. Zur Erläuterung erklärte Reichardt gestern, dieser Antrag an den Bundespräsidenten habe nahegelegen, da es ohnehin beabsichtigt gewesen sei, den General zum 31. März dieses Jahres in den Ruhestand zu versetzen.

Wörners Sprecher weigerte sich nachdrücklich, trotz wiederholter Fragen zu erläutern, welche Gründe dazu geführt haben, daß Kießling als Inhaber von Sicherheitsbescheiden nicht mehr tragbar war. Erst diese Bescheide erlauben einem General den Zugang zu Verschlußsachen hoher und höchster Geheimhaltung. Der Sprecher sagte lediglich, bis zur Stunde habe der Verteidigungsminister zum Schutze des Betroffenen über diese Gründe geschwiegen. Da aber Kießling selbst an die Öffentlichkeit gegangen sei, sei die ministerielle Schweigepflicht entfallen. Der General hatte in einem Zeitungsinterview selbst gesagt, im Zusammen*hang mit seiner vorzeitigen Pensio*nierung seien ihm Vorwürfe hinsichtlich homosexueller Beziehungen gemacht worden und hinzugefügt, er habe sie „als völlig haltlos entschieden zurückgewiesen", soweit diese

▲ Fortsetzung Seite 6

Peking drängt Reagan zu Revision der Taiwan-Politik

Kein Ultimatum, aber Wiedervereinigung bleibt vorrangig

AP/DW. **Peking**

Peking hat unmittelbar vor dem Gespräch zwischen US-Präsident Ronald Reagan und dem chinesischen Ministerpräsidenten Zhao Ziyang die Vereinigten Staaten noch einmal zu einer Revision ihrer Taiwan-Politik gedrängt. Wie die englischsprachige Pekinger Tageszeitung „China Daily" gestern schrieb, könnten alle Divergenzen zwischen beiden Seiten ausgeräumt werden, sobald das Problem „der chinesischen Insel Taiwan" gelöst sei. Seit der Normalisierung der beiderseitigen Beziehungen vor fünf Jahren seien zwar „beachtliche Fortschritte" gemacht worden, doch gebe es „immer noch einige Schwierigkeiten".

Mit dem Artikel bekräftigte Peking nach Ansicht von Beobachtern die Bedeutung, die es der Taiwan-Frage zumißt, ohne aber ultimative Forderungen an Washington zu stellen. Der chinesische Ministerpräsident hatte kurz vor seiner Abreise den USA signalisiert, daß Peking das Verhältnis der USA zu Taiwan nach wie vor zwar als Störfaktor empfindet, daß es aber nicht auf sofortige Einstellung aller amerikanischen Waffenlieferungen an die Regierung in Taipeh dringen wird. Zugleich hatte die Vorsitzende der chinesischen Konsultativkonferenz und Witwe des ehemaligen chinesischen Premiers Zhou Enlai, Deng Yingchao, in einer Neujahrsansprache die Wiedervereinigung mit Taiwan als eine der drei großen chinesischen Zielsetzungen für die achtziger Jahre bezeichnet.

Zhao hielt sich nach seinem Kurzbesuch auf Hawaii gestern in Williamsburg im US-Bundesstaat Virginia auf. Heute wird er in Washington erwartet. Bei seinen zweitägigen Gesprächen mit Reagan wird es neben der Taiwan-Kontroverse vornehmlich um Wirtschaftsfragen gehen. Unter anderem soll ein Abkommen über Industrie-Kooperation unterzeichnet werden, das amerikanische Investitionen in China erleichtern wird.

Wie ein hoher Regierungsbeamter in Washington sagte, soll mit Zhao auch die Möglichkeit erörtert werden, daß Peking „mäßigend auf Nordkorea einwirkt". Dazu habe es bereits diplomatische Kontakte zwischen Washington und Peking gegeben.

„Man kann doch nicht alle einsperren"

AP, **Berlin**

Die SED will allem Anschein nach den Spielraum der unabhängigen Friedensbewegung in der „DDR" immer mehr einengen. Nach Einschätzung westlicher Beobachter ging dies auch aus den Äußerungen des früheren Vorsitzenden der staatlichen Jugendorganisation FDJ und neuen Mitglieds des SED-Politbüros, Egon Krenz, gegenüber einer Delegation der Jungsozialisten hervor.

Diese Gewährsleute meinten, Krenz habe offenbar als neuer ZK-Sekretär den Auftrag erhalten, die Aktivitäten der unabhängigen Friedensgruppen zu bremsen, aber gleichzeitig den dadurch entstehenden Schaden in den Beziehungen zu Bonn zu begrenzen.

Nach Angaben des Juso-Bundesvorsitzenden Rudolf Hartung sagte Krenz, in der „DDR" werde niemand inhaftiert, weil er der Meinung sei, daß keine neuen sowjetischen Raketen aufgestellt werden sollten. Krenz habe aber hinzugefügt, daß es Fälle gebe, „wo heute unter der Flagge Friedensbewegung die Gründung von oppositionellen Gruppen betrieben wurde". Das verstoße gegen die „DDR"-Gesetze und werde nicht geduldet.

Diplomatische Gewährsleute sagen, die SED sei augenscheinlich der Meinung, es genüge, die „Rädelsführer" zu verhaften oder unter Dauerdruck zu setzen, um der Friedensbewegung die Flügel zu stutzen. Bärbel Bohley, Mitglied der Gruppe „Frauen für den Frieden", meinte dazu in einem Brief, den sie vor ihrer Verhaftung am 21. Dezember 1983 an Freunde schrieb: „Es ist ein Irrtum der Staatssicherheit, zu glauben, daß es in der (DDR) Friedensbewegung ‚Rädelsführer' gibt, die man nur ins Gefängnis stecken muß, um Ruhe vor dem Frieden zu haben. Immer mehr Menschen wollen nicht im Schatten von Raketen leben, wollen sich nicht betrügen lassen durch die Übungen der Zivilverteidigung, die uns vormachen wollen, daß ein Überleben auf dem Schlachtfeld möglich ist, wollen sich nicht mehr der zunehmenden Militarisierung des öffentlichen Lebens beugen, wollen nicht, daß ihre Kinder schon heute das Schießen lernen. Man kann nicht alle einsperren."

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Null zu null

Von Günther Bading

Innenminister Zimmermann ist an Grenzen gestoßen, Grenzen zumindest für die weitere Belastbarkeit der ihm unterstellten Staatsdiener. Vor der Jahrestagung des Beamtenbundes hat er in seiner traditionellen Rede zur Lage der Beamtenschaft die Zusicherung wiederholt, daß es von nun an Schluß sei mit den Sonderopfern.

Auf insgesamt zwölf Prozent beziffert man den Einkommensrückstand der Beamten gegenüber der Wirtschaft seit den 70er Jahren. Und in diesem Jahr, just zu Beginn des Wirtschaftsaufschwungs, mit einer auf vier Prozent geschätzten allgemeinen Einkommensverbesserung, sollen die Staatsdiener mit einer „Nullanpassung" ihrer Besoldung belohnt werden.

Dabei liegt schon vieles im argen im öffentlichen Dienst. Es ließe sich trefflich über die Berechtigung von Ministerialzulagen streiten und auch über die Höhe von Gehältern der Besoldungsstufe „B". Die wahrhaft Betroffenen sind die „kleinen" Beamten mit Monats-Grundgehältern um 1600 oder knapp 2000 Mark. Gerade in deren Schreibstuben aber werden jene aus einem modernen Staatswesen nicht wegzudenkenden Papiere bearbeitet, die letztlich mitentscheidend sind für den erhofften Aufschwung – von der Baugenehmigung bis zu den Zolldokumenten für den Export.

Gefährlich ist nicht nur die Motivationskrise der Beamtenschaft, Sprengstoff enthält auch die Zusicherung des Innenministers, er werde sich in den Tarifverhandlungen im Herbst mit ganzer Kraft dafür einsetzen, daß die Einkommensentwicklung zwischen den Beamten und Arbeitern und Angestellten des Tarifbereiches nicht weiter auseinanderklaffen solle.

Für die Beamtenschaft heißt das im Klartext: Nullrunde auch im Tarifbereich. Es ist aber abzusehen, daß die ÖTV dagegen Sturm laufen wird.

Peanuts

Von Jürgen Liminski

Washington nährt wieder eine Illusion: Gleich mehrere Berater wollen in Damaskus Zeichen von Verhandlungsbereitschaft ausgemacht haben. Wunsch und Wirklichkeit jedoch werden dabei nicht an der Situation auf dem Gefechtsfeld gemessen, sondern an einem Datum. Ende Januar will Reagan seine Kandidatur verkünden und vorher möglichst das leidige Wahlkampfthema Libanon vom Tisch oder wenigstens im Ansatz gelöst haben.

Es ist das alte Lied. Seit gut zehn Jahren macht Syrien prosowjetische Politik unter einem Schutzschirm amerikanischer *Innenpolitik und Hoffnungen. Diese Hoffnungen* werden häufig genährt von Begegnungen wie jetzt der Außenministerkonferenz von Syrien, Saudi-Arabien und Libanon oder auch von Sicherheitsplänen made in Riad. Das sind die Peanuts, mit denen der republikanische Elefant hingehalten wird, dieweil die prosyrischen Verbündeten in Libanon mit militärischer Gewalt weiteres Terrain zu gewinnen trachten. Ist Washington politisch auf der Flucht?

Das syrische Doppelspiel hat wiederholt zu Verstimmungen zwischen Washington und Jerusalem geführt. In Israel macht man sich keine Illusionen. Die jüngsten Äußerungen aus Washington haben im Gegenteil Diskussionen über einen einseitigen israelischen Abzug vorerst beendet. Die israelische Führung könnte sich nach dem Hin und Her der amerikanischen Nahostpolitik sogar veranlaßt fühlen, wieder ernsthaft über einen Verteidigungspakt mit der Regierung in Beirut nachzudenken, wenn nicht auch diese den syrischen *Täuschungsmanövern erliegt. Angesichts der Ausrichtung der* libanesischen Politik an amerikanischen Nahost-Visionen und Versionen, ist dies freilich nicht auszuschließen.

Im vierten Jahr seiner Amtszeit war Reagans Vorgänger Carter durch die Teheraner Geiselaffäre gefesselt. Heute sind die Marines in diese Rolle geraten, denn sie dürfen sich nicht von der Stelle bewegen, ohne daß ein Unglück geschieht. Illusionen werden sie kaum aus dem Sumpf des syrisch-libanesischen Kriegs befreien können.

„Im Prinzip" einig

Von Manfred Neuber

Die Konflikte in Mittelamerika sind nicht allein durch Fleißarbeit der Diplomaten zu lösen. Deshalb sollten die Erfolgsmeldungen der Contadora-Gruppe und der Kissinger-Kommission nicht zu voreiligen Schlüssen über eine Befriedung dieser Region schon in nächster Zeit verleiten.

Ein *abrazo* zwischen Außenministern verfeindeter Staaten beseitigt noch keine Ursachen der Spannungen; die theatralische Geste lenkt eher von Differenzen im Detail ab. „Im Prinzip" sind alle für den Frieden. Wie er aber in Mittelamerika *wiederhergestellt und gesichert werden kann*, darüber dauert der Streit an.

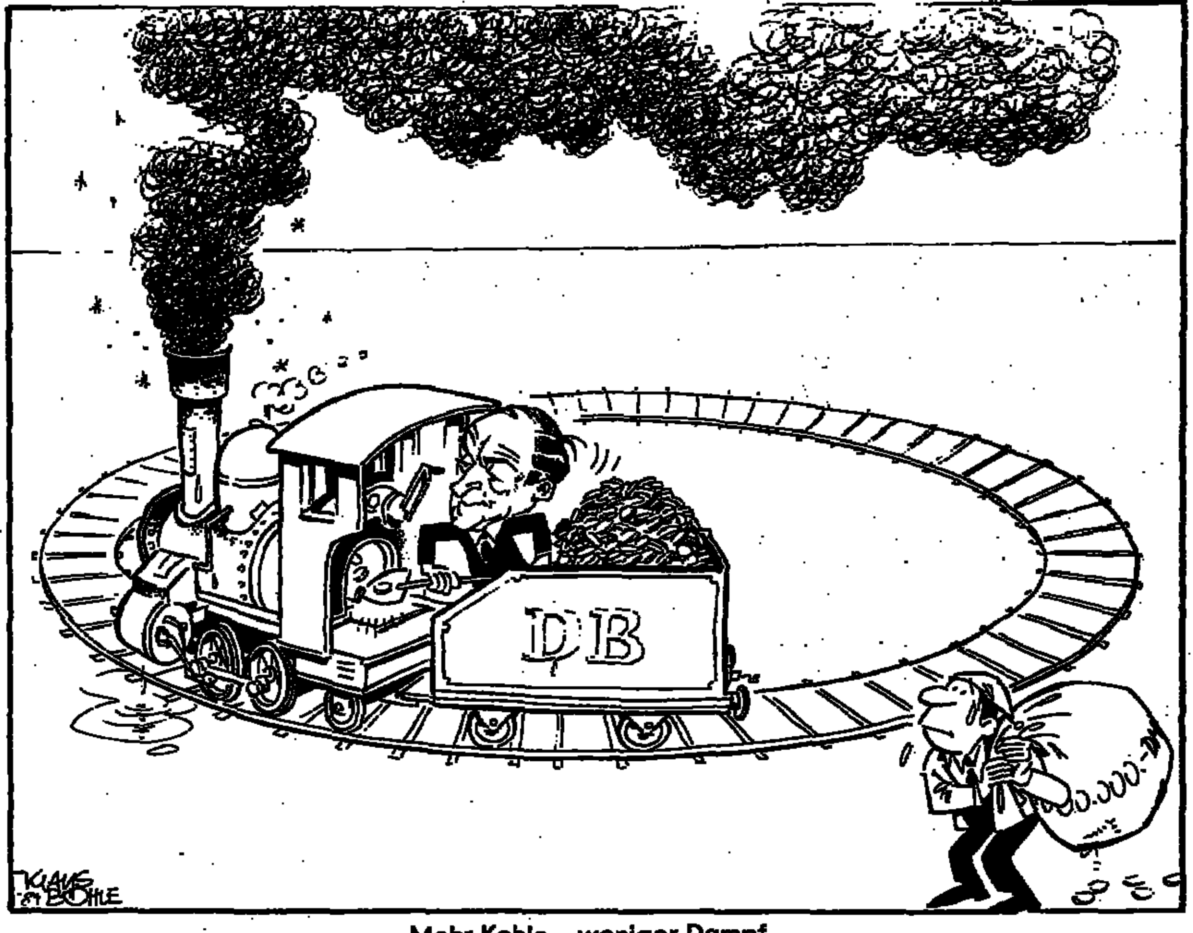
Solange es lediglich darum ging, allgemeine Grundsätze für ein friedliches Zusammenleben aufzustellen, konnten die vier Nachbarländer, die sich zu der Vermittler-Rolle aufschwangen, weitgehender Zustimmung aller Konfliktparteien sicher sein. Nun sollen jedoch die 21 Punkte des Friedensprogramms *in konkrete Schritte umgesetzt werden*, und da zeigen sich Fußangeln im Rahmenplan.

Um das Bild der Eintracht nicht zu trüben, verfielen die Außenminister aus Mittelamerika auf die probate Prozedur, eindeutige Festlegungen in strittigen Punkten zu umgehen und Einzelfragen an Ausschüsse zu überweisen. Wann wird ihnen klar, daß die Sandinisten in Nicaragua meist etwas anderes meinen, auch wenn sie die gleichen Worte gebrauchen?

Ohne die Billigung durch den US-Kongreß, der acht Milliarden Dollar genehmigen soll, ist es andererseits verfrüht, von einer „neuen Allianz für Demokratie und Wohlstand" in Mittelamerika zu träumen. In der amerikanischen Doppelstrategie – Eindämmung der revolutionären Gefahr und Hilfe für die wirtschaftliche Gesundung – steckt jedoch der aussichtsreichere Ansatz.

Die Kissinger-Kommission hat es mit ihren Empfehlungen nicht leichter als die Contadora-Gruppe. Nicht von ungefähr erinnert sich Washington des Außenministers als „Schöpfer der konstruktiven Doppeldeutigkeit". Auf dem Capitol Hill wird man über mehr *finanzielle Unterstützung erst mit sich* reden lassen, wenn ein überzeugendes Konzept für Mittelamerika vorliegt.

Über allen Formulierungskünsten und Annäherungsbemühungen darf eines nicht vergessen werden: Die scharfen sozialen Gegensätze in den kleinen Republiken stellen zwar einen latenten Krisenherd dar, geschürt aber wird er von außen durch Kuba und die Sowjetunion. Dies zu unterbinden steht letztlich nur in der Macht der USA – wie hilfreich diplomatische Vermittlung daneben sein mag.



Mehr Kohle – weniger Dampf

ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Die Chance, die keine war

Von Georg Schröder

Gab es im Jahr 1953 eine ernsthafte Chance für die Wiedervereinigung Deutschlands? Wurde sie von Konrad Adenauer torpediert? Nun ist es keineswegs neu, daß nach Stalins Tod im Frühjahr 1953 mehr als einer – und nicht zuletzt in Bonn – leise oder auch laut die Hoffnung hegte, mit Stalins Nachfolgern ließe sich vielleicht eher zu einer Lösung der deutschen Frage kommen. Daß damals auch der greise Winston Churchill, schon nicht mehr im Vollbesitz seiner Kräfte, Gedanken in seinem Herzen bewegte, wie man den kalten Krieg zwischen Ost und West global entschärfen könne, war ebenfalls kein Geheimnis. Natürlich hätte bei einem solchen Versuch die deutsche Frage eine Rolle spielen müssen, aber doch wohl eher als Folge und nicht als primäres Mittel bei der Suche nach einem Ausgleich zwischen den Verbündeten des Zweiten Weltkrieges.

Nachdem die dreißigjährige Sperrfrist für Geheimpapiere in Großbritannien verstrichen ist, haben sich britische Historiker auf einige Dokumente des Jahres 1953 aus der Feder des damaligen britischen *Premierministers gestürzt.* (Wir berichten darüber auf Seite 4 dieser Ausgabe. Die Red.) Nun weiß man konkreter als zuvor, daß Churchill tatsächlich an eine Initiative des Westens, an eine Viermächte-Konferenz (also ohne deutsche Beteiligung) gedacht hatte, in der Hoffnung, zu einem Ausgleich mit Moskau zu kommen. Er hatte den Sowjets im Tausch für deren Verzicht auf die „DDR" die Garantie eines vereinigten unabhängigen Deutschlands geben wollen.

Was das im einzelnen heißen sollte, ist aus dem Memorandum an das britische Außenministerium vom Juni 1953 nicht zu ersehen. Offenbar war aber Churchill bereit, weitgehend Gedanken aus der Stalin-Note von 1952 aufzugreifen. Das hätte eine von den vier Siegermächten garantierte Neutralität Deutschlands bedeutet, wobei mit Gewißheit die innere Ordnung dieses Deutschlands noch zum Zankapfel zwischen West und Ost geworden wäre.

Veröffentlichungen des britischen Historikers Anthony Glees analysieren diese 30 Jahre zurückliegenden Vorgänge und könnten den Eindruck aufkommen lassen, als sei Churchills Plan – wenn man seine vagen Anregungen überhaupt einen Plan nennen will – an Konrad Adenauers Einspruch gescheitert. Das heißt nun wirklich, den Einfluß der damals mühselig um ihre Souveränität ringenden Bundesrepublik Deutschland und das Durchsetzungsvermögen des Bundeskanzlers Adenauer im sich erst ebenso mühselig herausbildenden Bündnis zu überschätzen.

Daß Konrad Adenauer über Churchills Initiative beunruhigt war, kann man als sicher in die Rechnung einstellen. Damit stand er nicht allein. Daß die Franzosen, gleich welcher Parteirichtung, ein solches wiedervereinigtes Deutschland fürchteten und bekämpften, ist eine Tatsache. Eine weitere Tatsache ist, daß die Amerikaner und ganz konkret ihr damals neuer Präsident Eisenhower sowie Außenminister Dulles alles andere als glücklich über Churchills Initiative waren.

Aus den jetzt veröffentlichten Papieren erfährt man von dem Brief Eisenhowers an Churchill, in dem er ein Treffen mit den Sowjets ablehnte. Er habe das Gefühl, daß es für den Westen gefährlich sein könnte, die Russen zu treffen und mit ihnen über Allgemeinheiten zu reden. Auf jeden Fall solle das erst dann geschehen, wenn diese durch ihr Verhalten gegenüber Deutschland und Österreich deutlich gemacht hätten, daß sie ernsthaft mit dem Westen auf eine verläßliche Basis gelangen wollten.

Aber nicht nur daran starb Churchills Initiative sang- und klanglos. Damals war der britische Außenminister Anthony Eden monatelang schwer krank. Churchill selber erlitt im Juni 1953 einen Schlaganfall, der ihn und damit praktisch die britische *Regierung* monatelang außenpolitisch handlungsunfähig machten. Im gleichen Zeitraum lösten sich die im Westen gehegten Hoffnungen auf Stalins Nachfolger Malenkow und Berija in Nichts auf. Chruschtschow ging als Sieger aus den Diadochenkämpfen hervor. Malenkow wurde in den Hintergrund geschoben, der Geheimdienstchef Berija entmachtet und ermordet.

Worum es dabei auch ging, hörte man später von Chruschtschow: „Gemeinsam mit Malenkow schlug Berija *provokatorisch* vor, die DDR als sozialistischen Staat zu liquidieren ... Das Zentralkomitee der Partei hat damals empört diese verräterischen Vorschläge abgelehnt und den Provokateuren eine vernichtende Abfuhr erteilt." Chruschtschow erwähnte nicht, daß drei Wochen vor dem Sturz Berijas der Aufstand des 17. Juni in Mitteldeutschland von sowjetischen Panzern niedergewalzt worden war.

Durch diese Ereignisse wurde bestätigt, wie berechtigt die Skepsis und Vorsicht Adenauers und Eisenhowers waren. Gewiß spielte dabei auch Adenauers ständige Sorge ihre Rolle, die Alliierten des Zweiten Weltkriegs könnten sich über den Kopf der Deutschen hinweg verständigen – zu deren Lasten. War das wirklich unberechtigt? Ebenso spielte dabei die Befürchtung nicht nur Adenauers, sondern aller Westdeutschen eine Rolle, der noch ungefestigten und wehrlosen Bundesrepublik Deutschland könne das Schicksal drohen, das Rumänien, Polen und dann 1948 auch die Tschechoslowakei in den Rachen des Kommunismus fallen ließ.

Niemand darf heute vergessen, was in den Jahren 1952 und 1953 der Korea-Krieg für alle bedeutete, die in Bonn Verantwortung trugen. Der Angriff des kommunistischen Nordkorea auf den Süden im Jahre 1950 löste in Deutschland einen Schock aus. Von jenem 25. Juni 1950, an dem die Kommunisten in Asien ihren Überraschungsangriff begannen, ging eine überaus starke Wirkung auf die deutsche Politik aus. Erst 1953 kam es zum Waffenstillstand. Dort wie bei uns geht es 30 Jahre später immer noch primär um Sicherheit.



Anreger und Bremser? – Briten-Premier Churchill und Bundeskanzler Adenauer FOTO: DW

IM GESPRÄCH Wolfgang Schäuble

Kohls flinker Flitzer

Von Manfred Schell

Männer wie Wolfgang Schäuble sind in der Politik unentbehrlich. Die Fernsehzuschauer kennen den erst 41jährigen CDU-Bundestagsabgeordneten aus dem Wahlkreis Offenburg von Übertragungen aus dem Plenarsaal. Schäuble gehört dort zu den unruhigen Geistern, die bei Debatten zwischen der Fraktion und dem Präsidenten hin- und herflitzen, ständig darauf bedacht, die Interessen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu wahren. Es geht um die Auswahl, die Reihenfolge der Redner und um die Aufteilung der begehrten, aber sehr knappen Redezeit. Der Bundeskanzler winkt Schäuble oft zu sich an die Regierungsbank. Der Betrachter sieht dabei nur ein wenig Gestik, häufig nur ein Kopfnicken. Ab und zu setzte sich der Kanzler mit Schäuble auf freie Abgeordnetenstühle ganz weit hinten, oder er steckt ihm wortlos einen Zettel zu.

Wolfgang Schäuble ist in jungen Jahren in der Politik schon weit nach oben gekommen. Er ist der I. Parlamentarische Geschäftsführer der Unionsfraktion, und ihm fällt nicht nur die Organisation des Parlamentsgeschehens zu, sondern auch ein gutes Stück an politischer Gestaltungsmöglichkeit. Und wenn nicht alles täuscht, wird dies nicht der Endpunkt seiner Karriere sein.

Die Aufgabe, die der Parlamentarier erfüllt, ist zwar reizvoll, aber nicht leicht, wenn man die personelle Konstellation bedenkt. Kohl und der Fraktionsvorsitzende Dregger haben *naturgemäß ein eigenes Verständnis* von ihrer Rolle in der Politik. Beiden ist Schäuble verpflichtet. Er hat das Vertrauen von beiden, und er tut alles, damit keine Loyalitätsprobleme entstehen. Schäuble ist verläßlich, diskret, er kennt keine Heimlichkeiten, und, was vor allem Kohl schätzt, er ist nicht neugierig.

Ansehen und Position hat sich Schäuble mit eigenen Leistungen erworben. Darauf hat er immer Wert gelegt. Er hat sein Studium mit Examensnoten beendet, die ihm alle beruflichen Möglichkeiten erlaubten. Zur Freiheit gehört für ihn, „auf niemand angewiesen zu sein", wie er es einmal formulierte. Fleißig und zielstrebig hat sich der promovierte Jurist, der besonderes Interesse für die



Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der Unions-Fraktion: Wolfgang Schäuble FOTO: RICHARD SCHULZE-VORBERG

Finanz- und Steuerpolitik hat, nach seiner Wahl 1972 im Bundestag nach oben gearbeitet. Seine Mutter hat die Entscheidung, in die Politik zu gehen, *nicht gern gesehen. Sie hatte* die Belastungen, die Politik auch für die Familie mit sich bringen kann, direkt erlebt, als ihr Mann nach dem Krieg im badischen Landtag war. Damals war an Wochenenden die Wohnstube voll mit Flüchtlingen, mit Leuten, die bauen wollten oder die Probleme mit der Entnazifizierung hatten.

Ehe Schäuble in die Finanzpolitik einstieg, war er zu Beginn seiner Abgeordnetentätigkeit Berichterstatter für das Hochschulrahmengesetz. Zum Bildungsgesamtplan hat er 1973 auch seine erste Parlamentsrede gehalten. Einer breiteren Öffentlichkeit wurde Schäuble dann durch seine Berichterstattung im Steiner/Wienand-Ausschuß bekannt. Es ging dabei um Geld und Bestechung. Seine Rede über das Ergebnis des Untersuchungsausschusses hatte große Resonanz gefunden. Der damalige Fraktionsvorsitzende, Karl Carstens, fand sie so gut, daß er empfahl, sie auf eine Schallplatte pressen zu lassen. Im Herbst 1981 hat Schäuble den wirtschaftspolitischen Teil von Kohls Parteitagsrede in Hamburg umgeschrieben. Er wollte damit die *Annahme widerlegen, man könne* Wirtschaftspolitik nicht attraktiv darstellen. So ist Schäuble Stück für Stück nach oben gerückt. Irgendwann hat er dann dazugehört.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

AUGSBURGER ALLGEMEINE

Hier heißt es über die Jüngsten Sparpläne der Bundespost:

Wer dem Hinweis traut, mit der Nachtleerung sei nur eine so gut wie ungenützte Dienstleistung aufgegeben worden, ist naiv. Der Abbau paßt in die Strategie des Postministers. Der späte Postkunde, der sicherstellen will, daß seine Nachricht schnellstens beim Empfänger ist, wird künftig das Telefon, den Goldesel der Post, benutzen. Genau so will es der Minister. Nicht zufällig wirbt er: „Ruf doch mal an." Den Leuten wird bald gar nichts anderes mehr übrigbleiben. Handelte ein Privatmann so, man würde ihm Beutelschneiderei vorwerfen.

DIE PRESSE

Das Wiener Blatt befaßt sich mit Bonner Überlegungen, für ausländische Autobahnbenutzer Mautgebühren einzuführen:

Nach einer längeren Phase der relativen Wegefreiheit scheint es nun wieder so weit zu kommen: Das vor allem auf südeuropäischen Autobahnen schon weitverbreitete, behördlich angeordnete Wegelagerertum breitet sich krebsartig in Richtung Norden aus. Mit der Begründung der deutschen Verkehrsgebührenpläne erhält die Mautdiskussion allerdings eine neue Dimension. War bisher der Verwendungszweck der Mauteinnahmen stets mit der notwendigen Geldbeschaffung für den Ausbau des Fernstraßennetzes angegeben, so wollen die Deutschen – die bereits ein intaktes Autobahnnetz besitzen – ihre geplante Straßengebühr als reine Bestrafung ausländischer Autofahrer für die Mautpraxis in deren Heimatländern verstanden wissen.

THE TIMES

Das Londoner Blatt schreibt über Tunesien:

Die Ungleichheit der Entwicklung des Landes, die sich zu einem großen Teil auf die Küste von Tunis weiter südwärts konzentrierte, war eine Hauptursache für die Gewalttakte. Die Regierung schien das Augenmaß für die Realitäten des Lebens im tunesischen Hinterland verloren zu haben. Diese Konzentration von Reichtum und politischem Wahrnehmungsvermögen wird durch ein Bildungssystem verschärft, das der Bürokratie und den Berufsständen dient, nicht aber die praktischen *Fähigkeiten fördert, die* nützlich für eine wirtschaftliche Grundlage auf einer breiteren Grundlage wären. Kurzum, die Tunesier haben die herrschende Elite wachgerüttelt, so daß dieser bewußt wird, daß energische Überlegungen angestellt werden müssen, wenn Tunesien seinen wirtschaftlichen Fortschritt fortsetzen soll, den es seit der Unabhängigkeit im Jahr 1956 erzielt hat.

Hinter dem Nordkap wartet die Rote Flotte auf ihre Stunde

Die sowjetische Seemacht ist imstande, an zwei Brennpunkten zugleich einzugreifen / Von Rolf Görtz

Nicht der Ost-West-Konflikt, *sondern die sozialen und wirtschaftlichen* Mißstände Mittelamerikas produzieren die Unruhen in dieser Zone. So heißt es jedenfalls. Und demzufolge *sollten alle*, die sich bemühen, die Konfliktzonen in der Karibik und auf dem Isthmus zwischen Nord- und Südamerika zu beruhigen, das Übel eben an jener Wurzel anpacken. Mit andern Worten: Der Westen, die USA und die EG sollen Geld hineinpumpen. Wenn Henry Kissinger oder Vertreter der Contadora-Gruppe Derartiges feststellen, *kann man davon ausgehen*, daß hier Ursache und Wirkung richtig gegeneinander abgewogen werden.

Wenn jetzt aber der kubanische Diktator Fidel Castro in das gleiche Horn bläst – „sanft und flexibel", wie *Spaniens Außenminister* Moran aus Havanna zu berichten weiß –, dann steckt dahinter eine andere Absicht: erstens die weitere Belastung unseres längst überlasteten Finanzsystems. Und zweitens die Ablenkung von den atlantischen Dimensionen sowjetischer Militärpolitik.

Die ersten unterschiedlichen Reaktionen der NATO-Verbündeten auf die Besetzung Grenadas durch die USA *zeigte, daß so* mancher Außenminister des westlichen Bündnisses diese atlantische Dimension sowjetischer Politik nicht „präsent" hat oder – womöglich – nicht wahrhaben will. Dagegen bewies die positive Reaktion nicht nur der amerikanischen Bevölkerung, sondern auch karibischer und mittelamerikanischer Politiker, die sich noch frei zu äußern *wagen, daß man an Ort und Stelle* sehr wohl versteht, was dort auf dem Spiele steht: nämlich Abwehr der sowjetischen Seemacht, die sich sozialwirtschaftlicher Konfliktstoffe nur bedient, um ihr Imperium auszubauen. Die Schaffung von ideologisch gesicherten Stützpunkten ist ein Schritt dorthin.

Ein sicheres Indiz für diese Priorität geht aus dem Timing hervor. Ausgangspunkt war Kuba, dessen nationale Revolution – Sieger Castro wollte von der moskautreuen KP seines Landes anfänglich überhaupt nichts wissen – die Sowjetunion dennoch richtig einschätzte. Kuba bildet seitdem eine Basis für alle Planungen des sowjetischen *Flottenchefs* Admiral Gorschkow im Atlantik. Die Raketenkrise der Kennedy-Ära zeigt, daß die sowjetische Seemacht damals noch nicht soweit war, um Chruschtschow auf seinem abenteuerlichen Kanonenboot-Ritt zu folgen. Heute sind die Erfolgschancen einer militärischen Verunsicherung des Atlantiks mit allen Reaktionen auf das amerikanisch-europäische Verhältnis weitaus günstiger. Um die europäische Versorgung ernsthaft zu bedrohen, bedarf es nämlich beiderseits des Atlantiks zumindest einiger Stützpunkte. Dazu eignen sich besonders die Inseln der Karibik.

Die Voraussetzung, ein solches Stützpunktnetz zu schaffen und auch zu halten, ist jene ungeheure Flottenansammlung, die hinter dem Nordkap in den Fjorden von Petschenga und Kola sowie bei Archangelsk auf ihren Einsatz wartet. Die Zusammensetzung dieser Flotte, ihre Ausrüstung und ihre Einsatzzwecke sind alles andere als defensiv. Das gilt für die U-Boot-Flotten, die – über ein objektiv zugestandenes Raketenpatt hinaus – allein der Störung der Handelswege des Westens, vor allem Europas dienen. Sowjetische Handelswege gilt es nicht zu schützen, denn es gibt keinen sowjetischen Seehandel von Bedeutung.

Natürlich kennen auch sämtliche Marinechefs der Welt den Sinn jener Mehrzweckkampfschiffe – etwa der Kiew-Klasse –, deren Schiffe in sich die Aufgabe einer ganzen Kampfgruppe von Flugzeugträgern, Geleitzerstörern und Versorgungsschiffen vereinen. Zusammen mit dem bisher größten Landungsschiff der Welt, der Iwan-Rogow-Klasse, sind diese Einheiten in der Lage, Gorschkows Befehl auszuführen, nämlich „zu jeder Stunde und an jedem Ort der Welt zuschlagen zu können".

Ein solcher Schlag könnte so ablaufen: Einheiten der sowjetischen Flotte führen zusammen mit ihren kubanischen Kameraden ein vorher überall angekündigtes Seemanöver aus. In dieser Zeit ersucht scheinbar *zufällig* die Revolutionsregierung eines Inselstaates der Karibik – wie beispielsweise jene Grenadas – um Beistand. Aus dem Manöver wird eine echte Landung, noch ehe amerikanische Streitkräfte eingreifen könnten. Nach Erkenntnissen der NATO wäre die sowjetische Seemacht in der Lage, zwei derartige Konfliktsituationen an verschiedenen Punkten der Welt auf diese Art zu „lösen". Eine im Mittleren Osten – etwa in der Golfregion – und eine in der Karibik, *oder in Island*, oder an der afrikanischen Westküste. Über die zur Versorgung nötigen Handelsschiffe – beim Falkland-Konflikt waren 500 Handelsschiffe nötig – verfügt die Sowjetunion auch. Das nämlich ist eine Aufgabe der großen sowjetischen Handelsflotte, die sonst nur mit Dumpingpreisen den Markt stört. Da die sowjetische Wirtschaftskraft nicht ausreichen würde ein Land wie Angola zu ernähren, wird man sich lieber an Inselstaaten halten.

Schüler nehmen Zuflucht zu Pillen

Von JOCHEN AUMILLER

Zwischen 25 und 35 Prozent unserer Schüler, so klagt der Präsident des Kinderschutzbundes, Walter Bärsch, nehmen regelmäßig „leistungssteigernde" Medikamente. Was gesteigert werden soll, ist klar: die Leistungen in der Schule. Die Frage liegt auf der Hand: Auswuchs des Leistungsdrucks in der Schule oder eklatantes Fehlverhalten der Eltern?

Zunächst das Ausmaß des Problems: Nach einer Untersuchung der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung sind 36 Prozent der Eltern bereit, die Schulschwierigkeiten ihrer Kinder mit Medikamenten zu bekämpfen. Und sie tun es tatsächlich in erschreckendem Maße. 17,3 Prozent von 790 Schulanfängern haben der Umfrage zufolge ein- oder mehrmals Psychopharmaka erhalten. Auffällig ist, daß die Jugendlichen die gleichen Präparategruppen mißbrauchen wie ihre Mütter.

Ein weiteres Indiz stammt von dem Würzburger Kinder- und Jugendpsychiater Professor Gerd Nissen. In einem Kommentar schreibt er, daß die Ärzte zunehmend zu Fragen der Einschulung, Versetzung und Umschulung konsultiert werden, aber auch „wegen Leistungsdruck und Prüfungsangst, wegen Konzentrationsschwäche, Schulunlust und Schulverweigerung". Die Schulproblematik wird also mehr und mehr in die Sprechzimmer der Ärzte verlagert. Für Nissen gibt es keinen Zweifel: Die Lernprobleme nehmen besonders seit der Bildungsreform zu. Nissen: „Tatsächlich entscheidet heute der konkrete Schulerfolg, nicht die Persönlichkeit und der Charakter, über den Zugang zu Universitäten und Fachhochschulen und damit weitgehend auch über den Lebens- und Berufserfolg."

Diesen Mißstand hat nun auch der Kinderschutzbund massiv angeprangert. Walter Bärsch spricht von einer „skandalösen Entwicklung". Pillen, das bestätigen auch viele Ärzte, können Schulprobleme nicht lösen. Häufig drängt sich die Frage auf, ob nicht die Eltern dringender einer Behandlung bedürften als die Kinder: der Abbau übertriebener Hoffnungen müßte hierbei an erster Stelle stehen.

Dabei darf freilich nicht übersehen werden, daß ein kleiner Teil der Kinder mit Lernbehinderungen an leichten *Hirnfunktionsstörungen* leiden, die intensiver medizinischer Bemühungen bedürfen. Ihre Lernfähigkeit ist, so Nissen, durch stärkere psychomotorische Unruhe, durch Konzentrationsschwäche und besonders durch unterschiedliche Teilleistungsstörungen oft erheblich beeinträchtigt.

Die Fachleute unterscheiden zwischen anlagebedingten, also vererbten Lernschwächen und sekundären, das heißt erworbenen hirnbedingten und milieubedingten Störungen. Man nimmt an, daß etwa zehn Prozent aller Schulkinder Lernschwächen oder -störungen haben.

Vor der unkontrollierten, großzügigen Einnahme von sogenannten Konzentrations- oder Lernpillen wurde schon wiederholt gewarnt. Aber heute ist es vielfach üblich geworden, Prüfungsängste mit Betablockern zu unterdrücken und den Schlaf mit Psychopharmaka zu sichern. Haben sich aber Kinder *einmal* daran gewöhnt, ihre Probleme mit Pillen anzugehen, ist der spätere Medikamenten-, vielleicht auch der Drogenmißbrauch vorgezeichnet.

Seit drei Uhr nachts lebt die Berliner S-Bahn wieder

Die Berliner im freien Teil der Stadt haben sie wieder: ihre S-Bahn. 39 Jahre fuhr sie unter der Regie Ost-Berlins – und verkam dabei. Jetzt soll sie auf verkürztem Streckennetz wieder ein modernes Verkehrsmittel werden.

Von F. DIEDERICHS

„Gute Fahrt ins neue Jahr" wünschen die bunten Plakate auf den grauen Steinquadern der S-Bahn-Station „Anhalter Bahnhof" im Berliner Bezirk Kreuzberg, zwanzig Treppenstufen unter der verschneiten Erde: Der Kleister ist noch frisch hinter dem Papier, das seit drei Uhr früh in hundertfacher Auflage an die Wände der Westberliner Stadtbahnhöfe geklebt worden ist. Gut fahren sollen die Berliner von heute an mit U-Bahnen, Bussen und der S-Bahn. Drei Symbole auf dem Werbeplakat – sie umreißen ein neues Kapitel Berliner Nachkriegsgeschichte, um drei Uhr nachts eingeläutet, in siebenwöchigen Verhandlungen mit der „DDR" vorbereitet.

Um drei Uhr nachts beginnt Berlin, wieder mit „seiner" S-Bahn zu leben. Die Schlüssel für die Kartenhäuschen und Personalräume wandern von „Reichsbahn"-Händen in die erwartungsfrohen Hände der blaugekleideten Männer der Berliner Verkehrsbetriebe. An den Stationen über der Erde rücken Glaserkolonnen an, um Scheiben zu erneuern, deren Splitter schon seit Jahren scharfkantig *im Rahmen stehen. Hinter den* Glasscheiben *mit* der runden Sprechmuschel nehmen Männer oder Frauen der BVG Platz, zur Rechten die druckfrischen Fahrscheine: „2 DM zum sofortigen Fahrtantritt mit Umsteigeberechtigung", ein kleines, dünnes orangefarbenes Papier.

„Wir habense nun wieder" schwadroniert der Kartenverkäufer im warmen Schalterhäuschen, greift nach rechts zum Fahrschein, dann nach links zu dem Stempel, der die Besonderheit dieses Tages in grüner Farbe fixiert: „Erste S-Bahnfahrt", verkündet der *Gummistempel* mit den Symbolen des grünen S (für Stadtbahn) und der BVG. Ein Papierfetzen wird zum begehrtesten Souvenir einer Weltstadt: „Passen se bloß jut uff", kommentiert der Mann hinter dem Schalter, „det Ding is wat für ihre Enkel."

Zwei Mark für ein Eintrittsbillett zur Fahrt mit einer Institution, die unter der Regie der „DDR"-Reichsbahn zum lebenden Museumsstück verkümmerte. Ein Stück Nostalgie ebenso wie die Fassade des „Anhalter Bahnhofs", dem Ausgangspunkt zur Jungfernfahrt. Parallelen des Niedergangs, die beim Anblick der zerbröckelnden Steine der Bahnhofsfront auftauchen. Wie die S-Bahn unter dem Banner des Sozialismus zur Geisterbahn degenerierte, so schrumpfte der einst größte europäische Fernbahnhof im Herzen Berlins zur mahnenden Ruine.

Vor dem Krieg bestiegen im „Anhalter" täglich mehr als 100 000 Menschen einen der 150 Züge, der die Reichshauptstadt über die Potsdamer Fernstrecke in Richtung Süden verließ, zu den Urlaubsparadiesen der Berliner: in die Schweiz, nach Italien und sogar bis Athen. Die Bomben des Krieges verwandelten große Teile des Bahnhofgebiets in ein Trümmerfeld. Die Bahnhofshalle wurde bis auf die Fassade abgerissen, als 1952 die „Reichsbahn" auf Druck der Sowjets den Zugverkehr von und zum „Anhalter" einstellte. Mit dem einstmals größten Zentralbahnhof der Stadt verblühte auch ein ganzes Viertel rund um die Hallen.

Wenige Meter von der Fassade entfernt *führt die Treppe hinab in das* Dunkel des Gleiskorridors. Die Prominenz klopft sich den frischen Schnee von den Wintermänteln, „mit Sonderstempel bitte", drängen selbst die Senatoren aus dem Schöneberger Rathaus. Zur Eröffnungsfahrt des Berliner Senats rollt dann wenige Minuten nach neun Uhr ein blitzsauber gewienerter S-Bahn-Zug ein, vor der Lok das obligate Blumenbukett neben dem Wappen des Berliner Bären. „Vorsicht bei der Einfahrt", und auf dem dichtbevölkerten Bahnsteig schiebt und drückt es so manchen Fahrgast *gegen* den seit *Jahren* verstaubenden Imbißstand, dessen handgemaltes Reklameschild immer noch „Dampfwurst einfach für 1 Mark 40" feilbietet.



Richard von Weizsäcker: Freie Fahrt für die Westberliner S-Bahn FOTO: HARALD PAULENS

Auf den harten Holzbänken der Waggons, Baujahr 1928, darf dann in Erinnerungen geschwelgt werden. „Beim Fahrgefühl, da hat sich einfach nichts geändert", lobt Berlins Regierender Bürgermeister Richard von Weizsäcker den hölzernen Charme des Vorkriegszuges, der für den Politiker Kindheitsträume wachrufen: „Für uns Jungen war die S-Bahn das Hauptverkehrsmittel." Zum ersten Mal in seinem Leben, so gesteht der „Regierende", fährt ihn die S-Bahn jedoch nach Lichtenrade, in den südlichsten Zipfel Berlins.

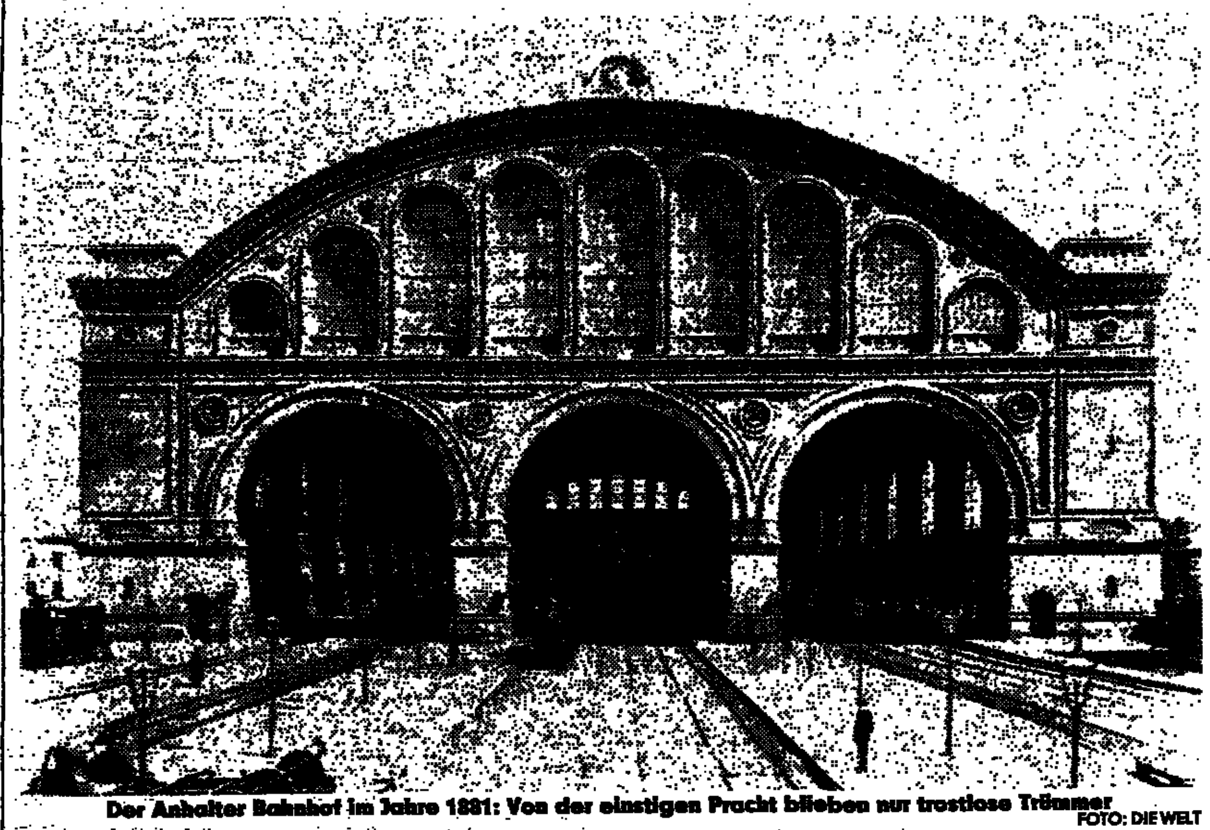
Während Richard von Weizsäcker so, vorbei an schneebedeckten Vorgärten und Gartenlauben, ein rollendes Berliner Wintermärchen erfährt, widmet sich sein Gegenüber mit kühler Sachlichkeit der Tagespolitik. Gerhard Kunz, Herrscher über die Berliner Landeskasse, stellt Zahlenspiele an: Zwei Strecken S-Bahn stehen den Berlinern jetzt zur Verfügung, doch nicht nur die Opposition ruft laut nach wenigstens einer weiteren Strecke in den Norden, hin zum Märkischen Viertel und weiter nach Frohnau. „Kaum zu bezahlen", bilanziert Finanzsenator Kunz am Ende der Premierenfahrt.

235 Millionen Mark sind aus Bundesmitteln bis 1987 zugesagt, doch diese Summe verschlingt allein die Restaurierung und Unterhaltung der beiden Strecken von Charlottenburg zur Ostberliner Friedrichstraße und vom Anhalter Bahnhof nach Lichtenrade. „Der Haushalt ist einfach ausgereizt", schließt Kunz das Kapitel ab, während Richard von Weizsäcker lapidar, aber philosophierend begleitet: „Umsonst ist eben nichts im Leben."

Nach 22 Minuten ist auch für den Regierenden Bürgermeister das „erinnerungswürdige Gefühl" verloschen, daß ihn auf seiner ersten Stadtbahn-Fahrt unter Westberliner Regie umfing. „Endstation Lichtenrade", doch wo die Premiere enden soll, nimmt sie erst recht feierliche Züge an. Das Blasorchester der Berliner Verkehrsbetriebe intoniert mit klammen Fingern und geröteten Wangen trotz Schneefalls „Frühlingsklänge", als die Fahrgäste den Bahnsteig verlassen. Eine große Berliner Brauerei schenkt Freibier aus. Und vor einem Imbißwagen scharen sich Berliner um einen Bürgermeister, der aus einer Plastikschale heiße Erbsensuppe löffelt.

„Es war schwierig", sagt von Weizsäcker ihnen, „bei der Bevölkerung Verständnis für unsere Übernahme-Bemühungen zu finden. Ich bin aber sehr froh, daß die Stimmung bei den Berlinern jetzt umgeschlagen ist." Worauf ihm aus des Volkes Mund prompt die Klage kommt: „Ach wat, det is ja nur von wegen det Prestige."

„Nein", entgegnet da der Politiker dem Zweifelnden, „es ging hier nicht ums Prestige. Wir haben Berlin immerhin mit der S-Bahn ein Stück Berlin zurückgegeben."



Der Anhalter Bahnhof im Jahre 1881: Von der einstigen Pracht blieben nur trostlose Trümmer FOTO: DIE WELT

Özals kleine Schritte zurück zur Demokratie

Das Militärregime hat die Türkei in eine gewisse Außenseiterrolle in Europa manövriert. Der neue Ministerpräsident Özal, gegen den erklärten Willen der Militärs Sieger der Wahlen im letzten November, will dies ändern – vor allem aus innenpolitischen Gründen.

Von E. ANTONAROS

Turgut Özal, erst seit einigen Wochen in Ankara regierender Ministerpräsident, macht es offenbar großen Spaß, sich politische Überraschungen aus dem Ärmel zu schütteln. Zunächst gewann er, wohlgemerkt gegen den Willen der bis dahin regierenden Generäle, die Parlamentswahl am 6. November 1983 mit einer unerwartet bequemen Parlaments-Mehrheit. Kaum im Amt, konfrontierte der schnauzbärtige Premier und strenggläubige Moslem seine Landsleute mit einem nahezu revolutionären Reformpaket für die türkische Wirtschaft, wofür die Experten des Internationalen Währungsfonds (IWF) nur Worte der spontanen Begeisterung gefunden haben.

Jetzt kam die Überraschung Nummer drei: *Zum zweitenmal innerhalb von wenigen Monaten* sind die knapp 20 Millionen wahlberechtigten Türken an die Urnen gerufen worden. Am 25. März sollen sie Bürgermeister und Dorfvorsteher, Stadtregierungen und Gemeinderäte wählen.

Ursprünglich stand der 6. *Juni* als *Wahltermin zur Diskussion*. Özal hat *sich allerdings für* einen früheren Urnengang entschieden und die 211 Abgeordneten seiner rechtskonservativen „Mutterlandspartei" dafür stimmen lassen. Die Mandatsträger der oppositionellen „Nationalistischen Demokratie-Partei", die eine konservative Ausrichtung hat, und der im Zentrum angesiedelten „Volkspartei" blieben der Stimmabgabe fern. Der Grund: Sie sind mit dem frühen Wahltermin nicht einverstanden, weil sie gewaltige Stimmeneinbußen befürchten müssen.

Verluste durch drei neue Parteien

Stimmenverluste muß aller Voraussicht nach auch Özal in Kauf nehmen. Es ist kaum damit zu rechnen, daß die 7,5 Millionen Türken, die vor zwei Monaten für ihn votiert hatten, ihm ausnahmslos treu bleiben werden. Und dies nicht, weil er sie etwa bereits enttäuscht hätte, sondern weil Özal die Zulassung von mindestens drei neuen Parteien durchgesetzt hat.

Dieser *Gefahren* ist der innenpolitisch nicht besonders versierte Premier Özal voll bewußt. Den frühen Wahltermin hat er allerdings nicht ohne eigennützige Hintergedanken beschlossen. Im Lande genießt er trotz seiner rigorosen Austerity-Politik eine große Popularität, sein Kampf gegen den Bürokratismus und die Befreiung vom Militärregime werden von den meisten Türken sehr geschätzt und geben ihm eine Art Schonfrist.

Özal ist ein vorsichtiger Mann. Die Offiziere, die den Staatsapparat, vor allem die Streitkräfte und die Sicherheitsdienste, weitgehend kontrollieren, will er nicht unnötig provozieren. Aber mit kleinen besonnenen Schritten will er den Demokratisierungsprozeß vervollständigen und mit Taten demonstrieren, daß er kein handverlesener Ministerpräsident ist.

Zugegeben: Die Parlamentswahlen haben unter nicht gerade orthodoxen Voraussetzungen stattgefunden. Aber der Wahlsieg Özals ist eine Ohrfeige ins Gesicht der Generäle gewesen.

Seither hat Özal einiges geleistet: Seine mutigen Reformen im Wirtschaftsbereich sind spektakulär, vor allem, wenn man bedenkt, daß anders als der liberale Premier die Generalität das Etatismus-Prinzip befürwortet. Aber kleinere Vorfälle zeigen ebenfalls, manchmal sogar noch deutlicher, daß Özal langsam seine Eigenständigkeit zu erkämpfen versucht: Während der Jahresversammlung der einzig zugelassenen Dachgewerkschaft Türk-75 durfte der frühere Gewerkschaftsboß Halil Tunc den anwesenden Regierungschef und zahlreiche Kabinettsangehörige wegen ihrer restriktiven Einkommenspolitik mit fast gehässigen Worten kritisieren. Zahlreiche Gewerkschafter und Abgeordnete versuchten Tunc niederzuschreien. Özal nahm diese Kritik, die noch vor zweieinhalb Monaten unter den Generälen unvorstellbar gewesen wäre, mit Gelassenheit entgegen. Einige Stunden später um eine Stellungnahme erbeten, demonstrierte er sein politisches Fingerspitzengefühl. Er sei nicht bereit, sich auf Diskussionen einzulassen, die an frühere Zeiten erinnerten.

Gemeindewahl – Signal in Richtung Straßburg

Mit anderen Worten: Die Generäle durften nicht übermäßig provoziert werden. Aber zum erstenmal durften die Angehörigen von etwa 50 in türkischen Gefängnissen angeblich gefolterten Polit-Häftlingen einen Protest im Amt des Ministerpräsidenten überreichen. Özal mag zwar noch nicht die Macht besitzen, eine Amnestie zu erlassen, aber er stellt sich nicht taub.

Doch die vorgezogenen Gemeindewahlen und die Schritte in Richtung vollständige Demokratie dienen auch einem anderen Zweck: Özal will den zugeknöpft-vorsichtigen westeuropäischen Demokraten zeigen, daß er keine Marionette in den Händen der Generalität ist. Vorrangig geht es ihm darum, einen Ausschluß der neugewählten türkischen Volksvertreter aus dem Europarat abzuwenden. Am Wochenende drohte er mit einem Austritt der Türkei aus diesem Gremium, sollten die westeuropäischen Demokraten Ankaras Delegation ablehnen.

Obwohl Özal sehr deutlich gesprochen hat, will er eine solche Entwicklung verhindern. Er, der beste Beziehungen zur islamisch-arabischen Welt hat, tritt dafür ein, daß Ankaras Zugehörigkeit zum Westen keiner neuen Belastung ausgesetzt wird. Als realitätsbewußter Wirtschaftsfachmann weiß er, daß ohne Europas und Amerikas Unterstützung die türkische Wirtschaft nicht auf die Dauer zu stabilisieren ist. Aber ein Nein aus Straßburg könnte ihn zum Handeln zwingen und in der Türkei unterschwellig immer existierende nationalistisch-proislamisch-antiwestlichen Kräften einen Auftrieb geben. Daher will Özal mit den Wahlen im März demonstrieren, daß er es mit der Demokratie ernst meint. (SAD)

Pretorias Aktion stärkt Savimbis Rolle in Angola

CARL-H. PIERK, Pretoria

Nach den schweren Kämpfen der vergangenen Tage haben die südafrikanischen Truppen gestern ihren Rückzug aus Südangola fortgesetzt. Die Truppen waren mehr als 200 Kilometer auf angolanisches Gebiet vorgedrungen und hatten nach einer Erklärung des südafrikanischen Verteidigungsministers General Magnus Malan Basen der südwestafrikanischen Unabhängigkeitsbewegung Swapo angegriffen. Die Kommando- und Logistikstruktur der Swapo sei, so Malan „weitgehend zerstört". Außer Gefangenen bringen die Südafrikaner auch große Mengen an Waffen und Dokumenten nach Namibia zurück. Die Truppen waren auch in schwere Kämpfe mit kubanischen Soldaten und angolanischen Regierungstruppen verwickelt.

Außenminister Pit Botha bekräftigte am Montag die unnachgiebige Haltung seiner Regierung gegenüber der Swapo. Südafrika würde nie gestatten, daß die Swapo oder andere terroristische Organisationen die Zukunft Namibias bestimmen würden. Die Regierung Südafrikas ist nach den Worten von Botha auch nicht bereit, aus falscher Rücksichtnahme auf die westlichen Staaten oder die Vereinten Nationen eine unangebrachte Kompromißbereitschaft gegenüber der Swapo zu zeigen. Wenn Südafrika eine solche Haltung einnehmen würde, müßte es mit Sicherheit dafür einen hohen Preis zahlen, betonte Botha im südafrikanischen Rundfunk. Er wies weiter darauf hin, die südafrikanische Politik sei darauf angelegt, die nationalen Interessen des Landes zu verfolgen, nicht aber anderen zu Gefallen zu sein. Schon mehrfach in den vergangenen Jahren haben die Südafrikaner, jeweils bei Beginn der Regenzeit, Swapo-Stützpunkte tief innerhalb Angolas zerstört. Freilich haben sie den Einfluß dieser sogenannten Unabhängigkeitsbewegung innerhalb Namibias damit nicht brechen können. Doch diesmal ist durch die Operation Pretorias Bewegung in die politische Szenerie gekommen. Die Kaprepublik erklärt sich zu Gesprächen mit Angola über einen dauernden Frieden in der Region bereit und will sich auch Verhandlungen mit der Swapo nicht entgegenstellen.

Schon vor Wochen hatte der amerikanische Afrika-Beauftragte Crocker angekündigt, bis Ende des vergangenen Jahres werde in Angola eine neue politische Entwicklung sichtbar sein. Diese Entwicklung gewinnt nun Konturen. Jonas Savimbi, der Präsident der antikommunistischen Bewegung Unita, hat nach erheblichen Geländegewinnen seiner Freiheitskämpfer dem MPLA-Regime in Luanda Friedensgespräche angeboten. Zur Debatte steht die Bildung einer angolanischen Regierung der „Nationalen Einheit". Dieser Gedanke wird sowohl von vielen Angehörigen der MPLA als auch von der Unita befürwortet. MPLA-Chef Eduardo dos Santos wird sich über kurz oder lang zur politischen Zukunft seines Landes äußern müssen, denn in der moskauorientierten MPLA scheint seine Position nicht mehr unangefochten. Es mehren sich Berichte über anhaltende Machtkämpfe in der MPLA, die auch durch die Verstärkungen kubanischer Truppenkontingente offensichtlich nicht beendet werden können. Der Schlüssel für eine Lösung des Problems im südlichen Afrika liegt in der Hand des Unita-Präsidenten Savimbi. Seine Gebietsgewinne machen es unausweichlich, daß er früher oder später von den westlichen Staaten als ernster Gesprächsparner angesehen wird.

Die Region Fulda leidet unter dem „Zementkrieg"

Mit Dumpingpreisen gefährdet „DDR" mittlere Betriebe

BERND HUMMEL, Eschwege

Der Verkauf von Billigzement aus der „DDR" hat im hessischen Zonenrandgebiet zu heftigen Protesten geführt. Vor allem die mittelständischen Unternehmen – nicht selten gestützt durch Beihilfen aus dem Zonenrandförderungsprogramm – beklagen, daß sie angesichts höherer Personalkosten kaum eine Chance hätten, sich gegen den Preisdruck aus der „DDR" zu behaupten.

Der Melsunger CDU-Bundestagsabgeordnete Wilfried Böhm – Mitglied des innerdeutschen Ausschusses – sieht politische Maßnahmen dringend angezeigt. Wörtlich: „Hier werden im Interesse des innerdeutschen Handels marktzerstörerische Praktiken geduldet, die im krassen Widerspruch zur Absicht der Zonenrandförderung stehen." Die für „DDR"-Arbeitskräfte und „DDR"-Produkte offene Grenze zur Bundesrepublik gefährde die Existenz vor allem kleinerer und mittlerer Betriebe im strukturschwachen Grenzgebiet zur „DDR". Der CDU-Abgeordnete wörtlich: „Die ‚DDR' macht nun mit Dumpingpreisen kaputt, was durch jahrzehntelange Zonenrandförderung mit Mitteln der Steuerzahler aufgebaut wurde."

Beispiel aus der osthessischen Region Fulda. Dort tobt seit geraumer Zeit ein „Zementkrieg" zwischen einem ortsansässigen Hersteller, nämlich den Kalk- und Zementwerken Otterbein in Großenlüder und dem Westdeutschen Marktführer Dyckerhoff. Der regionalgebundene Produzent, Arbeitgeber von 150 Beschäftigten, beklagt, daß vor seiner Haustür, nämlich im Güterbahnhof Fulda, im Vorjahr etwa 1500 Waggons Zement aus der „DDR" angeliefert wurden. Absender: das VEB Zementwerk Bernburg, Werk Fortschritt. Die volkseigenen Produzenten setzten im Auftrag eines Westberliner Großhändlers allein in Fulda rund 38 000 Tonnen ab zur Lieferung an die Firma Dyckerhoff, die für den hessischen Raum die Vermarktung übernommen hat.

Der Zement aus dem „DDR"-Städtchen Bernburg – auf halber Strecke zwischen Magdeburg und Halle gelegen – schlägt preislich alle Konkurrenten aus dem Feld. Daran ändern auch die Bahnfrachtraten für den Transport über die 300 Kilometer lange Strecke nichts. Pro Tonne, die im Raum Fulda durchschnittlich mit 115 Mark berechnet wird, liegt der „DDR"-Zement um gut 10 Mark billiger. Der Geschäftsführer des Unternehmens, Josef Müller, klagt: „Die Preise sind im Großraum Fulda ohnehin schon etwa 20 Prozent niedriger als etwa in Frankfurt, Wiesbaden oder Würzburg."

Das Otterbein-Werk, das mit staatlichen Mitteln der Zonenrandförderung unterstützt wurde, sieht sich einem Wettbewerb ausgesetzt, dem es auf die Dauer nur schwer gewachsen sein wird. Zumal die „DDR" Produzenten – auf diesem Gebiet mit dem Vermarkter Dyckerhoff einig – auf jede finanzielle Bewegung reagieren. Geschäftsführer Müller: „Wenn wir die Preise auf 105 Mark pro Tonne reduzierten, ging der „DDR"-Zement prompt auf 95 Mark."

Derlei Preisgestaltung bestreitet man auch bei Dyckerhoff in Wiesbaden nicht. Der zuständige Verkaufsleiter, Peter Trapp, sagt: „Die ‚DDR' liefert unter Vernachlässigung einer vernünftigen Kostenrechnung." Letztlich seien die Lieferungen von drüben ein politisches Problem. Schließlich habe sein Unternehmen keine Chance, Zement aus der Eigenproduktion in die „DDR" zu liefern und außerdem seien die eigenen Fertigungsanlagen nur zu 65 Prozent ausgelastet. Warum dann überhaupt Zement aus der „DDR"? Peter Trapp: „Wir müssen mithalten können."

Mehr Lehrer bei weniger Gehalt

Vorschläge aus CDU und SPD / Interessenvertreter lehnen „Sonderopfer" ab

PETER PHILIPPS, Bonn

In seltener Einmütigkeit haben Staatssekretär Anton Pfeifer (CDU) vom Bundesbildungsministerium und Kurt Vogelsang (SPD), Vorsitzender des Bundestagsausschusses für Bildung und Wissenschaft, in dasselbe Wespennest gestoßen. Beide brachten angesichts der immer schwierigeren Situation der nachwachsenden Lehrergeneration auf dem Arbeitsmarkt den Vorschlag wieder in die öffentliche Diskussion ein, die Arbeitszeit der beschäftigten Lehrer um jeweils eine Wochenstunde zu kürzen und dementsprechend auch das Gehalt zu reduzieren. Für das dadurch eingesparte Geld sollen Stellen für noch arbeitslose Pädagogen geschaffen werden.

Anhand der ersten Ergebnisse einer interministeriellen Arbeitsgruppe „Lehrerarbeitslosigkeit/Beschäftigungsmöglichkeiten für Lehrer" rechnete Pfeifer vor, daß „allein die Reduzierung der Lehrverpflichtung um nur eine Unterrichtsstunde mit anteiligem Besoldungsabschlag die Einstellung von etwa 20 000 arbeitslosen Lehrern ermöglichen würde". Vogelsang sprach in diesem Zusammenhang von einer Gehaltskürzung um etwa vier Prozent.

Appell an die Solidarität

Pfeifer ging dann noch weiter: Man könne auch über andere besoldungsrechtliche Maßnahmen nachdenken. Wenn beispielsweise oberhalb bestimmter Einkommensgrenzen bei doppeltem Gehalt der Ehegattenanteil beim Ortszuschlag eingeschränkt werde, ließe sich „die Einstellung von weiteren 10 000 bis 15 000 Lehrern ermöglichen". Der Staatssekretär kündigte an, daß die interministerielle Arbeitsgruppe diese Vorschläge jetzt im einzelnen auf ihre Realisierbarkeit prüfen werde. Den parlamentarischen Segen zumindest der Fachleute hat die Bundesregierung dabei. Denn, so Oppositionssprecher Vogelsang, über derartige Initiativen seien sich alle Mitglieder des zuständigen Bundestags-Ausschusses einig.

Aber auch Vogelsang ahnte natürlich den Protest der Lehrer-Interessenvertreter voraus. In einem Interview wiegelte er deshalb gleich im Vorfeld ab: Der Kritik könne man entgegentreten, wenn nachprüfbar werde, daß das freiwerdende Geld wirklich ausschließlich für neue Lehrerstellen verwendet werde und nicht in den Sparstrümpfen der Finanzminister verschwinde. Zusätzlich appellierte Vogelsang auch an die „Solidarität" der beschäftigten Lehrer mit ihren arbeitslosen Kollegen.

Doch die Lehrerverbände lehnten die Vorschläge umgehend ab, wenn auch nicht generell. Sowohl die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) als auch der Deutsche Lehrerverband (DL) hoben in erster Linie darauf ab, daß es ihrer Klientel nicht zugemutet werden könne, Sonderopfer zu brigen. GEW-Vorsitzender Dieter Wunder stellte fest: „Weder kann es in Frage kommen, daß Lehrer die Beschäftigung anderer Lehrer finanzieren, noch wäre es akzeptabel, daß Lehrer als einzige Gruppe im öffentlichen Dienst eine wöchentliche Arbeitszeitverkürzung erhalten." Es könne sich immer nur um Lösungen für den gesamten öffentlichen Dienst handeln.

Der DL-Präsident Clemens Christians sprach sogar von „Manipulationen an Lehrergehältern". Wenn die verantwortlichen Politiker erreichten, daß die IG Metall „bei Arbeitszeitverkürzungen entsprechende Lohnabschläge in Kauf nimmt", dann könne man sich weiter über das Thema unterhalten. Die Lehrer seien „keine leicht handzuhabende finanzpolitische Manövriermasse". Im übrigen klinge es „seltsam", wenn jetzt wieder über die Einrichtung neuer Lehrerstellen gesprochen werde, nachdem von den Bundesländern in den vergangenen Jahren gerade 20 000 gestrichen worden seien.

Die Vorstellungen der Lehrer-Interessenverbände gehen in eine andere Richtung. So schrieb GEW-Chef Wunder in einem Brief an Staatssekretär Pfeifer erneut die Forderung fest, auch für Lehrer die 35-Stunden-Woche einzuführen: „Wenn dies innerhalb von drei Jahren erfolgt und die entstehenden Kosten mit den sonst für Gehaltserhöhungen zur Verfügung stehenden Mitteln verrechnet werden, dürfte es bei politischem Willen aller Beteiligten möglich sein, den Weg zur 35-Stunden-Woche mit Schaffung neuer Beschäftigungsmöglichkeiten zu gehen."

„Vergreisung" droht

Zur Zeit kommen die Lehrer an allgemeinbildenden Schulen nach einer Knight-Wegenstein-Analyse auf eine Wochenarbeitszeit von durchschnittlich 43 bis 47 Stunden je nach Schultyp. Damit wird deutlich, ein wie aussichtsloses Unterfangen Wunder anspricht, wenn er innerhalb von drei Jahren die 35-Stunden-Woche erreichen will – und das ohne Lohnabschläge, sondern nur mit Verzicht auf Gehaltssteigerungen.

Der Vorschlag von Pfeifer und Vogelsang scheint derzeit der einzig gangbare Weg, um angesichts der leeren öffentlichen Kassen eine nennenswerte Zahl arbeitsloser Lehrer in den Schuldienst zu holen. Und dies ist – neben dem persönlichen Glück für die Betroffenen – vor allem aus zwei Gründen unvermeidlich: Aufgrund der momentanen Altersstruktur wird es durch Pensionierungen bis 1990 jährlich nur eine Fluktuation von zwei bis zweieinhalb Prozent geben; ohne Gegenmaßnahmen würde eine Verkrustung und „Vergreisung" der Kollegien drohen. Und: Trotz rückläufiger Zahlen bei den Lehramtsstudenten wird ohne Gegenmaßnahmen der Berg arbeitsloser Pädagogen auf eine volkswirtschaftlich irrsinnige Höhe wachsen. Denn nach den Berechnungen der Kultusminister-Konferenz ist bis zum Jahre 1990 mit insgesamt weiteren 115 000 Absolventen der Universitäten bzw. Pädagogischen Hochschulen zu rechnen.

Biedenkopf: Worms bleibt Spitzenkandidat

dpa, Düsseldorf

Der westfälische CDU-Vorsitzende Kurt Biedenkopf hat in Düsseldorf klargestellt: Oppositionsführer Bernhard Worms „ist Spitzenkandidat" der NRW-CDU für die Landtagswahl im nächsten Jahr. „Und er bleibt es." Mit dieser eindeutigen Aussage vor dem CDU-Präsidium, dem gemeinsamen Spitzengremium der von Worms geführten rheinischen und der westfälischen CDU, bemühte sich Biedenkopf offenkundig, eine gegen Worms gerichtete Personaldiskussion zu beenden.

Auslöser war eine Repräsentativ-Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Infratest bei mehr als 1800 Wahlberechtigten, über deren Ergebnisse dpa berichtete. Auf die Frage nämlich, wen sie der CDU als Spitzenkandidaten für die nächste Landtagswahl im Mai 1985 empfehlen würden, wenn sie der Union einen Rat geben könnten, nannten nur 19 Prozent der Befragten den Oppositionsführer und rheinischen Parteichef Worms, hingegen 29 Prozent Bundesarbeitsminister Norbert Blüm und sogar 39 Prozent Biedenkopf. Bei CDU-Mitgliedern und -Sympathisanten unter den Befragten war die Popularitäts-Differenz zwischen Worms und Biedenkopf noch krasser: 21 Prozent sahen in Worms den besten CDU-Spitzenkandidaten, 25 in Blüm und gar 49 Prozent in Biedenkopf. Die CDU stellte die Richtigkeit der Infratest-Fragen in Zweifel.

Rebellen in Uganda ließen Geiseln frei

dpa, Kampala

Ugandische Rebellen haben elf Mitarbeiter des Roten Kreuzes zwei Tage gefangengehalten, jedoch gestern neun von ihnen – darunter drei Schweizerinnen – freigelassen. Ein Sprecher des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz (IKRK) sagte in Kampala, mit der Freilassung der beiden anderen Geiseln, des französischen Arztes Pierre Perrin und eines ugandischen Rotkreuz-Angestellten, werde in allernächster Zeit gerechnet.

Vier bewaffnete Männer hatten am Samstag die beiden Autos des Roten Kreuzes 35 Kilometer westlich von Kampala angehalten und die elf Insassen entführt. Die Rot-Kreuz-Helfer befanden sich auf dem Weg zur Zählung von Flüchtlingen. Nach einer Offensive der Regierungstruppen vom März 1983 hatten nach offiziellen Angaben etwa 100 000 Menschen in der Umgebung Kampalas ihre Dörfer aus Angst vor weiterem Blutvergießen verlassen.

Sartawi-Mord: Namen genannt

AP, Albufeira

Am vierten Verhandlungstag im Prozeß um die Ermordung des palästinensischen Politikers Issam Sartawi im südportugiesischen Albufeira hat der Angeklagte gestern seine Identität preisgegeben. Nach eigenen Angaben heißt er Mohammed Hussein Raschid, ist 23 Jahre alt, in Jerusalem geboren und war Student des Ingenieurwesens. Er gehöre der „Nationalen Befreiungsbewegung Palästinas" und dem Revolutionsrat an, „was unsere Feinde die Abu-Nidal-Gruppe nennen". Die Ermordung Sartawis hat der Angeklagte bislang abgestritten. Er hätte nur die Flucht seiner Komplizen gedeckt.

DIE WELT (usps 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365,00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

Über Deutschland wissen die Amerikaner zuwenig

Renger: Fehleinschätzungen rechtzeitig entgegenwirken

STEFAN HEYDECK, Bonn

Der Informationsaustausch zwischen Bundestagsabgeordneten und Mitgliedern des amerikanischen Kongresses muß nach Ansicht von Bundestagsvizepräsidentin Annemarie Renger erheblich erweitert und intensiviert werden. In einem WELT-Gespräch wies die SPD-Politikerin darauf hin, daß selbst unter außenpolitischen Fachleuten in Repräsentantenhaus und Senat vielfach kaum oder nur geringe Kenntnisse über die Bundesrepublik und ihre besondere Lage „an der Nahtstelle zum Ostblock" vorhanden sind.

Annemarie Renger: „Die Amerikaner haben ja gar keine Vorstellung, was sich hier auch psychologisch entwickelt." Sie sieht die Gefahr, daß sich in der Bundesrepublik eine Bereitschaft zum Abkoppeln von den USA breitmacht. Dazu könne es kommen, wenn die Bürger sich von der westlichen Supermacht nicht verstanden fühlen und glauben, als „nur ein Pünktchen auf der Landkarte" angesehen zu werden.

Vor diesem Hintergrund schlägt die Parlamentsvizepräsidentin vor, daß sich die Bonner Volksvertreter künftig „stärker bemerkbar" machen sollten. Zumindest die Mitglieder der deutsch-amerikanischen Parlamentariergruppe – es ist der größte Zusammenschluß im Bundestag – sollte sich einen direkten Kontaktpartner im Kongreß suchen, um Informationen über aktuelle Entwicklungen „zu transportieren", Fehleinschätzungen entgegenzuwirken und Wissenslükken aufzuarbeiten. Allerdings rät sie im Interesse eines tatsächlich in die Tiefe gehenden kontinuierlichen Meinungsaustauschs davon ab, mit großen Delegationen in die USA zu fahren. Statt dessen sollten einzelne Abgeordnete oder kleine Gruppen zu gezielten Gesprächen über Schwerpunktthemen in die USA reisen.

Darüber hinaus befürwortet Annemarie Renger, daß ähnlich wie bereits bei den KSZE-Konferenzen, parallel zu offiziellen Delegationen der Bundesregierung, Bundestagsgruppen zu den Vollversammlungen der UN nach New York reisen. Dies würde den Nutzen haben, daß das Parlament „aus erster Hand" und nicht nur über die Exekutive über die Meinungen und Ansichten anderer Regierungen in kurzer Zeit umfassend unterrichtet werden könne. Die Bundestagsvizepräsidentin: „Wenn das die Abgeordneten unmittelbar machen, hat das eine andere Informationsqualität. Ein solcher Zugang würde echte Vorteile für die Arbeit des Parlaments und der Ausschüsse bringen."

„Koalition behandelt Grüne korrekt"

Wolfgang Schäuble rät vorerst davon ab, die Geschäftsordnung des Bundestags zu ändern

MANFRED SCHELL, Bonn

Eine interessante Differenzierung der „grünen" Bundestagsabgeordneten hat der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Wolfgang Schäuble, vorgenommen. In einem WELT-Gespräch sagte Schäuble: „Ich sehe die einen, die mehr auf die Basis schielen und die sagen, wir sind ja nur die parlamentarische Speerspitze der außerparlamentarischen Bewegung. Ich sehe manche, bei denen ich nicht weiß, ob überhaupt alles rational reflektiert ist. Und dann gibt es eine Gruppe, die im Grunde nichts mit den Grünen und der Friedensbewegung zu tun hat, sondern die dieses Vehikel benutzt haben, um eine linksradikale Oppositionspartei ins Parlament zu bringen, für die es bei den deutschen Wählern keine fünf Prozent gibt." Schäuble rechnet dieser letzteren Gruppierung die Abgeordneten Otto Schily, Josef Fischer und Hubert Kleinert (Marburg) zu. „Ich bin sehr gespannt, wer sich von denen dem Rotationsprinzip unterwerfen wird."

Ein zwingender Anlaß für eine Änderung der Geschäftsordnung des Bundestages mit dem Ziel, unparlamentarischem Verhalten der Grünen zu begegnen, ist nach Einschätzung von Schäuble zumindest jetzt nicht gegeben. Von dem FDP-Politiker Wolfgramm seien Überlegungen angestellt worden, den Paragraph 31 der Geschäftsordnung so zu fassen, daß persönliche Erklärungen erst nach der Abstimmung des Parlaments abgegeben werden sollen. Hintergrund dieser Überlegung sind die Erfahrungen, die man im Zusammenhang mit der Entscheidung über die NATO-Nachrüstung gemacht hat. Grüne Abgeordnete wollten die Abstimmung verzögern, in dem sie nacheinander solche Erklärungen abgegeben haben.

Schäuble meinte dazu, „sachlich richtig" wäre es jedenfalls, solche Erklärungen erst nach der Abstimmung abzugeben, „denn der einzelne Abgeordnete soll ja sein Abstimmungsverhalten begründen, aber nicht mehr Einfluß auf die Meinungsbildung anderer nehmen". Die Grünen hätten versichert, daß sich ihr Verhalten nicht mehr wiederholen werde. Wenn sie diese Zusage brechen sollten, dann werde es eine Änderung der Geschäftsordnung geben, und zwar gemeinsam mit der SPD-Bundestagsfraktion, betonte Schäuble.

Die Koalition habe sich gegenüber den Grünen korrekt verhalten. „Es würde nichts zu ihren Lasten manipuliert", eher sei man ihnen in der einen oder anderen Frage entgegengekommen. Verfassungskonform sei nach seiner Auffassung auch die im Zusammenhang mit dem Bundeshaushalt 1984 getroffene Regelung, wonach nur eine sehr begrenzte Anzahl vom Bundestag mit mindestens 249 Stimmen zu wählende Abgeordnete Einblick in geheime Bewirtschaftungspläne unter anderem für die drei Nachrichtendienste erhalten sollen. Bei dieser Regelung ist es unwahrscheinlich, daß ein grüner Abgeordneter gewählt wird. Die Fraktion der Grünen hat deshalb versucht, die Verabschiedung des Etats durch die Anrufung des Bundesverfassungsgerichts zu stoppen, was allerdings ohne Erfolg war. Schäuble verwies darauf, die Grünen hätten außerdem erklärt, mit der Geheimhaltung – und hier gehe es um geheimzuhaltende Vorgänge – hielten sie es, wie sie es wollten.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion, so kündigte Schäuble an, werde die „unschönen Ereignisse" innerhalb und außerhalb des Parlaments im Zusammenhang mit der Nachrüstungsdebatte und die teils verwirrenden Diskussionen über „Widerstand" auf ihrer Sitzung im Januar in Berlin erörtern. Angestrebt werde eine „Berliner Erklärung" zu dieser Thematik. Vorarbeiten dafür habe der CDU-Abgeordnete Paul Mikat, Justitiar der Fraktion, geliefert. In dieser Erklärung solle auch Bezug genommen werden auf die Erfahrungen in der jüngeren Geschichte. 1984 ist der 40. Jahrestag des 20. Juli, des Attentatsversuchs auf Hitler.

Seite 2: Kohls flinker Flitzer

Luftpiraten: Tiflis sieht Erziehungsfehler

AFP, Moskau

Die neun Jugendlichen, die am 18. November vergangenen Jahres versucht hatten, eine Tupolew-134 in die Türkei zu entführen, kommen aus den höchsten Gesellschaftskreisen Georgiens, wie der georgischen Parteizeitung „Saria Wostoka" in ihrer jüngsten Ausgabe indirekt zu entnehmen ist. Bei der Flugzeugentführung (WELT v. 23. 11. 83) waren drei Besatzungsmitglieder, zwei Passagiere und zwei der insgesamt neun Luftpiraten getötet worden. Unter den Tätern befanden sich auch drei junge Mädchen.

In der „Saria Wostoka" ist ein offener Brief der Akademie der Wissenschaften Georgiens an die Wissenschaftler der Kaukasus-Republik abgedruckt, in dem die „schlechte Erziehung" der Kinder von georgischen Intellektuellen angeprangert wird. Darin heißt es, daß die jungen Leute, die „am 18. November ein schreckliches Verbrechen begangen haben, das Entrüstung auslöste, Wissenschaftler-Familien entstammen". In dem Schreiben wird darauf hingewiesen, daß der Professor K. Zereteli seines Lehrstuhls an der Universität von Tiflis enthoben wurde, weil „er in der Erziehung seines Sohnes versagt hat". In dem Brief wird besonders kritisiert, daß die gutsituierten georgischen Familien den „Launen ihrer Kinder freien Lauf" ließen. Diese wüchsen „in Saus und Braus ohne jede Aufsicht" auf.

Als Churchill Deutschland neutralisieren wollte

SAD, London

Konrad Adenauer hat vor seiner Wiederwahl im Jahre 1953 eine Initiative des damaligen britischen Premierministers Winston Churchill bekämpft, die zu einer Neutralisierung und einer Wiedervereinigung der beiden Teile Deutschlands hätte führen können. Das geht aus geheimen Dokumenten der britischen Regierung hervor, die jetzt nach Verstreichen der Frist von 30 Jahren im Londoner „Public Records Office" der Öffentlichkeit zugängig gemacht worden sind.

„Die Papiere werfen ein erstaunliches Schlaglicht auf Adenauers Einstellung in der Frage der Wiedervereinigung", kommentierte der britische Historiker und Deutschlandexperte Anthony Glees gegenüber dem SAD diese Unterlagen. „Ihm lag mehr daran, die junge Bundesrepublik im westlichen Verteidigungsbündnis – erst in der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft EVG und dann in der NATO – zu verankern."

Churchill, damals 78 Jahre alt und in seiner zweiten Amtsperiode, unternahm seine Initiative nach Stalins Tod am 7. März 1953. Der britische Premier war überzeugt, daß es sich mit Malenkow, dem Nachfolger Stalins, wesentlich besser reden ließe und regte für den Herbst jenes Jahres – „wir müssen diesen Augenblick nutzen" – eine Viermächte-Konferenz an, auf deren Tagesordnung die deutsche Wiedervereinigung mit an erster Stelle stehen sollte. Churchills damals nicht veröffentlichter Plan sah vor, daß die Sowjets im Tausch für die Herausgabe der „DDR" die Garantie eines „Vereinigten Unabhängigen Deutschland" erhalten.

Der Plan wurde von Churchill nur kurz in einer Rede vom Mai 1953 angesprochen, in der er das Stichwort Locarno fallen ließ. In einem internen persönlichen Memorandum an das britische Außenministerium vom Juni jenes Jahres präzisierte er seine Gedanken: „Was immer aus der EVG oder NATO wird und wie immer Adenauer bei den Wahlen abschneidet, wir werden uns sehr bald mit dem Problem der deutschen Einheit beschäftigen müssen. Nichts wird das deutsche Volk von der Einheit ablenken können, und Adenauer selbst, der ein loyaler Fürsprecher für die EVG ist, muß das von Tag zu Tag mehr betonen."

Churchill äußert in dem Memorandum die Ansicht, daß ein „Vereinigtes Unabhängiges Deutschland" kein Alliierter der Sowjetunion werden würde – „der von Hitler gegen den Bolschewismus gelenkte Haß ist in deutschen Herzen noch stark" – und während der nächsten zwanzig Jahre auch nicht seine moralische Bindung an die freien westlichen Mächte verlieren würde: „Allerdings haben die Russen viel zu bieten. Erstens die Einigkeit mit der Ostzone im Anschluß an freie Wahlen. Zweitens eine Veränderung von Grenzen auf Kosten von Polen. Wir werden unser ganzes Können aufbieten müssen, damit wir die Ereignisse so steuern, daß wir für uns für irgendwelche künftigen Vorteile, die Deutschland von der Sowjetunion gewinnt, entsprechenden Kredit gewinnen."

Churchills ungewöhnliche Initiative verlief im Sande, auch als Folge gesundheitlicher Probleme. Das eine Problem war eine monatelange Erkrankung des britischen Außenminister Anthony Eden. Das andere Problem war ein geheimgehaltener Schlaganfall, der Churchill im Juni 1953 ereilte und wochenlang handlungsunfähig machte. Als er in die Downing Street zurückkehren konnte, stand Malenkow bereits so weit im Schatten seines weniger kompromißbereiten späteren Nachfolgers Chruschtschow, daß eine Gipfelkonferenz über Deutschland wenig sinnvoll erschien.

SEITE 2:
Die Chance, die keine war

Was Andenauer von diesem Churchill-Plan hielt, geht unter anderem aus dem Hinweis in dem Memorandum Churchills hervor, daß Adenauer im Wahlkampf mehr und mehr das Thema Einheit hervorheben müsse. Adenauer sandte im Juli 1953, so wird in einem Geheimbericht des Foreign Office mitgeteilt, ein dringendes Telegramm an US-Präsident Eisenhower und forderte ihn auf, dafür zu sorgen, „daß Gespräche über die Zukunft Deutschlands nur unter Zugrundelegung einer Bundestagserklärung vom 10. Juni 1953 abgehalten werden sollten". Churchill konnte es sich nicht verkneifen, das Dokument mit dem roten handschriftlichen Vermerk zu ergänzen: „Aber wir haben doch den Krieg gewonnen, oder? Von wegen bedingungslose Kapitulation ..."

Adenauer reiste im Sommer desselben Jahres nach Washington und konnte Eisenhower davon überzeugen, daß der Churchill-Plan voreilig sei und daß die Frage der deutschen Wiedervereinigung nur in einem weltweiten Rahmen angepackt werden könne. In einem mit „Dear Winston" überschriebenen und mit dem Stempel „secret" versehenen Brief, den Eisenhower am 20. Juli 1953 nach London schickte, zeigte sich, wie erfolgreich der Kanzler war.

Eisenhower schrieb in dem Brief nach einigen Anmerkungen zu Churchills Gesundheitszustand: „Ich habe das Gefühl, daß es für uns irgendwie gefährlich sein könnte, die Russen zu treffen und mit ihnen über Allgemeinheiten zu reden – auf jeden Fall sollten wir das nur und erst dann tun, wenn durch ihr Verhalten gegenüber Deutschland und Österreich offensichtlich geworden ist, daß sie ernsthaft mit uns auf eine verläßliche Basis gelangen wollen. Ich treffe gerne in einem informellen Rahmen mit denen zusammen, denen ich als Freunden trauen kann ... Aber es ist etwas anderes, jene informell zu treffen, die ein derartiges Treffen benutzen können, um einen in Verlegenheit zu bringen oder um Fallen zu stellen."

„Das sind für einen derartigen Brief ganz schön starke Formulierungen", meint Glees, der an der englischen Brunel-Universität Zeitgeschichte lehrt, „das ist diplomatisch verklausuliert die Zurechtweisung: Nun mach man keinen Unsinn, Winston."

Im Londoner Foreign Office führte Churchills Deutschland-Initiative seinerzeit zu einiger Verwirrung. Ungeachtet der Initiative tat Churchill in jenem Jahr alles in seiner Macht Stehende, um Adenauers Wiederwahl zu fördern. Er lud den Kanzler sogar zu einem privaten Dinner zu sich nach Hause ein – damals eine hohe Ehre.

In einem Memorandum an den Ständigen Staatssekretär im Foreign Office, Sir W. Strang, schrieb der damalige Unterstaatssekretär und spätere britische Botschafter in Bonn, Sir Frank Roberts, daß die Adenauer gewährte Hilfe „völlig unvereinbar mit einer Politik der Neutralisierung als Ergebnis einer Viermächte-Konferenz im Herbst" sei: „Die erste Bedingung, die die Russen vor einer Absprache über deutsche Politik machen würden, wäre das Verschwinden von Dr. Adenauer und der europäischen Politik, die er repräsentiert. Die deutschen Sozialisten wären erheblich verläßlichere und wirksamere Alliierte bei einer Neutralisierungspolitik, obwohl ich das Gefühl habe, daß sie, einmal an die Macht gekommen, ihren Wein auch verdünnen würden."

Roberts betonte, daß er persönlich gegen eine Änderung der britischen Politik sei, fügte dann aber hinzu, es sei dennoch an der Zeit, „zumindest darüber nachzudenken, was für eine Art von Regierung wir uns in Deutschland wünschen, wenn wir dort eine andere Politik befolgen wollen. Wer sich ein bestimmtes Ergebnis wünscht, der muß auch bereit sein, die Mittel zu seiner Herbeiführung zu akzeptieren. Ich möchte nicht, daß dem Foreign Office Mangel an Voraussicht vorgeworfen wird, wenn wir eines Tages aufgefordert werden sollten, zu einer Politik der Neutralisierung überzugehen und dann eingestehen müssen, daß Dr. Adenauer dank unserer Hilfe so fest im Sattel sitzt, daß wir sie nicht in die Tat umsetzen können."

Roberts schließt mit den Worten: „Ich finde außerdem, daß unser Verhältnis zu Dr. Adenauer in einem derartigen Falle zumindest fragwürdig wäre, nachdem wir ihn jetzt vor den Wahlen mit viel Sympathie unterstützt haben." Das Dokument endet mit dem knappen handschriftlichen Zusatz des Foreign-Office-Chefs Strang: „Wir stehen immer noch voll hinter der EVG und Dr. Adenauer."

Irak mobilisiert Kurden für den Golfkrieg

Bagdad macht Zugeständnisse / Mehr Autonomie?

GÜNTHER DESCHNER, Bonn

Im irakisch-iranischen Golfkrieg, der nun schon im vierten Jahre andauert, mobilisiert Bagdad seine letzten Reserven. Selbst mit der bisher rebellischen Minderheit der Kurden will sich Präsident Saddam Hussein jetzt arrangieren. Ende Dezember soll es zu einer Übereinkunft zwischen Dschalal Talabani, einem der Führer der kurdischen Minderheit Iraks, und Saddam Hussein gekommen sein.

Demnach wurde ein Waffenstillstand zwischen den Partisanenverbänden der von Talabani *geführten* „Patriotischen Union Kurdistans" (PUK) und den Regierungstruppen geschlossen. Auch freie Wahlen für kurdische Selbstverwaltungsorgane in den Provinzen Sulaimania, Erbil und Dohuk im nordöstlichen Bergland Iraks seien ebenso geplant wie die Aufstellung einer 40 000 Mann starken kurdischen Hilfsarmee, die an der Nordostgrenze gegen Iran zum *Einsatz kommen soll.*

Beobachter zweifeln jedoch daran, daß das Abkommen zu einer endgültigen Versöhnung der kurdischen Minderheit mit der arabischen Mehrheit und der Militärdiktatur Saddam Husseins führen wird. Mit ihren 3,2 Millionen Menschen stellen die Kurden rund ein Viertel der Gesamtbevölkerung Iraks. Seit der Unabhängigkeit des Landes in den dreißiger Jahren kämpfen sie unter wechselnder Führung und sich rasch verändernden Koalitionen um völlige Unabhängigkeit in einem eigenen Staat oder um abgesicherte Autonomie innerhalb des irakischen Einheitsstaats.

Zahllose Hinrichtungen

Trotz zahlloser Hinrichtungen, der Inhaftierung von mehr als 3000 *führenden Kurden und der Massende*portation von mehr als 300 000 Menschen aus dem Grenzgebiet zu Iran und trotz oberflächlicher Autonomiezugeständnisse war es der regierenden Baath-Partei nicht gelungen, den unruhigen und militärisch schwer zu kontrollierenden Nordosten tatsächlich zu befrieden.

Untereinander allerdings häufig verfeindete Kurdenführer wie der Sohn des legendären Kurdenführers Barsani, Masud, der frühere Bagdader Kabinettsminister Sami Rahman und der politisch schillernde frühere Reserveleutnant Dschalal Talabani, führten mit ihren „Pesh Merga"-Einheiten („Vor uns der Tod") im wilden Bergland Kurdistans einen ununterbrochenen Guerrillakrieg gegen Bagdad. Unterstützung fanden sie teils aus dem benachbarten Syrien teils aus dem Iran Khomeinis und durch die PLO.

Linkskräfte gesammelt

Nach dem Ausbruch des Golfkrieges gründete der 50jährige Talabani im syrischen Exil eine „Nationale, Demokratische und Patriotische Front Iraks", in die er neben seiner PUK auch andere Linkskräfte und die Irakische Kommunistische Partei einbezog. Mit den Kräften dieser Front kontrolliert er seither einen Teil der ländlichen Gebiete Kurdistans, während ein anderer Teil, vorwiegend zur iranischen Grenze, sich in der Hand der Partisanen der „Demokratischen Partei Kurdistans" (DPK) Barsanis befindet, die ihr Heil *nach wie vor auch in der Anlehnung* an Teheran sucht.

Auch im benachbarten Iran gibt es eine wenigstens vier Millionen umfassende kurdische Minderheit, die seit dem Sturz des Schahs durch bewaffneten Aufruhr ebenfalls auf größere Autonomierechte pocht. Deren politisch bedeutendster Führer, der 52jährige Historiker und Volkswirt Abdul Rahman Ghassemlu, einst in der kommunistischen Tudeh-Partei, jetzt Generalsekretär der iranischen „Demokratisch-Kurdischen Partei" (DKP), hat seine Operationsbasis in der irakischen Hauptstadt Bagdad end wird von dort aus finanziell und logistisch unterstützt.

Kurdische Kräfte, die auf die Unabhängigkeit von ausländischen Interessen beharren und auf die Zusammenarbeit der irakischen mit den ira*nischen Kurdenbewegungen und* auch auf die Einbeziehung der acht Millionen unterdrückten Kurden der Türkei setzen, haben demgegenüber derzeit offenbar keine politischen Ansatzpunkte. Ihr Hauptrepräsentant Sami Rahman ging bereits vor Jahresfrist resigniert ins Londoner Exil. „Und die Mächte der Region", so ein Vertreter des Auslandsapparats der „Demokratischen Partei Kurdistans" in Bonn gegenüber der WELT, „gefallen sich darin, unser zerrissenes Volk weiterhin auf dem Schachbrett ihrer Interessen hin und her zu schieben."

Die Militärs gelten als das „geringere Übel"

Von B. RÜTTEN

Die Mehrheit der Nigerianer scheint der Intervention der Militärs in Nigeria positiv gegenüberzustehen. Kritik kam dagegen vom westlichen Ausland, auch von Kenia, *Tansania und* Senegal. „Die Fälschung der Wahlen im vergangenen August/September, in denen die Regierung sich unter Ausnutzung der Kontrolle des Machtapparates eine überwältigende Mehrheit sicherte, hat uns Gewißheit gegeben, daß Shagari (der gestürzte Präsident, d. Red.) zu echter Demokratie nicht willens oder in der Lage ist", sagt ein nigerianischer Geschäftsmann.

Ein anderer fügt hinzu: „Vor der Alternative zwischen gefälschten Wahlen unter einer Zivilregierung, die gezeigt hat, daß sie korrupt ist und nie wieder freiwillig die Macht aus den Händen geben wird, und gar keinen Wahlen unter einer Militärregierung, wie sie 1979 freiwillig zurücktrat, ziehen wir das letztere vor."

Oppositionspolitiker haben nach den Wahlen von 1983 heftig protestiert. Aus Kreisen der aufgelösten Oppositionsparteien ist zu erfahren, daß sie den Staatsstreich begrüßen. „Die Demokratie war schon vorher tot", erklärt ein ehemaliger Vertreter der Vereinigungspartei von Obafemi Awolowo, der sich als brillanter Verfechter der Demokratie in Afrika einen Namen gemacht hat. Auch die Nigerianische Volkspartei des Nnamdi Azikiwe geht davon aus, daß sie unter den Militärs eher eine realistische Chance hat, künftig wieder einmal in der Gestaltung der Politik mitzuwirken als unter Shagari.

Vor dem Hintergrund der somit enttäuschenden Praxis vierjähriger Demokratie nimmt sich die vorhergehende Administration der Generäle Murtala Muhammad und Obasanjo, deren Mitglied der neue Machthaber

NIGERIA

Buhari war, geradezu glanzvoll aus. Insbesondere der nach nur 100 Tagen einem fehlgeschlagenen Coup zum Opfer gefallene Murtala Muhammad gilt als Verfechter einer dynamischen Außenpolitik, die die führende Position Nigerias in Afrika begründete. Er galt als integer und soll erfolgreich die Korruption bekämpft haben.

Sein Nachfolger Obasanjo zog sich, wie alle führenden Militärs, nach Übergabe der Macht an die Zivilregierung Shagaris 1979 aus der Politik zurück und lebte als Farmer in der Nähe seines Heimatorts Abeokuta im Südwesten Nigerias.

Die ursprüngliche Sympathie der Militärs für die Nationalpartei Shagaris – es wird sogar behauptet, daß sie dieser zur Macht verhalfen – muß sich im Laufe der Zeit gewandelt haben. Wähend Shagari Führungspositionen der Armee neu besetzte, ging eine einflußreiche Gruppe im Offizierskorps zunehmend auf Distanz zur Regierung. Hohe Beamte und jüngere Offiziere, die die Dekadenz in Moral, Politik und Wirtschaft beklagten, gesellten sich dazu. Als einerseits die Wahlfälschungen zu Volksaufständen führten und andererseits immer klarer wurde, daß Shagari die wirtschaftlichen Schwierigkeiten nicht meistern konnte, gewannen sie den Eindruck, daß die Volksstimmung einen Coup unterstützen werde und bereiteten diesen generalstabsmäßig vor.

Die in Nigeria sonst sehr lebendigen Stammesgegensätze spielen in den höheren Rängen des Militärs eine untergeordnete Rolle. Zu Recht wird die Armee in Nigeria als eine „einzige wahrhaft nationale Partei" bezeichnet. Die führenden Militärs, die die über 20jährige Geschichte des Landes maßgeblich gestalteten und im Biafra-Krieg sogar gegeneinander gekämpft haben, waren die ersten, die ein echtes Nationalbewußtsein entwickelten. Während dieses unter der dynamischen Regierung Murtalas sich langsam auf die Bevölkerung übertrug, erschöpfte es sich unter Shagari in Phrasen und zerrann im Kampf um materielle Vorteile.

Bei der Beurteilung der Politik der Muhammad/Obasanjo-Regierung, als deren Erbe sich die neue Militärregierung sieht, zeigt sich, daß die gängigen Kategorien auf die meisten afrikanischen Regime nicht anwendbar sind und das Ausland vor allem auch häufig durch die selbstgewählten Etikettierungen irregeleitet wird. So kann es sich in Afrika keine Regierung leisten, sich nicht als progressiv und blockfrei zu bezeichnen, weil „progressiv" gleichbedeutend ist mit der Schaffung *besserer Lebensum*stände und „blockfrei" mit Überwindung des Kolonialismus. Vor diesem Hintergrund war die Politik Murtalas auf wirtschaftlichem Gebiet eher konservativ und in der Außenpolitik eher prowestlich.

Nigeria fängt nach vier Jahren und zwei Monaten wieder da an, wo es 1979 aufgehört hatte – mit einem gewichtigen Unterschied: Damals ließen die steigenden Ölpreise die wirtschaftliche Situation im rosigsten Licht erscheinen; heute ist Nigeria zur Deckung seiner kurzfristigen Auslandsverbindlichkeiten dagegen auf einen Kredit des Internationalen Währungsfonds angewiesen.

Polens Bauern beharren auf eigener Basis

JGG. Bonn

Das „gesamtpolnische Komitee des Bauernwiderstandes ‚Solidarität'" hat der polnischen Bischofskonferenz dafür gedankt, daß sie sich ungeachtet aller Schwierigkeiten um Westhilfe zugunsten der privaten Landwirtschaft bemühe.

Gleichzeitig erklärte das Komitee aber, daß es „ein Fehler" wäre, wenn die Bauern die Westhilfe als ausschließliches Mittel der Selbstverteidigung betrachten würden. „Die Bemühungen der polnischen Bischofs*konferenz entbinden nämlich die in*dividuellen Bauern nicht davon, eigene unabhängige Organisationsstrukturen hinsichtlich der Verteidigung der Fortentwicklung einer eigenen, unabhängigen Basis zu bilden."

Diese Stellungnahme wurde im Organ der polnischen Bauernpartei im Exil „Poland of tomorrow" (London) abgedruckt. Nach Einschätzung von polnischen Exilpolitikern heißt das im Klartext: Polens Bauern sind nicht gewillt, die Westhilfe als Ersatz für eine freie Bauernorganisation zu betrachten, wie es die drei verbotenen Bauern-„Solidarität"-Gewerkschaften waren.

Ein anderer polnischer Bauernfunktionär in der Emigration wertete die Erklärung als „eindeutige Mahnung an den kompromißbereiten Pri*mas von Polen". In der Erklärung* wird ferner die konstitutionell verankerte Garantie für eine freie Landwirtschaft in Polen als Augenwischerei bezeichnet, da gleichzeitig von der Fortentwicklung der unrentablen LPGs die Rede sei.

Das „gesamtpolnische Komitee des Bauernwiderstandes" ist ein Zusammenschluß der drei im Untergrund tätigen verbotenen Bauern-Solidarität-Gewerkschaften, das seit 1982 – trotz intensiver Ermittlung der Sicherheitsorgane – sehr aktiv ist. So fand im August 1983 ein Treffen zwischen den Spitzen der Bauernsolidarität und der Arbeitersolidarität statt, auf dem eine enge Zusammenarbeit vereinbart wurde.

Das „gesamtpolnische Komitee" hat sich auch dadurch einen Namen *gemacht, daß es polnische* Bauern mit Erfolg anregte, mit eigenen Produkten in Not geratene Familien von Angehörigen der Arbeiter-Solidarität zu versorgen.

Moskau: Kritische Anspielung auf Jumbo-Abschuß

Luftwaffengeneral schreibt in Fachzeitschrift über gebotenes Verhalten von Piloten und Bodenstationen

AFP/DW. Moskau

Kritik am Abschuß einer südkoreanischen Verkehrsmaschine mit 269 Personen an Bord durch sowjetische Abfangjäger ist jetzt von offizieller Seite auch in der Sowjetunion lautgeworden. In der Fachzeitschrift „Aviazija i Kosmonawtika" erläutert der Luftwaffengeneral Golubjew das bei Verletzungen des sowjetischen Luftraums gebotene Verhalten von Piloten und Bodenstationen. Ohne direkte Anschuldigungen zu erheben, ließ der General erkennen, daß die Offiziere, die an dem Abschuß der Boeing 747 am 1. September 1983 beteiligt waren, nicht alles Notwendige getan hätten, um die fremde Maschine zur Landung zu zwingen.

Beim Eindringen eines fremden Flugzeugs in den sowjetischen Hoheitsbereich müßte der Kommandant einer sowjetischen Ahfangmaschine „Charakter" und „Durchhaltevermögen" beweisen und „in der Lage sein, die Verantwortung für seine Entscheidung zu übernehmen", schrieb Golubjew. Der Pilot, dem die letzte Entscheidung zufalle, habe im Fall einer *Luftraumverletzung* „streng nach den geltenden Regeln" zu handeln, das heißt, „das Flugzeug auf dem nächsten Flughafen zur Landung zu zwingen". In jedem Fall müsse der Pilot darauf eingestellt sein, „sich entweder einem Feind gegenüberzusehen oder einer Besatzung zu helfen, die sich unfreiwillig von ihrem Navigationskurs entfernt hat".

Analytiker dieses Textes verstehen ihn als Andeutung, daß im Fall der KAL-Boeing die verantwortlichen Militärs ihrer Aufgabe nicht gewachsen waren und nicht alle Möglichkeiten eingesetzt haben, um die südkoreanische Maschine zur Landung zu veranlassen. Der Pilot des Abfangjägers, der die Schüsse auf die fremde Maschine abgegeben hatte, hatte am 20. September im sowjetischen Fernsehen erklärt, er habe alles versucht, *um das Flugzeug zu identifizieren.* Dies sei ihm jedoch nicht gelungen. In sowjetischen Erklärungen war der Vorwurf erhoben worden, die Boeing 747 sei ohne Positionslichter geflogen und damit nicht erkennbar gewesen. Außerdem war von einer „Spionagemission" die Rede.

Bereits Mitte September vergangenen Jahres hatte ein sowjetischer Funktionär in zwei Fernsehinterviews in Großbritannien den Abschuß der Maschine als Fehler bezeichnet. Die sowjetischen Piloten, so Viktor Linnijk, hätten die Maschine „niemals abgeschossen", wenn sie gewußt hätten, daß der Jumbo-Jet zivile Fluggäste an Bord hatte.

Beim Abflug aus Glasgow machte Linnijk jedoch einen Rückzieher. Er entschuldigte sich mit schlechten Englisch-Kenntnissen, obwohl er zuvor eine Pressekonferenz des „Prawda"-Chefredakteurs gedolmetscht hatte.

Die BBC hatte ihn gefragt, ob er jetzt der Meinung sei, die koreanische Maschine habe sich nicht auf einer Aufklärungsmission befunden. Der ZK-Berater erwiderte: „Ja, sehr starke Indizien sprechen dafür." Er fügte hinzu: Wegen der spannungsgeladenen Atmosphäre zwischen den Su*permächten hätten die MiG-Piloten* unter „so intensiver, so hoher Anspannung gestanden, daß mich ihre schießfreudige Reaktion nicht überrascht hat".

Südafrika setzt Truppenabzug aus Angola fort

dpa, Pretoria

Südafrika hat gestern den Abzug seiner Truppen aus Angola fortgesetzt. Der Rückzug der südafrikanischen Truppen, die zu militärischen Operationen gegen die Südwestafrikanische Unabhängigkeitsbewegung (Swapo) mehr als 200 Kilometer auf angolanisches Gebiet vorgedrungen waren, hatte bereits am Sonntag begonnen. Wie Verteidigungsminister General Magnus Malan erklärte, haben die südafrikanischen Truppen in der vergangenen Woche in einer umfassenden Aktion die Kommando- und Logistikstruktur sowie zahlreiche Stützpunkte und Versorgungslager der Swapo zerstört.

Die südafrikanischen Truppen waren in den vergangenen Tagen wiederholt in schwere Gefechte mit kubanischen Soldaten und angolanischen Regierungstruppen verwickelt worden. Die Angolaner sollen dabei mehr als 20 Panzer verloren haben. Nach Angaben des Operationschefs der südafrikanischen Streitkräfte, Generalmajor Ian Gleeson, sind seine Truppen sowohl auf Sam-8- als auch auf Sam-3- und Sam-9-Raketen russischer Herstellung gestoßen.

Bei der größten Feldschlacht nahe dem 160 Kilometer nördlich der Namibia-Grenze gelegenen Ort Cuvelai sollen 324 Swapo-Kämpfer sowie kubanische und angolanische Soldaten getötet worden sein. Die Südafrikaner hätten neun Mann verloren.

Rühe regt Treffen der Supermächte an

rtr, Bonn

Der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Volker Rühe, tritt zur Verbesserung des Klimas zwischen Ost und West für jährliche informelle Treffen von Politikern beider Seiten auf höchster Ebene ein. Er schlug den USA und der UdSSR außerdem die Einsetzung von Sonderbeauftragten vor, die ständig miteinander Kontakt halten und nicht nur über Waffen reden sollten. Zwischen Ost und West müsse ein Klima geschaffen werden, in dem Abrüstungsbemühungen gedeihen könnten.

Rühe rief den Westen auf, nicht auf Initiativen des Ostens zu warten, sondern sich selbst aktiv um die Verbesserung der Beziehungen zu bemühen. Hierbei sollte das historisch bedingte Bedürfnis in West- und Osteuropa nach guter Nachbarschaft, Zusammenarbeit und Interessenausgleich bewußt genutzt werden, um wenigstens in einem Teilbereich der Ost-West-Beziehungen mit dem Abbau von Spannungen zu beginnen, das politische Bewußtsein auf Kooperation einzustimmen und diesen Trend dann auf das globale Ost-West-Verhältnis zu übertragen.

Dabei gehe es nicht um eine europäische Sonderrolle, erklärte Rühe. Vielmehr sollten die besonders günstigen europäischen Gegebenheiten genutzt werden, um zu einer generellen Entkrampfung und Klimaverbesserung zwischen Ost und West zu gelangen. Denn Abrüstung könne nur die Frucht politischer Entspannung sein.

Niedersachsens Grüne nur für eine „Teil-Rotation"

Personelle Kontinuität wichtiger als totaler Austausch

schw. Hannover

Die Grünen in Niedersachsen haben sich auf einer Landesdelegiertenkonferenz in Hildesheim mit großer Mehrheit für das Prinzip einer „Teil-Rotation" – *also für das Auswechseln* lediglich eines Teils ihrer Abgeordneten im Landtag Hannover – ausgesprochen. Damit wurden zugleich *Beschlüsse zweier früherer Landes*parteitage ungültig.

Über die Frage des 1982 beschlossenen Rotationsprinzips, nach dem alle Abgeordneten in der Mitte der vierjährigen Wahlperiode ausgewechselt werden müssen, war es in den vergangenen Wochen zu tiefgreifenden Meinungsverschiedenheiten gekommen, die die Fraktionsarbeit belastet hatten. Grundsatztreue der Basis und in der Praxis gewonnene *politische Erfahrung* der Abgeordneten klafften auseinander. Auf einer Klausurtagung im Dezember wurde dann der Beschluß der Teilrotation, wie er nun in Hildesheim gefaßt worden ist, vorbereitet. Nur noch ein Kreisverband hielt unverändert an dem Prinzip des totalen Austauschs aller Abgeordneten fest. Der Verband Lüchow-Dannenberg beantragte, daß sein Abgeordneter Martin Mombauer bis 1986 im Landtag bleibt.

Diese *„Paketlösung"* sollte eine Debatte über „Erfolg und Nichterfolg" der bisherigen Fraktionsmitglieder vermeiden, wie der Fraktionsvorsitzende Neddermeyer begründete. Die zum Teil heftige Auseinandersetzung in Hildesheim machte aber deutlich, daß auch der jetzige Mehrheitsbeschluß die Gegensätze nicht ausgeräumt hat. Mombauer bezeichnete den Austausch aller Abgeordneten als „tödlich" für die Grünen und der Abgeordnete Lippelt, der selber auf ein Amt verzichten will, meinte, personelle Kontinuität in der Fraktionsarbeit sei gefragt.

Gegen die totale Rotation wurden auch rechtliche Bedenken angemeldet; man könne Abgeordnete nicht zum Verzicht „zwingen". Solche Gesichtspunkte waren auch ausschlaggebend für die Ablehnung eines Antrags, „Nachrücker", die die jetzigen Abgeordneten ersetzen sollen, müßten mit Zweidrittelmehrheit berufen werden, da die Reihenfolge auf der Landesliste bereits festgelegt sei.

Zwar gab es Stimmen, die den Verzicht auf die Rotation als „Wählerbetrug" bezeichneten und die Gefahr beschworen, die grünen Parlamentarier würden dann „Berufspolitiker" und die Partei zu einer Partei wie jede andere, aber entscheidend für den Mehrheitsbeschluß war die Einsicht, daß die Personaldecke der Grünen zu dünn ist, um sich einen solchen Ausverkauf der Fraktion leisten zu können.

Trotz des Abrückens von ihren früheren Beschlüssen bekannten sich die niedersächsischen Grünen nachdrücklich zu „jenen Grundsätzen, für die die Rotation nur ein Mittel ist". Mit dem Austauschen von Abgeordneten solle „die Arbeit einer grünen Landtagsfraktion auf eine breitere Basis gestellt werden und dem Verschleiß und den Tendenzen zur Verselbständigung, die mit dieser Arbeit zwangsläufig verbunden sind, entgegengewirkt werden".

Jerusalem lehnt Husseins Plan ab

Jordaniens Abgeordnete geben dem König freie Hand für Nahost-Initiative

DW./RS. Amman/Bonn

König Hussein von Jordanien ist in seinem Bemühen, an einer Regelung über die Zukunft der Palästinenser in den von Israel besetzten Gebieten mitzuwirken, nunmehr auch formal aktiv geworden: Gestern billigte das jordanische Abgeordnetenhaus in einer *Sondersitzung* eine Verfassungsänderung, um die Nachwahl für die frei gewordenen Sitze in der 1967 zuletzt gewählten Versammlung zu ermöglichen.

Das Parlament in Amman war 1974 von dem Monarchen suspendiert worden, nachdem die arabische Gip*felkonferenz in Marokko die PLO als* einzige legitime Vertreterin der Palästinenser anerkannt hatte. Von den ursprünglich 60 Abgeordneten waren gestern nur 45 anwesend. Sie beschlossen, bei nur zwei Enthaltungen, einen Verfassungszusatz, durch den König Hussein ermächtigt wird, die Kammer einzuberufen, damit diese „ihre konstitutionellen Vollmachten" wahrnimmt. Darüber hinaus soll der Monarch „auf Beschluß der Regierung" Teilwahlen organisieren, in denen „die Hälfte der Abgeordneten" bestimmt werden soll. Es handelt sich dabei um die 30 Abgeordneten aus den heute von Israel besetzten Gebieten Judäa und Samaria.

In Amman wird jetzt mit einer Regierungsumbildung und der Ernennung des bisherigen Innenministers *Ahmed Obeydat zum Premierminister* gerechnet. Vorrangige Aufgabe des neuen Kabinetts dürfte die Vorbereitung von Neuwahlen sein. In den von Israel besetzten Gebieten wurde nach Presseberichten die Initiative Husseins von der arabischen Presse und arabischen Politikern weitgehend begrüßt.

Hingegen ist die israelische Regierung offenbar nicht gewillt, das Vorhaben Husseins zu billigen. Eine Verwirklichung der jordanischen Pläne würde, so heißt es in Jerusalem, die innerhalb des Friedensvertrags von Camp David festgelegte Autonomielösung für die Einwohner der besetzten Gebiete unterlaufen. Die Weigerung der israelischen Behörden, dem Abgeordneten von Hebron, Hafez Abdel Nabi Natsche, die Ausreise zur Kammersitzung in Amman zu gestatten, unterstreicht die ablehnende Haltung Jerusalems.

Ägypten wiederum ist offenbar entschlossen, die jordanische Initiative zu unterstützen. Der Staatsminister im ägyptischen Außenministerium, Butros Ghali, sprach sich in Paris für eine Fortsetzung der Verhandlungen über das Palästinenser-Problem als einzige Lösung der Nahost-Krise aus. In einem Interview mit der Nachrichtenagentur AFP verlangte Ghali die Wiederaufnahme der im April vergangenen Jahres unterbrochenen jordanisch-palästinensischen Verhandlungen, um eine „*gemeinsame diplomatische Front* Jordaniens und der PLO" zu schaffen. Ägypten sei bereit, hier als Vermittler aufzutreten und sich, falls notwendig, an den Verhandlungen zu beteiligen.

Die Vereinigten Staaten neigen dazu, positive Veränderungen in der Politik Syriens zu sehen. Der stellvertretende *amerikanische* Außenminister Kenneth Dam hat die Auffassung geäußert, daß die Haltung der syrischen Regierung im Libanon-Konflikt verständigungsbereiter geworden ist. In einer Sendung der Fernsehgesellschaft NBC sagte Dam, diese neue syrische Haltung habe die Möglichkeit für eine Stabilisierung der Situation in Libanon verbessert. Nach der Verwirklichung eines Friedensplanes würde sich auch die Funktion der US-Marineinfanteristen in Beirut ändern. Inwieweit das wollte Dam jedoch nicht sagen.

Ein Sicherheitabkommen zwischen den Bürgerkriegsparteien würde nach Dams Meinung allerdings eine Lage schaffen, in der der Abzug der US-Soldaten möglich werden würde. Der Diplomat zeigte sich davon überzeugt, daß die Aussichten für eine derartige Übereinkunft trotz der erneuten Kämpfe in Libanon gut sind. Zwischen den Partnern bestehe Übereinstimmung über die Grundzüge eines solchen Sicherheitsabkommens, meinte Dam.

Über das Ergebnis der Libanon-Verhandlungen zwischen dem saudiarabischen Außenminister Prinz Saud-Ibn Feisal, seinem syrischen Amtskollegen Abdel Halim Khaddam und dem libanesischen Außenminister Eli Salem lagen widersprüchliche Berichte vor. Einen Durchbruch hat es bei diesen Gesprächen in Saudi-Arabien offenbar nicht gegeben. Thema der Verhandlungen war die Anwendung eines saudi-arabischen Plans zur Befriedung der Region Beirut und des angrenzenden Berglandes sowie die Wiederaufnahme; der innerlibanesischen Versöhnungsverhandlungen. Aus Kreisen, die der libanesischen Regierung nahestehen, verlautete, die Fortsetzung der libanesischen Friedenskonferenz hänge weitgehend von der Umsetzung des Sicherheitsplanes für die Region Beirut ab. Der Plan sieht unter anderem Pufferzonen zwischen den Gebieten der verfeindeten Parteien vor.

Seite 2: Peanuts

„Kohl hat die Tarifautonomie nicht verletzt"

rtr, Bonn

Der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Adolf Müller, hat Bundeskanzler Helmut Kohl gegen die Gewerkschaftskritik in Schutz genommen, er habe mit seiner Ablehnung der 35-Stunden-Woche gegen die Neutralitätspflichten bei Tarifstreitigkeiten verstoßen. Müller, der dem Gewerkschaftsflügel der Union angehört, erklärte, Kohl habe sehr wohl nach Buchstaben und Geist der Verfassung gehandelt und keineswegs die Prinzipien der Tarifautonomie verletzt, als er von dieser Art der Arbeitszeitverkürzung gewarnt habe.

Im Pressedienst seiner Partei schrieb Müller, die 35-Stunden-Woche berühre über tarif- und arbeitsmarktpolitische Auswirkungen hinaus tiefgreifend die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen in der Bundesrepublik Deutschland. Sie gefährde die Konjunkturerholung. Die Gewerkschaften seien kein Staat im Staate, sondern müßten eine Teilfunktion zum Wohle des Ganzen *wahrnehmen. In dieser Rolle müßten* sie sich auch der Kritik von Staatsorganen stellen.

Bonn warnt „DDR" vor Behinderungen

Co./DW. Bonn

Die Bundesregierung hat die „DDR" vor einer Einschränkung der *Familienzusammenführung* und des innerdeutschen Reiseverkehrs gewarnt. Regierungssprecher Sudhoff nahm zu Berichten Stellung, in denen von der Entschlossenheit der *„DDR"* die Rede war, als „eine der Antworten auf die Nachrüstung des Westens" die Familienzusammenführung einzuschränken.

„Solche Überlegungen wären der Weiterentwicklung der Beziehungen nicht dienlich. Sie würden auch nicht mit Äußerungen aus DDR-Führungskreisen in Einklang stehen, die das grundsätzliche Interesse der DDR an der Wahrung des Erreichten erkennen lasse", sagte Sudhoff.

Kanzleramtsminister Jenninger erklärte der „Bild"-Zeitung, daß es in Bonn für eine Beeinträchtigung der Familienzusammenführung keine Anhaltspunkte gebe. „Es ist auch nicht hilfreich, wenn sich Leute bei uns laufend den Kopf zerbrechen, was die DDR zum Schaden der Beziehungen tun könnte."

Neue Demokratie-Allianz

● Fortsetzung von Seite 1

Vorgänger Carter eingestellt worden waren, wiederaufgenommen werden. Keine Einstimmigkeit erzielte die Kommission nach Angaben der „Washington Post" in der Frage, ob die USA weiterhin die Rebellen gegen die sandinistische Regierung in Nicaragua unterstützen sollen.

Die Außenminister der fünf mittelamerikanischen Staaten Costa Rica, El Salvador, Guatemala, Honduras und Nicaragua einigten sich über erste Schritte zu einer Entspannung in dieser Krisenregion. Auf ihrer fünften gemeinsamen Konferenz mit der Contadora-Gruppe (Mexiko, Kolumbien, Panama und Venezuela) nahmen die Außenminister in Panama-*Stadt in veränderter Form einen* Vorschlag der Contadora-Staaten an. Darin werden praktische Schritte und Zeitgrenzen für den Abzug der ausländischen Militärberater aus Mittelamerika, eine Beendigung des Aufrüstens, die Abhaltung freier Wahlen sowie die Respektierung der Menschenrechte angeregt.

Nach der Übereinkunft von Panama sollen die fünf mittelamerikanischen Staaten bis zum 31. Januar drei *Arbeitskommissionen gründen, die* bis zum 29. Februar einen Zeitplan und ein Programm vorzulegen haben. Die Empfehlungen der drei Kommissionen sollen dann bis zum 30. April einer neuen gemeinsamen Konferenz der neun Minister unterbreitet werden.

Im Wirtschafts- und Sozialbereich befürworten die fünf mittelamerikanischen Staaten eine Verstärkung der Hilfsprogramme für Flüchtlinge in dieser Region. Den Flüchtlingen soll durch Zusammenarbeit der interessierten Regierungen eine freiwillige Rückkehr in ihre Heimat ermöglicht werden. Vorgeschlagen wird ferner die *Einführung* gerechter Wirtschafts- und Sozialstrukturen, die ein authentisches demokratisches System festigen und den Völkern die Wahrnehmung ihres Rechts auf Arbeit, Erziehung, Gesundheit und Kultur erlauben.

Eine achtköpfige Delegation des Europa-Parlaments ist unter Leitung seines Präsidenten Pieter Dankert in Nicaragua eingetroffen. Die sandinistische Regierung bezeichnete die Abordnung als wichtigste Besucherdelegation seit der Revolution von 1979. Die Parlamentarier sollen nach offiziellen Angaben mit Innenminister *Tomas Borge und anderen* Persönlichkeiten zusammentreffen.

Debatten über Ablauf der Tschad-Konferenz

rtr, Addis Abeba

Vertreter von zehn Gruppierungen und der Regierung Tschads sind in *der äthiopischen Hauptstadt zusammengetroffen*, um Möglichkeiten für eine Beendigung des Bürgerkriegs in Tschad zu erörtern. Die Konferenz unter Schirmherrschaft der Organisation für die Einheit Afrikas (OAU) sollte im Laufe des Tages beginnen, doch gab es zunächst nur Diskussionen um den Ablauf des Treffens. Es soll bis Freitag dauern. Tschads Präsident Hissène Habré hatte seine Teilnahme abgesagt, nachdem sein Rivale Goukouni Weddei am Sonntag vom äthiopischen Präsidenten Mengistu Haile Mariam mit allen Ehren begrüßt worden war. Mengistu ist derzeit Vorsitzender der OAU, die ihren *Verwaltungssitz* in *Addis* Abeba hat. Nach Angaben aus informierten Kreisen wird die Regierungsdelegation Tschads von Innenminister Taher *Guinassou geleitet. Das Fern*bleiben Habrés sowie der Tod von Vizepräsident und Außenminister Idris Miskine wird der tschadischen Regierungsdelegation nur geringen Verhandlungsspielraum lassen.

„Ein Sicherheitsrisiko"

▲ Fortsetzung von Seite 1

Vorwürfe überhaupt konkretisiert worden seien.

Über den Ablauf der Vorgänge berichtete der Sprecher wie folgt: Kießling sei am 13. Dezember vergangenen Jahres durch den beamteten Staatssekretär des Verteidigungsministeriums, Hiehle, und den Leiter der Personalabteilung, Generalleutnant Kubis, die Versetzung in den einstweiligen Ruhestand zum Jahresende eröffnet worden. Dies jedoch sei nicht der erste Termin gewesen, bei dem Kießling *mit* diesen Vorwürfen konfrontiert worden sei. Der Minister habe im September mit dem General darüber geredet. Dies sei ein Vier-Augen-Gespräch gewesen, aus dem für die Umgebung keine Angaben gemacht worden seien. Wörner habe die im September noch nicht vollständigen sicherheitsrelevanten Erkenntnisse über den General in den *nächsten Wochen sorgfältig* geprüft und schließlich so entschieden.

Der Sprecher der Hardthöhe bestätigte, daß Kießling gegen sich am 23. *Dezember 1983 ein Disziplinarverfahren* beantragt habe. Dies habe der Minister in der erforderlichen Weise eingeleitet. Auf die Frage, ob Wörner mit seinem Verhalten nicht seine Fürsorge gegenüber dem Untergebenen verletzte, antwortete der Sprecher: „Solange der Minister keine Gerüchte bestätigt", verletze er seine Fürsorgepflicht nicht. Bei der Frage des Entzugs von Sicherheitsbescheiden gelte generell, daß die dafür einschlägige Vorschrift dem Vorgesetzten keinen Ermessensspielraum lasse.

Im ZDF wies Wörner gestern abend die Vermutung zurück, der Affäre liege eine Intrige zugrunde. Die Erkenntnisse seien eindeutig, eine Fälschung sei ausgeschlossen. Weder der US-Geheimdienst CIA noch NATO-Oberbefehlshaber Rogers hätten „das geringste" mit dem Fall zu tun.

DW. München

Günter Kießling hat in einem Interview mit der *Illustrierten* „*Quick*" erneut versichert, daß er niemals homosexuelle Beziehungen gehabt habe, wie offenbar in einem Bericht des *Militärischen Abschirmdienstes* (MAD) behauptet wird. Ihm sei deshalb auch völlig unerklärlich, wie in das MAD-Papier habe gelangen können, daß er zwei einschlägige Lokale in Köln und Essen besucht habe. „Was Essen betrifft, muß ich sagen, daß ich nie in meinem Leben in dieser Stadt gewesen bin", sagte der ehemalige Vier-Sterne-General.

Bremer FDP-Chef gibt Amt auf

rtr, Bremen

Der Bremer FDP-Vorsitzende *Horst-Jürgen Lahmann will sein Amt* abgeben. Auf dem nächsten Landesparteitag der FDP am 10. März werde er nicht wieder für den Landesvorsitz kandidieren, hieß es gestern in einer offiziellen Erklärung.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Dauerstreit um Privilegien

„Wie die Beamten in Zukunft ihr Ruhegeld mitfinanzieren können": und „Gelingt es der Bundesregierung, an den Privilegien der Staatsdiener zu rütteln?"; WELT vom 15. Dezember

Das Schlagwort von den Privilegien der Beamten ist anscheinend nicht kleinzukriegen. Neuerdings bezieht es sich wieder einmal auf ihre Pensionen im Ruhestand, zu denen die Beamten während ihrer Berufstätigkeit einen Beitrag leisten sollen.

Dem ist entgegenzuhalten, daß nach der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts längst feststeht, daß die Altersversorgung bei der Festsetzung der Besoldung min*dernd in Rechnung gestellt wird*. Entsprechend hat nach Auskunft des Statistischen Bundesamtes der Tarifangestellte gegenüber dem Beamten in vergleichbarer Tätigkeit ein um 20 Prozent höheres Einkommen. Die Frage nach einem Beitrag der Beamten für ihre Altersversorgung sollte sich daher gar nicht mehr stellen.

Der immer wiederkehrende Hinweis auf die erfolgte Beitragszahlung des Rentners übersieht, daß es ja auch nur die Hälfte ist, die er davon trägt, und dies auch noch steuermindernd. Abgesehen davon scheint außerdem das Prinzip der sogenannten *„Beitragsäquivalenz"* nicht mehr zu stimmen, da die Renten nur noch aus einem Bruchteil der Beiträge finanziert werden, so daß Annäherung an *die Beamtenpensionen erfolgt ist*, die möglicherweise deren volle Besteuerung nicht mehr rechtfertigt.

Nach dem, was man aus der Presse erfährt, sollen nach dem Gutachten der Kommission, die sich mit Schwerpunkt anscheinend nur mit der Altersversorgung im öffentlichen Dienst befaßt hat, die betrieblichen Pensionen weiterlaufen wie gehabt. Dies, obwohl sie ohne Eigenleistung der späteren Bezieher neben der Sozialrente auflaufen und im Alter ein doppeltes Einkommen bedeuten, zu dem aber nur ein Teil der in der Privatwirtschaft Tätigen gelangen kann. Es sind vorwiegend ja nur die Mitarbeiter der wirtschaftsstarken und großen Betriebe, die es sich leisten können, in ungeniert praktiziertem Gruppenegoismus ihrem Arbeitgeber solche Zahlungen im Alter abzufordern.

Von „Privileg" hat in Hinsicht darauf merkwürdigerweise aber noch niemand gesprochen, obwohl der Anteil unserer Berufstätigen nicht klein sein wird, der solche betrieblichen Zuwendungen im Alter nicht erwarten kann, sondern die der andern über Preise und Steuern lediglich mitfinanzieren darf. Besonders bedenklich wird es noch, wenn Steuern als Hilfeleistung in Form von Subventionen in solche spendablen Unternehmen hineinfließen.

Trotz des Charakters der betrieblichen *Pensionen als zusätzlichem* Alterseinkommen hat man auch noch nie davon gehört, daß diese in Anbetracht einer außerdem vorhandenen Rente als Überversorgung gekürzt worden wären.

Das geschieht jedoch bei der Pension des Beamten, wenn dieser aus versicherungspflichtiger Tätigkeit vor seinem Beamtenverhältnis eine Rente erhält. Dies, obwohl in diesem Fall Rente und Pension zusammen natürlich kein doppeltes Einkommen sind, da sie das bisherige Berufsleben ja nur abschnittsweise abdecken. Die Kürzung erfolgt auch, wenn das Faktum der Überversorgung gar nicht gegeben ist, die für den Beamten bei 75 Prozent des letzten Diensteinkommens beginnt.

Man könnte mit solchen Ungereimtheiten in der Altersversorgung fortfahren, das würde aber zu lang. Deswegen soll die Feststellung genügen, daß diese im Prinzip auch auf die Zusatzversorgung im öffentlichen Dienst zutreffen, die – zusammen mit einer Rente aus der Sozialversicherung – neuerdings 90 Prozent des bisherigen Nettoeinkommens aber nicht mehr übersteigen darf.

H. Ellingen, Trier

Erweiterung

„Doppelte Zielsetzung"; WELT vom 22. Dezember

Sehr geehrte Damen und Herren,

es ist Ihnen voll zuzustimmen: Bei dem neuen Vermögensbeteiligungsgesetz handelt es sich nicht um eine simple Erhöhung des Anlagenhöchstbetrages von 624,– DM auf 936,– DM. Vielmehr werden jetzt durch eine Erweiterung der Beteiligungsformen und durch die Einfügung eines neuen Paragraphen 19a im Einkommensteuergesetz die Türen für eine Beteiligung der Arbeitnehmer an ihrem Unternehmen weit geöffnet.

Durch eine Kombination der neuen Bestimmungen kann sich das Unternehmen durch die Gewährung von z. B. Arbeitnehmerdarlehen zinsgünstige Finanzierungsquellen erschließen, während gleichzeitig der Arbeitnehmer für das Darlehen eine Verzinsung erhält, die hoch über der am Markt zu erzielenden Rendite liegt. Da sowohl für die Unternehmer wie für die Arbeitnehmer die finanziellen Vorteile dieser Kombination auf der Hand liegen, wird das neue Gesetz in jedem Fall schnell angenommen werden.

Wenn sich die Gewerkschaften zu lange gegen tarifvertragliche Regelung sperren, wird es an ihnen vorbei zu direkten Vereinbarungen kommen *zwischen* den Arbeitnehmern und ihren Betrieben. Denn die Vorteile des Gesetzes wird sich keine Seite entgehen lassen.

Die Kritik, daß die Einkommensgrenzen nicht erhöht wurden, wird überbewertet. Gefördert wird z. B. ein Arbeitnehmer mit drei Kindern bis zu einem zu versteuernden Einkommen von 65 000,– DM pro Jahr. Über 75 Prozent der Beschäftigten sind nach wie vor berechtigt, an der *Vermögensbildung teilzunehmen*. Außerdem ist *hervorzuheben*, daß die Bestimmungen des Paragraph 19a EStG keine Einkommensgrenze kennt.

Die Erwartung ist deswegen gerechtfertigt, daß die neue Vermögensbildungspolitik der Bundesregierung *schnell auf großes* Interesse stoßen wird.

Mit freundlichem Gruß
Gunnar Uldall, MdB, CDU

Wort des Tages

» Ordnung und Einteilung unserer Zeit wird fester, wenn sie aus dem Gebet kommt. Versuchungen, die der Werktag mit sich bringt, werden überwunden aus dem Durchbruch zu Gott. Entscheidungen, die die Arbeit fordert, werden einfacher und leichter, wo sie nicht in Menschenfurcht, sondern allein vor Gottes Angesicht gefällt werden. «

Dietrich Bonhoeffer, dt. Theologe (1906–1945)

Gerechtigkeit?

Sehr geehrte Damen und Herren,

der scheidende Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Ernst Benda, hat in seiner Abschiedsrede u. a. erklärt, wichtiger als die Wahrung und Entwicklung der Verfassung sei es, „daß die Menschen unseres Landes zu ihrem Staat eine innere, auch gefühlsmäßige Verbundenheit entwickeln können", der Staat sei „der *Hort der Freiheit und der Gerechtigkeit*".

Wenn sich ein junger Mann nach dem Abitur freiwillig bei der Bundeswehr verpflichtet, wird man ihm diese wünschenswerten Bindungen zu seinem Staat zumindest nicht völlig absprechen können. Wenn er sich *dann weiter trotz eines guten Abiturs* für die Zeit nach seiner Entlassung um eine Lehrstelle bemüht, beherzigt er die Mahnungen vieler Politiker und zeigt auch dadurch seine positive Einstellung zu Staat und Gesellschaft.

Was dann folgt, ist allerdings geeignet, *ihm* seine Einstellung gründlich abzugewöhnen. Da er bei der Bundeswehr trotz aller Bemühungen nicht heimatnah stationiert ist, muß er für seine Bewerbungen bei 10 Instituten anläßlich der Tests und Vorstellungsgespräche ca. 20 mal jeweils gute 600 km zurücklegen. Das sieht z. B. so aus: Morgens in der Truppe eine Schießübung aufbauen, dann zur Bahn, damit der Test um 14.00 Uhr erreicht wird, nach dem Test um 18.00 Uhr zur Bahn, damit die Kaserne rechtzeitig erreicht wird. Das alles auf eigene Kosten und meist unter Anrechnung auf den Erholungsurlaub, da der anfängliche Sonderurlaub von der Truppe so häufig nicht gegeben werden kann. Im Interesse einer Auslese nach dem Leistungsprinzip kann man das aber auf sich nehmen.

Doch nun folgt das dicke Ende. Es kommen Absagen, während gleich*zeitig Mitbewerber mit schwächerem* Abitur eine Zusage erhalten – teilweise ohne Test! Beziehungen geben den Ausschlag. Mitabiturienten, die vom Wehrdienst freigestellt wurden (z. T. Leistungssportler), haben schon eine *Lehrzeit von 1½ Jahren* hinter sich. Damals war der Lehrstellenmarkt günstiger. Das gilt auch für Wehrdienstverweigerer, die das Anerkennungsverfahren durch alle Instanzen führen. Theorie? Leider nein, geschehen 1983.

Wie lange empfindet der junge Mensch unseren Staat noch als „Hort der Gerechtigkeit"? Wie soll ein anderer dieses Empfinden und die „gefühlsmäßige Verbundenheit" unter *solchen Voraussetzungen lernen?*

Mit freundlichen Grüßen
W. Bazan, Oldenburg

Kampf-Schlagwort

Sehr geehrte Redaktion,

sehr enttäuscht bin ich darüber, daß auch Sie in der Hauptüberschrift Ihres Blattes vom 3. Januar das üble gewerkschaftliche Schlagwort von der „Lohnpause" übernehmen; es handelt sich doch nur um eine Pause in der fast regelmäßig beschlossenen „Erhöhung der Löhne".

Vielleicht könnte ich dieses Jahr einmal für die WELT eine „Bezugs*geldpause" einlegen, dann* könnten wenigstens Sie den Sinn des Wortes „Lohnpause" erkennen!

Es muß doch nicht jedes Kampf- (oder Krampf-)Schlagwort nachgedruckt werden

Mit freundlichem Gruß
und besten Dank für
Ihre sonstigen Artikel
H. Elhardt
Heidenheim

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe sinnentsprechend zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift ist, desto größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.

Personalien

EHRUNG

Prof. Dr. **Karl-Josef Kluge**, Direktor des Seminars für Lernbehinderten-, Geistigbehinderten- und Erziehungsschwierigkeitenpädagogik der Universität zu Köln, wurde von der Polnischen Gesellschaft zur Rehabilitation Körperbehinderter, Warschau, mit der Ehrenmedaille Erster Klasse ausgezeichnet. In der Laudatio wurde besonders hervorgehoben, daß Professor Kluge sich seit sieben Jahren erfolgreich und fachlich befähigt um die Verständigung und Versöhnung zwischen polnischen und deutschen Jugendlichen ehrenamtlich bemüht.

AUS DEN KIRCHEN

Der als „Speckpater" bekannte Gründer des Hilfswerks „Kirche in Not/Ostpriesterhilfe", **P. Werenfried van Straaten**, hat mit Beginn des neuen Jahres seine Predigttätigkeit wiederaufgenommen. Van Straaten, der 1981 von seinem Amt als Generalmoderator zurücktrat und am 17. Januar seinen 71. Geburtstag feiert, mußte sich im Vorjahr zwei schweren Operationen unterziehen, was einen monatelangen Krankenhausaufenthalt zur Folge hatte. Am 14. Januar wird der „Speckpater" im Münchner Liebfrauendom predigen.

*

Zum Provinzial der Deutschen Ordensprovinz haben die Delegierten der Deutschen Spiritaner **P. Albert Claus** wiedergewählt. P. Claus hat dieses Leitungsamt seit 1975 inne. Die jetzige Wiederwahl bedarf noch der Zustimmung der Ordensleitung in Rom.

BERUFUNG

Dr. **Erko Stackebrandt**, Privatdozent am Lehrstuhl für Mikrobiologie der Technischen Universität München, hat einen Ruf auf den Lehrstuhl für Allgemeine Mikrobiologie an der Christian-Albrechts-Universität Kiel angenommen.

Gezielte Querschüsse

adh. – Die Deutsche Anlagen Leasing war schon im vergangenen Jahr ins Gerede gekommen. Mit allzu forscher Geschäftsausweitung hatte sich der alte Vorstand dicke Beträge an Wertberichtigungsbedarf, sprich Verluste, ins Haus geholt, für die die Gesellschafterbanken des Leasing-Unternehmens geradestehen. Mit einem neuen Vorstand, expressis verbis zum Aufräumen angetreten, wollte man wieder Ruhe in die Sache bringen.

Bisher lief die Reorganisation der Deutschen Leasing nach Plan – zum Nutzen aller Beteiligten und auch der ganzen Leasing-Branche. Die spektakulären Verlustzahlen vom Wochenende sind geeignet, diesen Prozeß, den jeder für längerfristig hält, empfindlich zu stören. Kein Wunder, daß man in der DAL-Vorstandsetage, die schleunigst mit ihrem Dementi die Flucht nach vorn antrat und offene Zahlen versprach, sobald man sie habe, an gezielte Querschüsse glaubt. Nur, woher die kommen, und wem sie nutzen sollen, das weiß niemand so recht. Soll da letzten Endes am Image der Landesbanken gekratzt werden? Sie haben ohne Zweifel in der Vergangenheit ihre Aufsichtspflicht in Sachen Deutsche Anlagen Leasing nicht so ernst genommen wie nötig. Aber nach dem Debakel vom letzten Herbst ist das mit Sicherheit anders geworden.

Der Antritt von Wielens spricht deutlich dafür. Der neue Vorstand hat eine lange und harte Aufräumungsphase angekündigt. Man sollte ihm die Zeit dafür lassen. Eine mutwillig in die Pleite geredete Deutsche Anlagen Leasing nutzt niemandem, am allerwenigsten den Mitbewerbern.

Aufschwung

Mk. – Der konjunkturelle Aufschwung in der Bundesrepublik festigt sich. Deutlicher noch als in der Zunahme der Industrieproduktion kommt dieses in der wachsenden Nachfrage nach deutschen Produkten zum Ausdruck. Seit dem Sommer steigen auch die Auftragseingänge aus dem Ausland. Damit wird das Fundament für ein weiteres Wachstum solider. Auch die Bestellungen von Investitionsgütern zogen zuletzt kräftig an. Damit kann die deutsche Wirtschaft wieder an das Muster anknüpfen, das bereits frühere Aufschwungsphasen geprägt hat, nämlich das Nebeneinander von steigenden Investitionen und Exporten. Natürlich gibt es nach wie vor auch Risiken. So sind die protektionistischen Tendenzen weltweit nach wie vor stark; Sie könnten in der Vorwahlzeit in den USA sogar noch kräftiger werden. Für ein Land, das wie die Bundesrepublik nahezu ein Drittel seines Sozialproduktes im Ausland absetzt, kann dieses gefährlich werden. Dieses ist jedoch kein Grund zur Resignation, sondern eine Aufforderung, Gegenstrategien zu entwickeln. Die weltweite konjunkturelle Erholung könnte hilfreich sein.

VEREINIGTE STAATEN / Die fiskalpolitische Diskussion spitzt sich weiter zu

Der Ruf nach einem raschen Abbau des Haushaltsdefizits wird lauter

HORST-A. SIEBERT, Washington

Drei Wochen vor der Fertigstellung der Haushaltspläne der Administration wird in den USA der Ruf nach einem raschen Abbau des Defizits, das im laufenden Finanzjahr wieder mit 200 Milliarden Dollar zu Buche schlagen wird, immer lauter. In Auftritten im amerikanischen Fernsehen warnten namhafte Politiker und Nationalökonomen noch einmal vor den konjunkturellen Gefahren, die von der fortgesetzten Explosion der Staatsverschuldung ausgehen.

Festzustellen ist in den Vereinigten Staaten eine deutliche Verschärfung der fiskalpolitischen Auseinandersetzungen. In zunehmendem Maße wird die öffentliche Diskussion von der Frage beherrscht, wie das schon verlangsamte wirtschaftliche Wachstumstempo in Gang gehalten werden kann, um möglichst nahe an die Vollbeschäftigung heranzukommen. Trotz der Fortschritte betrug die US-Arbeitlosenrate im Dezember immer noch 8,2 Prozent, verglichen mit 7,8 Prozent bei Präsident Reagans Amtsantritt im Januar 1981.

Der einflußreiche republikanische Senator Robert Dole, gerade von einem Besuch in seinem Heimatstaat Kansas zurückgekehrt, faßte die Stimmung der Bevölkerung so zusammen: „Die Leute sind uns hier in Washington um fünf bis sechs Monate voraus und zu Tode erschrocken über die riesigen Ausmaße der Defizite, die nach ihrer Ansicht zwangsläufig zu höheren Zinsen und damit zu einem Zusammenbruch des Konjunkturaufschwungs führen."

Folgt man dem konservativen demokratischen Senator Daniel Patrick Moynihan aus dem Staat New York, dann wächst in den USA die Furcht vor einer „falschen Prosperität". Jeder Narr könne mit derart massiven Budgetdefiziten eine Konjunktur ankurbeln; eines Tages müsse dies jedoch bezahlt werden, sagte er. Nicht sicher sei, wie der amerikanische Wähler auf Präsident Reagans gebrochenes Versprechen, bis 1984 den Haushalt auszugleichen, reagiere.

Sowohl Dole, der dem Finanzausschuß des Senats vorsteht, als auch Moynihan appellierten an die „zwei wichtigsten Entscheidungsträger in Washington", Ronald Reagan und den demokratischen Sprecher des Repräsentantenhauses, Thomas O'Neill, „sich zusammenzusetzen und Führerschaft zu demonstrieren". Nur so sei das Defizitproblem in den Griff zu bekommen. Nach dem Urteil der beiden Senatoren „ist es für die USA und ihre Partner lebensgefährlich, mit einer Lösung bis nach den Novemberwahlen zu warten".

Laut Dole und Moynihan lassen sich Steuererhöhungen nach den zu starken Schnitten (25 Prozent von Oktober 1981 bis Juli 1983 bei den Einkommensteuern) nicht vermeiden. Diese Forderung erhob auch die langjährige Direktorin des Haushaltsbüros des Kongresses, Alice Rivlin.

Jetzt sei die beste Zeit für eine Anhebung der Abgaben, da die Wirtschaft auf hohem Niveau floriere, betonte sie. Nach Frau Rivlin steuert die US-Wirtschaft, deren Export- und Importstruktur durch den harten Dollar verzerrt werde, auf eine Krise zu, „die nur durch scharfe Defizitkorrekturen verhindert werden kann".

Besonders düster gestimmt ist Milton Friedman, Monetarist und Nobelpreisträger. Er sagt für die zweite Hälfte 1984 die dritte US-Rezession in nur vier Jahren voraus. Als Grund nennt er auch die stürmische Ausweitung der Geldversorgung von Mitte 1982 bis Mitte 1983, als die Zunahme des Aggregats M1 (Bargeld und Sichteinlagen) 13,5 Prozent ausmachten, die dann durch eine zu kräftige Drosselung (drei Prozent von Juli bis Dezember) abgelöst wurde. Mit seiner Prognose hat Friedman in Amerika viel Aufregung gestiftet.

Pessimistisch bleibt auch Henry Kaufmann, Chefökonom von Salomon Brothers, der mit seinen Zinsanalysen den Trend an der Wall Street stark beeinflussen kann. Nach seiner Modellrechnung steigt in Amerika die Prime Rate der Privatbanken, der eigentliche Leitzins in den USA, bis Ende dieses Jahres von zur Zeit elf auf zwölf bis 12,65 Prozent. Die noch wichtigeren langfristigen Zinsen ziehen um ein volles Prozent an (im Dezember betrug der Durchschnittszins für 30jähriges Treasury Bonds schon 11,88 Prozent).

INDUSTRIEPRODUKTION

Der Anstieg hat sich zum Jahresende beschleunigt

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Der Anstieg der Industrieproduktion hat sich fortgesetzt. Nach Angaben des Bundeswirtschaftsministeriums ist der Ausstoß des produzierenden Gewerbes im November saisonbereinigt um 1,5 Prozent gegenüber dem Vormonat gestiegen. Dabei wurde im verarbeitenden Gewerbe ein Plus von einem und im Bauhauptgewerbe von 1,5 Prozent registriert.

Der Zwei-Monats-Vergleich – Oktober/November gegenüber August/September – weist für das produzierende Gewerbe ebenfalls einen Zuwachs von 1,5 und für das verarbeitende Gewerbe von einem Prozent aus. Am günstigsten verlief die Entwicklung nach wie vor im Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe mit einem Zuwachs von 2,5 Prozent. Im Investitionsgütergewerbe schlug sich die seit dem Spätsommer deutlich belebte Nachfrage ebenfalls in einer steigenden Produktion nieder. Sie nahm um ein Prozent zu. Die Hersteller von Verbrauchsgütern melden einen Produktionszuwachs von 0,5 Prozent. Dagegen konnten die Produzenten von Nahrungs- und Genußmitteln den hohen Stand des Sommerhalbjahres nicht halten. Hier sackte die Produktion im Zwei-Monats-Vergleich um zwei Prozent ab. Die Leistung des Bauhauptgewerbes blieb nahezu unverändert.

Im Oktober/November lag die Erzeugung im produzierenden Gewerbe um 4,5 Prozent höher als ein Jahr zuvor. Für das verarbeitende Gewerbe gibt das Ministerium den Zuwachs mit fünf Prozent an. Im Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe beträgt das Plus sogar elf Prozent, während in den anderen Bereichen des verarbeitenden Gewerbes Zuwächse von um die drei Prozent gemeldet wurden. Das Bauhauptgewerbe konnte seine Leistung gegenüber dem Vorjahr um 1,5 Prozent ausdehnen.

Zuversichtlich über die weitere wirtschaftliche Entwicklung hat sich gestern Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff vor der Deutsch-Indischen Handelskammer in Bombay geäußert. Als besonders erfreulich wertete er, daß die Investitionsbereitschaft der Unternehmen deutlich zugenommen habe.

Zwar hänge Westeuropa in der konjunkturellen Entwicklung hinter Nordamerika und Japan zurück. Aber auch hier hätten sich seit Ende 1982 die Erholungskräfte durchgesetzt, wenngleich unterschiedlich von Land zu Land. Dabei komme ein Wachstumsvorsprung von Großbritannien und der Bundesrepublik nicht von ungefähr. Er sei vor allem das Ergebnis eines wirtschaftspolitischen Gesamtkonzepts, das auf eine Stärkung marktwirtschaftlicher Kräfte, auf monetäre und finanzpolitische Solidität und eine nachhaltige Belebung des privaten Sektors ziele.

Mit Nachdruck wandte sich Lambsdorff gegen die Forderung einiger EG-Partner, das Entstehen neuer Industriezweige durch Schutzzölle zu unterstützen.

Konsolidierung hat Vorrang

Von REINER GATERMANN, Kopenhagen

Der Konservative Poul Schlüter, der im Herbst 1982 mit seinem Mitte-Rechts-Kabinett das Regierungsruder von den Sozialdemokraten übernahm, gibt kompromißlos der Sanierung der desolaten Volkswirtschaft höchste Priorität. Seit 1982 hat Dänemark deshalb eine entscheidungswillige und zielstrebige Regierung.

Mitte Dezember mußte die Viererkoalition Neuwahlen ausschreiben, weil ihr Haushaltsentwurf für 1984 im Parlament niedergestimmt worden war, womit die oppositionellen Sozialdemokraten mit einer Tradition brachen. Bisher war es üblich, das Regierungsbudget zu tolerieren. Nun besteht kein Zweifel, daß Poul Schlüter auch nach dem 10. Januar das Regierungsruder führen wird; und zwar politisch erheblich gestärkt. Für ihn soll 1984 das Jahr der Konsolidierung des bisher Erreichten werden; gleichzeitig muß er die Weichen für 1985 stellen, denn dann steht wieder die Frage des automatischen Inflationsausgleichs der Löhne und Gehälter an, der wesentlich zur Ruinierung der dänischen Gesamtwirtschaft beigetragen hatte und nach dem Regierungswechsel unmittelbar bis 1985 außer Kraft gesetzt worden war. Dänemark steht heute wirtschaftlich ganz anders da als im Herbst 1982. Damals sprach Nationalbankchef Erik Hoffmeyer von dem direkten Weg in den Abgrund. Auf dem internationalen Kapitalmarkt wurde die Kreditwürdigkeit des Landes zurückgesetzt, und sämtliche Konjunkturdaten zeigten eine negative Tendenz.

Wenn jetzt im Wahlkampf die Sozialdemokraten einerseits behaupten, mit ganz wenigen Ausnahmen liege die Währungs- und Wirtschaftspolitik in ihrem Sinne, sie andererseits während ihrer Regierungszeit aber nicht einmal einen ernsthaften Versuch machten, eine solche Politik zu führen, und wenn sie zudem heute im Sozialbereich Veränderungen fordern, die den positiven Effekt sofort eliminieren würden, dann hört sich dieses sehr eigenartig an. Auch wenn nicht abgestritten werden kann, daß die Sparpolitik der Regierung vereinzelt ungerechtfertigte soziale Härten schafft, so muß als Konsequenz aus der Gesamtlage doch festgestellt werden, daß es zur Wirtschafts- und Finanzpolitik des Gespanns Poul Schlüter und Henning Christophersen (Finanzminister) keine realistische Alternative gibt.

Zu den sichtbaren Zeichen einer erheblich verbesserten Volkswirtschaft zählen, daß 1983 erstmals seit mehr als 20 Jahren wieder eine positive Handels- und Dienstleistungsbilanz vorgelegt werden kann, daß der Fehlbetrag in der Leistungsbilanz von umgerechnet 5,2 auf 2,95 Milliarden Mark schrumpft, daß die Teuerungsrate von zehn auf knapp sieben Prozent zurückgegangen ist, daß die Produktion in der verarbeitenden Industrie um 5,5 Prozent zugenommen und Dänemark im internationalen Handel geringfügig Marktanteile hinzugewonnen hat.

Damit sind nicht alle Schattenseiten aufgewogen. Auch wenn die Gesamtzahl der Beschäftigten gewachsen ist, immer mehr offene Stellen angeboten werden und saisonbereinigt seit ein paar Monaten die Zahl der Erwerbslosen stagniert, wird der Arbeitsmarkt mit rund zehn Prozent Erwerbslosen – wobei ein weiterer Anstieg nicht auszuschließen ist – äußerst prekär bleiben. In der Außenwirtschaftsbilanz ist zu vermerken, daß die Nettozinsbelastung 1983 um lediglich etwa 280 Millionen auf 5,3 Milliarden Mark angestiegen ist, die Auslandsverschuldung dagegen aber auf Grund der Wechselkursveränderungen um 5,6 auf 49 Milliarden Mark zugenommen hat.

Von entscheidender Bedeutung für die Entwicklung der dänischen Wirtschaft ist der Obligationsmarkt. Er finanziert u. a. den Wohnungsbau, und seine Zinsen sind Richtschnur für den gesamten Kapitalmarkt. Sie sind 1983 „historisch einmalig" steil abgefallen von rund 22 auf gut 13 Prozent. Und da offenbar die Überzeugung vorherrscht, daß die Regierungskoalition den Wahltag gestärkt überlebt, sind die Tendenzen, die auf einen weiteren Zinsabbau hindeuten, unverändert stark. Einige Wirtschaftsdaten werden sich 1984 verschlechtern. Unter anderem ist ein leichter Anstieg des Leistungsbilanzdefizits prognostiziert. Bleiben die Kräfte, die bisher den Umschwung zustande gebracht haben, aber unvermindert aktiv und zielstrebig, sollte Dänemark auch in diesem Jahr einen weiteren wichtigen Schritt auf dem Sanierungsweg tun.

AUF EIN WORT



„Die Lehrstellensituation im Jahre 1984 gibt überhaupt keine Veranlassung zu Schwarzseherei. Im Gegenteil: Ich halte einen vorsichtigen Optimismus für angebracht und auch begründet. Es ist nicht unrealistisch, auch für 1984 einen ähnlichen Kraftakt der Wirtschaft zu erwarten, wie er im vergangenen Jahr gelungen ist."

Hans Günter Borgmann, Vizepräsident der Industrie- und Handelskammer zu Münster (IHK) FOTO: DIE WELT

Im Wettbewerb zurückgefallen

VWD, Frankfurt

Trotz der kräftigen realen Abwertung der DM nach 1979 ist die deutsche Wirtschaft im internationalen Wettbewerb zurückgefallen. Zu diesem Urteil kommt das Institut für Weltwirtschaft, Kiel. Der Anteil der Ausfuhr am Welthandel sank bis 1981 deutlich, wird betont. Bedenklich stimmte vor allem, daß die deutsche Wirtschaft beim Handel mit technologisch hochwertigen Gütern Boden verloren hat, obwohl sie hier eigentlich Standortvorteile hat. Dabei habe sie weniger auf den Exportmärkten als auf dem Binnenmarkt an Wettbewerbsfähigkeit eingebüßt. Am schwächsten sei die Position bei Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und Ausrüstungen für die Kommunikationstechnik.

FINANZPOLITIK

Stoltenberg will „eine Reihe von Subventionen" abbauen

HEINZ HECK, Bonn

Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg will zusammen mit den Beschlüssen über die Senkung der Lohn- und Einkommensteuer „den Abbau einer Reihe von Steuersubventionen vorschlagen" und rechnet „mit der nachhaltigen Unterstützung aller, die uns auffordern, auf diesem Gebiet tätig zu werden". Im Neujahrsgespräch des Rationalisierungskuratoriums der Deutschen Wirtschaft (Landesgruppe Schleswig-Holstein) hat der Minister gestern in Kiel ferner eine Kursänderung in der Bonner Forschungsförderung angekündigt.

„Bei allen staatlichen Maßnahmen muß jedoch beachtet werden, daß die Regierung im Verhältnis zum privaten Sektor keineswegs über die bessere Kenntnis zukünftiger Entwicklungen verfügt", betonte er. Vielmehr sei in der Regel die Informationsverarbeitung im dezentralen Marktsystem staatlicher Planung überlegen. Die indirekte, auf die Verbesserung der Rahmenbedingungen abstellende Förderung soll gegenüber der spezifisch projektbezogenen Forschungsförderung „zunehmendes Gewicht in unserer Technologiepolitik erhalten".

Stoltenberg verteidigte „eine zielgerichtete Subventionspolitik", die in besonderen Fällen zur Steigerung wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit beitragen könne. Subventionen müßten aber die Ausnahme bleiben, degressiv gestaltet und zeitlich befristet sein. Bei der Restrukturierung wichtiger Industrien könne der Staat nicht tatenlos einer sich überstürzenden Entwicklung zusehen, aber auch kein weiteres Ausufern der Subventionen zulassen. Für die deutsche Seeschiffahrt versprach er „in Kürze neue Initiativen".

AUSBILDUNG

Praxisnahe Angebote haben überwiegend gute Ergebnisse

GISELA REINERS, Bonn

Viele Jugendliche, die das Lernen in der Schule kaum noch interessierte, können durch praxisnahe betriebliche Bildungsangebote gefördert werden. Diese Erfahrungen haben Betriebe gemacht, die in Zusammenarbeit mit den Arbeitsämtern jungen Leuten berufsvorbereitende Lehrgänge anbieten. Fast zwei Drittel der Arbeitslosen unter 20 haben nämlich keine abgeschlossene Ausbildung. Nach den Lehrgängen erhielten jedoch 64 Prozent der Teilnehmer einen Arbeits- oder Ausbildungsplatz in demselben Betrieb; 15 bis 20 Prozent fanden in anderen Betrieben einen Platz. Das zeigt eine Untersuchung des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) in Köln.

Vorwiegend in Großbetrieben des verarbeitenden Gewerbes hat das IW 44 Einzelmaßnahmen mit insgesamt 1300 Teilnehmern verglichen. Die Lehrgänge wurden nach dem Arbeitsförderungsgesetz veranstaltet, aber auch auf der Grundlage von staatlichen Arbeitsmarktprogrammen, Tarifverträgen und betrieblichen Angeboten. Die vom IW angesprochenen Unternehmen bewerten den Erfolg der Kurse überwiegend positiv. Das Lern- und Leistungsverhalten werde stabilisiert, die soziale Integration der Jugendlichen gefördert, das Selbstvertrauen gestärkt. Schwierigkeiten werden jedoch nicht verschwiegen: Vorbildung und Einstellung der Jugendlichen zur Arbeit und Gemeinschaft seien sehr verschieden; oft könnten sie sich nicht genügend konzentrieren, seien desinteressiert bis apathisch oder aggressiv.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Chronik des Dollar-Kurses
Kurswert eines US-Dollars in DM

Seit Sept. 1949 – März 61 – Oktober 69 – August 71 – Dezember 71 – Februar 73 – März 73 – 3. Jan. 80 – 81 – 82 – 5. Januar 1984

Nach DM-Aufwertung – Nach DM-Aufwertung – Dollar-Gold-Bindung aufgehoben – Neu-Ordnung der Wechselkurse – Nach Dollar-Abwertung – Freier Wechselkurs DM/Dollar – Tiefste Dollar-Notierung – Reagan Präsident – Hohe US-Zinsen u. a. Gründe treiben Dollar-Kurs

Ein glänzendes Comeback nach dem Kursverfall bis zum 3. Januar 1980 erlebt zur Zeit die amerikanische Währung. Am letzten Wochenende notierte der US-Dollar zum ersten Mal seit zehn Jahren wieder über 2,80 Mark. Seit dem Tiefststand im Januar 1980 ist die amerikanische Währung um mehr als 1,10 Mark teurer geworden. Von seinem einstigen Höchststand trennen ihn allerdings mehr als 1,35 Mark. QUELLE: GLOBUS

Überwachungsausschuß tagt

Kuwait (AP) – Der Überwachungsausschuß der Organisation erdölexportierender Länder (Opec) wird sich nach einer Meldung der offiziellen kuwaitischen Nachrichtenagentur Anfang Februar in Wien zu einer Sitzung treffen, um über die derzeitige Lage am Welt-Ölmarkt zu beraten. Offizielle Kreise hätten das Treffen des vierköpfigen Gremiums als sehr wichtig bezeichnet, meldete die Agentur. Vor allem sollen die Fördermengen der 13 Opec-Mitglieder und der Richtpreis sowie deren Einhaltung unter die Lupe genommen werden. Wie aus informierten Kreisen verlautete, sind einige Kartelländer dazu übergegangen, angesichts der Lage auf dem Markt und des hohen Dollarkurses Rabatte zu gewähren.

Hausse in London

London (fu) – Der Höhenflug der Aktienkurse in London hält unvermindert an. Der Financial Times-Index für 30 führende Unternehmenswerte überschritt gleich zum Börsenbeginn am Montag zum ersten Mal die 800-Punkte Marke. Bereits am Donnerstag und Freitag vergangener Woche hatte er mit einem Indexgewinn von 13,3 beziehungsweise 10,7 Punkte auf den bisherigen Rekordstand von 794,30 zugelegt. Erst im Börsenverlauf legte sich die Euphorie ein wenig.

Horten kappt Großgeräte

Düsseldorf (J. G.) – „Es wird nichts mehr daran verdient." Mit dieser Begründung kündigt als erster Warenhauskonzern die Düsseldorfer Horten AG an, daß sie in ihren 57 Häusern ab Juli keine Elektro-Großgeräte mehr führen wird. Der Bestand an Waschmaschinen, Kühlschränken, Gefriertruhen, Geschirrspülern und Elektroherden wird bis dahin ausverkauft. Das Sortiment an Elektro-Kleingeräten vom Staubsauger bis zum Elektrorasierer hingegen wolle man stark ausbauen und damit dann „in vielen Städten" zum größten Anbieter werden.

Keyser übernommen

Frankfurt (dpa/VWD) – Die Verlagsgruppe der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ) hat zum 1. Januar 1984 die Keysersche Verlagsbuchhandlung GmbH, München, übernommen. Wie die FAZ mitteilte, zieht sich der bisherige Verleger Hans-Joachim Neumann (75) nach 50jähriger Tätigkeit für die Verlagsbuchhandlung zurück. Seine Anteile hat die zur FAZ-Verlagsgruppe gehörende Klinkhard + Biermann Verlagsbuchhandlung übernommen.

Neue Bestleistung

Bonn (HH) – Das Kernkraftwerk Grafenrheinfeld hat 1983 knapp zehn Milliarden Kilowattstunden (kWh) mehr Strom erzeugt als irgendein Kraftwerksblock der Welt bisher. Die Jahreserzeugung entspricht etwa dem durchschnittlichen Monatsverbrauch des „Energielandes" Nordrhein-Westfalen. Den bisherigen Weltrekord hielt ebenfalls ein deutsches Kernkraftwerk: Unterweser 1980 mit 9,8 Milliarden Kilowattstunden. 1981 und 1982 konnten Unterweser und Biblis B mit 9,5 und 9,7 Milliarden kWh ebenfalls die Weltbestleistungen für sich verbuchen. Damit führten deutsche Kernkraftwerke in den letzten vier Jahren die Weltrangliste an.

Umsatzrekord bei Harrods

London (AP) – Das Londoner Kaufhaus Harrods hat ungeachtet des Bombenanschlags vom 17. Dezember im zu Ende gehenden Geschäftsjahr den höchsten Umsatz aller britischen Einzelkaufhäuser erzielt. Wie der Direktor und Vorstandsvorsitzende Aleck Craddock mitteilte, überschritten die Umsätze am Samtag, dem zweiten Tag des jährlichen Ausverkaufs nach dem Weihnachtsfest, die Marke von 200 Millionen Pfund (rund 780 Millionen Mark). Im letzten Geschäftsjahr, das jeweils Ende Januar zu Ende geht, hatte Harrods Waren im Wert von 190 Millionen Pfund umgesetzt.

Fischpreise steigen

Bremerhaven (AP) – Die schweren Stürme der vergangenen Woche in den Fanggebieten der deutschen Küsten- und Hochseefischer haben nach Angaben des Fischwirtschaftlichen Marketinginstituts (Fima) ihre Auswirkungen auf die Fischpreise. Wie das Fima in Bremerhaven weiter mitteilte, werden alle Seefischsorten zu Beginn der Woche nur in geringen Mengen in den Fischereihäfen angeboten, was „festere" Preise zur Folge habe.

Mehr Kohle gefördert

Warschau (AFP) – Die polnischen Kohleexporte betrugen im vergangenen Jahr 35,2 Millionen Tonnen. Sie blieben damit weiterhin die wichtigste Devisenquelle des Landes. Dies meldete die Regierungszeitung „Rzeczpospolita". 1982 waren 28,5 Millionen Tonnen ausgeführt worden, so daß im vergangenen Jahr eine Zunahme von 19 Prozent registriert wurde. Im Vergleich zu 1981 (15,2 Millionen Tonnen) wurde eine Steigerung von 56,8 Prozent erreicht. Das Ergebnis des vergangenen Jahres blieb jedoch noch um 15 Prozent unter dem Rekord von 1979, als 41,4 Millionen Tonnen Kohle exportiert wurden.

HEIMTEXTIL

Hersteller und Handel für die Messe optimistisch

INGE ADHAM, Frankfurt

Die Opferbereitschaft ist groß. Wir haben alle etwas Geld in der Tasche", skizziert Heinrich Vogelwiesche, Vorsitzender des Fachverbandes des deutschen Teppich- und Gardinenhandels, die Situation der von ihm vertretenen Fachhändler nach einem auch für sie besser als erwartet verlaufenen Weihnachtsgeschäft. Für die bevorstehende Heimtextil, die Internationale Fachmesse für Heim- und Haustextilien, in Frankfurt (vom 11. bis 14. Januar) signalisiert das die lange erhoffte neu erwachende Kauflust.

Ohnehin sind die Ausstatter des Heims recht positiv gestimmt. Denn die Steigerung der Bautätigkeit sollte auch für sie nach einer dreijährigen Stagnationsphase wieder bessere Geschäfte bringen. Nach einer Faustregel der Branche bringt eine neue Wohnung zwei bis drei Neueinrichtungen oder zumindest Ergänzungen mit sich. Die Hersteller von Teppichböden setzen darüber hinaus auf eine „Renovierungswelle". Alle acht bis zehn Jahre, so die Branchenformel, wird ein Teppichboden erneuert. Vor zehn Jahren verkauften die Hersteller mit 200 Millionen Quadratmetern den bisher höchsten Jahreswert.

Optimismus in der Branche ist aber nicht mit Zufriedenheit gleichzusetzen. Drei knappe Jahre, eine wieder steigende (Billig-)Importflut und überhaus harter Wettbewerb haben auf die Rendite gedrückt. Dazu kommen gegen Ende vergangenen Jahres deutlich gestiegene Rohstoffpreise. Man wird also versuchen, die Preise anzuheben: Genannt werden Raten zwischen zwei und acht Prozent. Ob dies den Herstellern gelingt, wird die Messe zeigen, auf der knapp 1500 Anbieter aus 43 Ländern einem internationalen Einkäuferpublikum die neuesten textilen Wohntrends zeigen.

EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT / Minister beraten über Reform der Agrarpolitik

Kein „Preispaket" der Kommission

WILHELM HADLER, Brüssel

Einen Monat nach dem Debakel von Athen haben die Landwirtschaftsminister der EG gestern die Diskussion über die Reform der europäischen Agrarpolitik wieder selbst in die Hand genommen. Ziel der Bemühungen ist es, bis zum ersten EG-Gipfel unter französischer Präsidentschaft (19./20. März) die strittigen Fragen soweit zu klären, daß sich die Staats- und Regierungschefs nicht noch einmal mit einem Wust komplizierter Detailprobleme herumschlagen müssen.

Die Fachminister, die die vom Stuttgarter EG-Gipfel im Juni 1983 eingesetzten Sondergremien ohnehin nicht mit Wohlwollen betrachtet haben, halten die „Rückeroberung" des Dossiers für um so mehr gerechtfertigt, als sich in den kommenden Wochen die Reformbemühungen mit den jährlich anstehenden Beschlüssen über die Erzeugerpreise vermischen werden. Preisvorschläge der Kommission liegen noch nicht vor. Schon aus Haushaltsgründen können jedoch kostenträchtige Beschlüsse nur dann ernsthaft ins Auge gefaßt werden, wenn im Etat an anderer Stelle gespart wird. Die Tatsache, daß die Kommission nicht in der Lage war, das „Preispaket" schon in der vergangenen Woche zu verabschieden, deutet auf Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Europa-Exekutive hin. Einige Mitglieder treten offenbar für einen globalen Preistopp ein, andere wollen Preiserhöhungen für Erzeugnisse, bei denen keine Überschüsse bestehen, durch Abschläge bei den Überschußprodukten ausgleichen.

Zu Beginn dieser Woche ist zunächst einmal die von der Kommission verfügte Verzögerung bei der Auszahlung des Interventionspreises für Getreide in Kraft getreten. Gegen diese Maßnahme gab es zwar Widerstände aus mehreren Mitgliedsländern. Vom zuständigen Verwaltungsausschuß kam jedoch keine erforderliche Mehrheit gegen die Kommission zustande. Insgesamt hofft die EG-Behörde, durch den Aufschub von Zahlungen beim Aufkauf von Überschüssen rund 370 Millionen Mark im laufenden Etatjahr einsparen zu können.

In einem Schreiben an EG-Vizepräsident Wilhelm Haferkamp hat der Deutsche Bauernverband allerdings bereits heftig gegen derartige Maßnahmen protestiert. Demgegenüber sind die französischen Landwirte in Brüssel vorstellig geworden, um die Kommission zur subventionierten Einlagerung von Schweinefleisch zu veranlassen und damit die stark gepurzelten Schweinepreise zu stützen.

Der französische Bauernverbandspräsident François Guillaume klagte inzwischen, Frankreich sei drauf und dran, seine landwirtschaftlichen Trümpfe den Deutschen auszuhändigen. Die Bundesrepublik produziere heute mehr Schweine als Frankreich, ebensoviel Milch und fast genausoviel Rindfleisch.

JAPAN / Autoindustrie im Strukturwandel

Wachstumsgrenzen erreicht

LÜDER PAYSEN, Tokio

Nach den erstaunlichen Wachstumserfolgen des letzten Jahrzehnts ist die japanische Automobilindustrie in eine Phase der Konsolidierung eingetreten. Gleichzeitig zeichnen sich erhebliche Strukturwandlungen ab. 1982 ist die Autoproduktion zum ersten Mal seit 1974 zurückgegangen. Es wurden 10,7 Millionen Fahrzeuge hergestellt. Damit kam zwar 1982 jedes vierte weltweit produzierte Automobil aus Japan, aber gegenüber der Produktion von 1981 bedeutete das einen Rückgang um vier Prozent. Diese Einbußen dürften im letzten Jahr kaum aufgeholt worden sein. Nach den letzten Schätzungen wird gegenüber 1982 nur mit einer Zunahme von zwei bis drei Prozent gerechnet.

Die Grenzen des Wachstums scheinen erreicht, der Inlandsmarkt ist weitgehend gesättigt und zeigt Ermüdungserscheinungen. Auch im Export, *die Wachstumsstütze der Vergangenheit*, lassen sich spektakuläre Erfolge kaum noch erzielen. Im Gegenteil: 1982 lag das Exportvolumen mit 5,6 Millionen Einheiten um 7,6 Prozent unter dem in den beiden Vorjahren erreichten Höchststand. Für das letzte Jahr dürfte sich ein leichter Zuwachs um ein Prozent ergeben.

Die Gründe sind vor allem im politischen Umfeld zu suchen, denn Japan ist in den vergangenen Jahren auf den westlichen Weltmärkten zum Abschluß zahlreicher „freiwilliger" Selbstbeschränkungsabkommen gedrängt worden, die heute eine weitere Exportoffensive fast unmöglich machen. So wurde das 1981 auf drei Jahre befristete Selbstbeschränkungsabkommen mit den USA um ein weiteres Jahr verlängert. Zwar *wurden die Lieferquoten* für den amerikanischen Markt für das nächste Jahr um 170 000 Einheiten auf 1,85 Millionen angehoben, doch sieht die japanische Autoindustrie dies nicht gerade als einen Verhandlungserfolg an, da sie mit einer Zuteilung von mindestens zwei Millionen Fahrzeugen gerechnet hatte.

Die zunehmend protektionistischen Tendenzen auf den westlichen Weltmärkten und die Erkenntnis, daß die einheimische Industrie nicht einseitig zu Lasten der ausländischen Märkte ungestraft wachsen kann, haben den zunächst zögernd begonnenen Prozeß der Internationalisierung der japanischen Autoindustrie in den letzten zwei Jahren erheblich beschleunigt. Die Internationalisierung der elf japanischen Autohersteller vollzieht sich einmal durch Produktionsverlagerungen in die Absatzländer und zum anderen durch Kooperationsabkommen mit der Konkurrenz im Ausland.

Die Einbußen im Export versucht die Branche durch verstärkte Bemühungen um den Inlandsmarkt auszugleichen, und das mit beträchtlichem Erfolg. 1982 übertrafen die Pkw-Neuzulassungen mit 3,1 Millionen Einheiten das Vorjahresvolumen um 5,2 Prozent, während im abgelaufenen mit einem weiteren Anstieg der Zahl der neuzugelassenen Fahrzeuge um etwa drei Prozent auf 3,2 Millionen Einheiten gerechnet wird.

Bei der inländischen Nachfrage stützt man sich auf zwei Säulen: Überproportional nimmt der Verkauf von Kleinstwagen unter 500 Kubik*zentimetern zu, die bei der Kraftfahr*zeugbesteuerung besonders günstig gestellt sind. Hier wird für 1983 die Zunahme der Zulassungen auf 5,3 Prozent geschätzt. Schon 1982 stieg der Verkauf der Kleinstwagen um 16,6 Prozent. Diese Fahrzeugkategorie dürfte 1983 einen Anteil an den Neuzulassungen von etwa 6,5 Prozent erreicht haben.

Die andere Stütze der Nachfrage sind die großen Wagen mit einem Hubraum über 2000 Kubikzentimeter, bei denen auf Grund zahlreicher neuer Modelleinführungen ebenfalls ein überproportionales Wachstum zu erwarten ist, so daß in dieser Klasse der Marktanteil auf 2,5 Prozent steigen dürfte.

Da der Inlandsmarkt für Personenwagen in Japan weitgehend gesättigt ist, wird das Käuferinteresse durch eine wahre *Modellinflation* wachgehalten. Allein im letzten Herbst kamen über ein Dutzend stilistisch überarbeiteter Fahrzeugtypen auf den Markt, die sich allerdings auch durch teilweise erhebliche Produktverbesserungen auszeichnen. Während in den beiden letzten Jahren die im Inland auf den Markt gebrachten Fahrzeuge wesentliche Verbesserungen im Fahrwerk auswiesen und ein Übergang vom Heckantrieb zum Frontantrieb sich weitgehend durchsetzte, bieten die neuen Modelle vor allem mehr Motorleistung.

Der Verfasser ist Geschäftsführer der BMW Corp. Japan.

ÖSTERREICH / Position auf dem Weltmarkt relativ schwach – Institut legt Studie vor

Basis für Investitionen ist ungünstig

WOLFGANG FREISLEBEN, Wien

Die Erwartung eines schwächeren Wachstums der österreichischen Wirtschaft in den 80er Jahren gegenüber den 70er Jahren bestätigt ein Gutachten des Instituts für Wirtschaftsforschung in Wien. Die im Auftrag der Creditanstalt erstellten Szenarien gehen in einer optimistischeren (und laut Experten auch wahrscheinlicheren) Variante davon aus, daß ein jährliches Wirtschaftswachstum von 2,5 Prozent real erreichbar sei, daß aber zugleich ein Anstieg der Arbeitslosenrate bis Ende der 80er Jahre auf über sieben Prozent (1983: 4,6) nicht verhindert werden könne. Die pessimistischere Variante ergibt eine Arbeitslosenrate von mehr als neun Prozent, infolge eines nur einprozentigen Wirtschaftswachstums.

Mit der industriellen Produktionsstruktur hat sich Österreich zwar laut Gutachten dem Niveau der übrigen *Industriestaaten bereits angenähert*, jedoch sei der Anteil des Grundstoffbereiches und der Massenwaren im Konsumgütersektor sowie generell von Vorprodukten noch immer überaus hoch. Neben dieser Grobstruktur ist die relative Schwäche der Marktposition österreichischer Waren vor allem auf vier Faktoren zurückzuführen: ungenügender Veredelungsgrad der Waren, insbesondere von Konsumgütern; zu wenig starke Absatzorganisation vor allem im Ausland; zu schwache innovatorische Anstrengungen; Mängel in der Betriebsorganisation.

Für den Durchschnitt der Sparten der Grundstoffindustrie analysierten die Experten einen Produktivitätsrückstand gegenüber der Bundesrepublik Deutschland von rund einem Viertel, in der chemischen Industrie dagegen nur von 15 Prozent.

Fest steht auch ein überdurchschnittlicher Rückgang der Erträge der österreichischen Industrie. Damit sei auch die Besorgnis berechtigt, daß zugleich eine ungünstige Basis für künftige Investitionen, für Risikobereitschaft und die Innovationskraft der Unternehmen bestehe. Das an*haltend hohe Realzinsniveau* von Geldanlagen böte überdies wenig Anreize für expansive Tendenzen im industriellen Sektor.

Im Konsumbereich erwarten die Wirtschaftsforscher selbst bei unbefriedigender Wirtschaftsentwicklung einen Anstieg des Anteils der Ausgaben für dauerhafte Konsumgüter an den gesamten Konsumausgaben von derzeit 11,6 auf rund 13,5 Prozent im Jahr 1990. Der Trend zur besseren Qualität werde die Nachfrage fördern. Expansionschancen werden sowohl dem Bereich der Ausstattung der Haushalte eingeräumt als auch den Märkten Freizeit, Unterhaltung, Sport und Erholung.

Mit der bisherigen Wirtschaftspolitik gehen die Experten insofern hart ins Gericht, als sie ihr Kurzatmigkeit bei gleichzeitiger Verengung des Spielraumes attestieren. Im Bundesbudget werde sich die Verlagerung zu den reinen Finanzierungsausgaben auch in Zukunft fortsetzen, wobei in zunehmendem Maße die Rechnung für bereits getätigte Aufwendungen als Ausgaben aus Haftungen und den Finanzschuldenaufwand zu bezahlen sei. Dennoch kann Österreich laut *Gutachten auch eine Reihe* von Vorteilen für sich verbuchen. Wirtschaftliche und politische Strukturen reagierten flexibler als anderswo. Vorteilhaft sei das Übergewicht der Klein- und Mittelbetriebe.

STRUKTURWANDEL / Grünewald: Mehr Innovationen

Der Wettbewerbsdruck steigt

DOMINIK SCHMIDT, Hannover

Die wachsenden Strukturprobleme der deutschen Wirtschaft sind nur dann zu bewältigen, wenn die Anstrengungen auf dem Gebiet der Innovationen verstärkt werden. Diese Ansicht vertrat Professor Herbert Grünewald, Vorstandsvorsitzender der Bayer AG, auf der Jahresbeginn-Veranstaltung der Industrie- und Handelskammer Hannover-Hildesheim. Die Wirtschaft müsse vermehrt höher veredelte, intelligentere Produkte entwickeln und auf neue Technologien ausweichen, die weniger Ressourcen erfordern, aber zu einer höheren Wertschöpfung führen.

Die Notwendigkeit dafür ergebe sich unter anderem aus der wachsenden Industrialisierung der Dritten Welt. Die Entwicklungsländer strebten bis zum Jahr 2000 einen Anteil von 25 Prozent an der Weltindustrieproduktion an. Der dadurch steigende Wettbewerbsdruck zwinge dazu, nicht mehr konkurrenzfähige Produktionen in den Industrieländern aufzugeben und durch neue Betätigungsbereiche zu ersetzen, sagte Grünewald.

Den Strukturwandel bezeichnete der Bayer-Chef als die „aufregendste und wichtigste industrielle Entwicklung in den nächsten Jahren". Er *gehöre zum* Wesen der Wirtschaft und sei notwendig, um ihre Leistungsfähigkeit zu erhalten. Grünewald verwies auf die Bio- und Gentechnologien, die die Zukunft stark beeinflussen und zur Lösung vieler *Probleme beitragen würden*. Auch auf anderen Gebieten seien revolutionäre Innovationen zu erwarten.

Eine wichtige Aufgabe für Staat und Industrie sieht Grünewald darin, durch Information und Aufklärung die komplexen Zusammenhänge zwischen Wissenschaft und Wirtschaft einerseits und Wohlstand und Lebensqualität andererseits besser als bisher darzustellen. Es sei schwierig, „unter permanentem Beschuß kreativ zu arbeiten und Erfolge dieser Arbeit praktisch zu nutzen". Im übrigen müsse deutlich gemacht werden, daß das Leben in einer hochindustrialisierten Gesellschaft nicht völlig *ohne Risiko möglich* ist. Um *international* wettbewerbsfähig zu bleiben, müßten die politischen Rahmenbedingungen und das gesellschaftliche Klima kreatives Arbeiten ermöglichen.

Lateinamerika berät über Schuldenkrise

dpa/VWD, Quito

Rund 30 lateinamerikanische und karibische Staaten haben am Montag in Quito eine sechstägige Konferenz begonnen, bei der Möglichkeiten zur Bewältigung der schweren Wirtschaftskrise der Region gesucht werden sollen. Die Beratungen, an denen zunächst nur Experten teilnehmen, werden am kommenden Donnerstag auf Regierungsebene fortgesetzt. Unter anderem werden *die Präsidenten* von Ecuador, Kolumbien, Costa Rica und der Dominikanischen Republik sowie der *kubanische Vizepräsident* Carlos Rafael Rodriguez teilnehmen.

Als wichtigste Themen gelten die *hohe Auslandsverschuldung, die für* ganz Lateinamerika und die Karibik auf über 300 Milliarden Dollar geschätzt wird, sowie die Bemühungen um einen Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen innerhalb dieser Region. Die Konferenz wird unter anderem von der UNO-Wirtschaftskommission für Lateinamerika (CEPAL) und dem Lateinamerikanischen Wirtschaftssystem (SELA) organisiert.

Polen: Sanktionen zeigten Wirkung

Gör, Bonn

Im Auftrag der polnischen Regierung hat das Warschauer „Institut für Nationalwirtschaft" in einer umfangreichen Studie die Verluste aufgewertet, die der Westen dem polnischen West-Import gebracht hat. Aufgrund der West-Sanktionen gegen Polen sind Polens Einfuhren allein im Jahre 1981 um 31,3 Prozent, 1982 um 24,6 Prozent zurückgegangen. Der Importrückgang war dort besonders stark, wo die Einfuhren mit Westkrediten finanziert wurden.

„Nicht meßbar" – heißt es weiter – seien diese Schäden im „atmosphärischen" Bereich gewesen. Geschadet hat nach polnischen Ermittlungen auch die Begrenzung der wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit, die Einstellung der Finanzierung von Forschungsaufträgen und des Wissenschaftsaustausches.

Die polnische Wirtschaft mußte 43 Prozent aller Investitionsvorhaben einstellen, die Einfuhren von Lebensmitteln und Konsumgütern gingen um 21 Prozent zurück.

Hanomag kündigt allen Mitarbeitern

dos. Hannover

Die Geschäftsführung der im Vergleich befindlichen Hanomag GmbH, Hannover, wird in den nächsten Tagen die Arbeitsverträge aller Mitarbeiter, soweit gesetzlich und tariflich zulässig, kündigen. Das Unternehmen hatte bereits Ende November 1983 beim Landesarbeitsamt Antrag auf Massenentlassung gestellt mit dem Ziel, die Kündigungen zum 15. Januar vorzunehmen. *Dieser Antrag war abgelehnt* und die Kündigungsfrist auf den 15. Februar festgesetzt worden.

Die jetzt angekündigten Entlassungen begründet die Geschäftsführung damit, daß die Zahlung der Löhne und Gehälter ab Februar nicht mehr sichergestellt sei. Hinzu komme, daß die laufenden Gespräche mit Übernahmeinteressenten „erkennen lassen, daß diese in die Lage versetzt werden müssen, die genaue Anzahl der künftig in den Unternehmen tätigen Mitarbeiter selbst zu bestimmen". Die 2550 Hanomag-Beschäftigten haben gestern nach zweiwöchiger Pause die Arbeit wieder aufgenommen.

ENERGIE-AGENTUR / Ölvorräte wieder gestiegen

Preise sind weiterhin fest

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Seit Mitte letzten Jahres nimmt der Mineralölverbrauch der westlichen Industriestaaten insgesamt gesehen wieder zu. Gleichzeitig haben sich die Rohölpreise am Weltmarkt erhöht – allerdings in geringerem Maße, als die Nachfrage anzog. *Dies* lag vor allem daran, daß die Verbraucherländer ihre Vorräte stärker in Anspruch *nahmen*. Das ist dem letzten Ölmarktbericht der Internationalen Energieagentur (IEA) zu entnehmen.

Nach einem vierjährigen, durch die Ölpreisschocks ausgelösten Rückgang stieg der Ölverbrauch der OECD-Länder im dritten Quartal *1983 um 0,8 Prozent* gegenüber der gleichen Vorjahreszeit. Im vierten Quartal erreichte der Anstieg nach *vorläufigen Schätzungen 0,6 Prozent*.

Die Ölvorräte beliefen sich zum Jahresende nur noch auf 94 Millionen Tonnen gegenüber 101 Millionen Tonnen Ende 1982. Während die Regierungen ihre Sicherheitsvorräte auf 15 (13) Millionen Tonnen aufstockten, schrumpften die der *Mineralölgesellschaften* auf 79 (88) Millionen Tonnen. Insgesamt erreichte die Bevorratung den Stand von Ende 1980. Zuvor war sie niedriger gewesen.

Nach den Erhebungen der IEA lagen die Vertragspreise am Weltölmarkt im vierten Quartal im gewogenen *Durchschnitt* bei *28,60 Dollar* je Barrel gegenüber 28,46 Dollar im dritten Quartal. Sie waren damit aber *immer noch erheblich niedriger* als im vierten Quartal 1982 (32,74 Dollar). An den Spotmärkten wurden Abschläge von zuletzt 0,50 bis 0,65 Dollar gewährt. Zum 1. Dezember hatte die Sowjetunion ihren Listenpreis für Uralöl um 0,50 auf 28,50 Dollar ermäßigt. Dies blieb aber auf den Weltmarktpreis ohne Einfluß. Für das erste Quartal 1984 erwartet die IEA *einen ungewöhnlichen Verbrauchs*anstieg von 3,2 Prozent, wobei normale Wetterverhältnisse unterstellt sind. Im Gesamtjahr könnte der Mineralölverbrauch in den OECD-Ländern um 2,4 Prozent steigen, falls das Bruttosozialprodukt real um 2,9 Prozent zunimmt.

Mein Schwager, unser Onkel

Klaus Mehnert

ist nach schwerer Krankheit am 2. Januar 1984 gestorben. Bis zum Schluß hatte *er sein Leiden für sich behalten, weil er andere damit nicht belasten wollte.* Wir trauern um ihn

Wilhelmine Mehnert
Wiltrud Rudolph mit Mann
Klaus-Hermann Mehnert mit Familie
Mechthild Müller mit Familie

In seinem Abschiedsbrief an seine Freunde, Verwandten und Mitarbeiter dankt er auch all jenen, die – zum Teil seit Jahrzehnten – seine Kommentare hörten, seine Aufsätze und Bücher lasen und ihre Verbundenheit mit ihm bewiesen, indem sie zu seinen Vorträgen kamen; auch sie gehörten zu seiner „Familie".

Es war sein Wunsch, ihn in aller Stille beizusetzen.

Stuttgart, im Januar 1984

Wir haben ihn geliebt und verehrt.

Wolf Völker

27. Mai 1896 5. Januar 1984

Opernregisseur
ausgezeichnet mit dem Bundesverdienstkreuz Erster Klasse

Sein Licht hat auch uns erhellt.

Harald Völker
Julia Völker
Christjan Völker
Susanna Piersig geb. Völker
Detlef Pirsig
und Marei

In Wedel nehmen wir von ihm Abschied in der Kapelle Egenbüttelweg am 12. Januar 1984, 13 Uhr.
In Kassel findet die Trauerfeier mit anschließender Urnenbeisetzung in der Kapelle des Friedhofes Wahlershausen Anfang Februar 1984 statt.
Röntgenstraße 3
2000 Wedel/Holstein
Telefon 0 41 03 / 46 51 oder 0 40 / 81 48 44

LINHOF KAMERA-WERKE / Auf das Großformat spezialisiert – Ausflug in die Amateurfotografie abgebrochen

Die Japaner sind die besten Auslandskunden

DANKWARD SEITZ, München

Ehe er zur Sache kommt, legt Heinz Bröker, einer der Geschäftsführer der Linhof Präzisions-Kamera-Werke GmbH, München, erst einmal die Zahlen der Japaner auf den Tisch. 15 *Millionen Fotoapparate* produzierten sie 1982 und setzten davon allein etwa 700 000 Stück auf dem deutschen Markt (Gesamtvolumen 3,1 Millionen Stück) ab. Größenordnungen, vor denen sich die Jahresproduktion bei Linhof mit 6000 Einheiten auf den ersten Blick mehr als bescheiden ausnimmt. Und dennoch: Bei aller Bescheidenheit die Bröker an den Tag legt, hat sich Linhof in seiner nun 96jährigen Geschichte eine internationale Vorrangstellung in der Fertigung von Präzisions-Großbildkameras geschaffen. Die Appparate, deren Filmnegative mit mindestens 6 mal 9 Zentimetern so groß sind wie eine Postkarte, gehören zur Standardausrüstung der Starfotografen in New York, Paris, Rom, München und Tokio.

Der Name Linhof geht auf den Mechanikermeister Valentin Linhof zurück, der 1887 mit der Gründung einer Werkstatt seine Idee einer praktikablen Großformatkamera realisierte. Die Firma, vor knapp 50 Jahren noch ein Handwerksbetrieb mit sieben Angestellten, wurde 1933 von Nicolaus Karpf übernommen, der den Betrieb bis zu seinem Tod 1980 zu einem Industrieunternehmen mit 250 Beschäftigten und einem Umsatz von gut 20 Mill. DM ausbaute. Heute liegt das Stammkapital von 5 Mill. DM im Besitz seiner Frau Hildrun, die auch als Geschäftsführerin neben Bröker fungiert.

Daß Linhof als selbständiges Unternehmen vor allem die letzten 15 Jahre, in denen die Zahl der deutschen Fotohersteller von über 20 auf sechs zusammengeschmolzen ist, erfolgreich überlebt hat und sich nicht in die Arme eines japanischen Konzerns flüchten mußte, sieht Bröker in der ausschließlichen Spezialisierung auf Großformatkameras. Dieser Weltmarkt mit etwa 20 000 Kameras pro Jahr, in der Bundesrepublik werden davon etwa 1000 abgesetzt, ist für die Großen zu klein. Trotz des Einsatzes modernster computergesteuerter CNC-Werkzeugmaschinen ist eine Fließbandarbeit kaum möglich. Die fast 1000 Teile einer „Technika", der bekanntesten Linhof-Kamera, müssen bis zur kleinsten Schraube fast alle selbst hergestellt werden. Lediglich die Objektive werden von drei namhaften deutschen Firmen bezogen und noch etwas veredelt.

Furcht vor den Japanern hat man bei Linhof aber auch aus einem anderen Grund nicht: Sie sind die besten Kunden. Denn immerhin tragen sie zum Auslandsumsatz von über 11 Mill. DM (Exportquote 55 Prozent) annähernd 2,5 Mill. DM bei. Das Land ist damit für Linhof der Exportmarkt Nummer eins noch vor den USA und den EG-Staaten.

Der Wettbewerb unter vier bis fünf internationalen Spezialisten, unter denen Linhof mit einem Marktanteil von etwa 30 Prozent an der Spitze liegt, ist nach Bröker „ziemlich rauh", denn den Wachstumsmöglichkeiten sind Grenzen gesetzt. Zum einen ist die Kundenzahl der Berufsfotografen ziemlich klein, zum anderen kommt das Verleihgeschäft angesichts der Kamera-Neupreise von knapp 5000 bis 32 000 DM immer mehr in Mode. Ein weiteres Handikap, so Bröker lächelnd: die hohe Haltbarkeit der Kameras bei geringem Nutzungsgrad. So sind von der „Technika", die erste wurde 1934 gebaut, heute noch viele Oldtimer im Einsatz.

Doch auch an Linhof ist die Marktentwicklung der letzten 15 Jahre nicht ganz spurlos vorbeigegangen. Schon in seiner Hochphase (1955 bis 1965) hatte das Unternehmen einen Umsatz von etwa 20 Mill. DM, dies allerdings mit einer Beschäftigtenzahl von 800 Mitarbeitern. Daß seitdem dennoch immer wieder „einigermaßen befriedigende Bilanzen" erzielt werden konnten, führt Bröker vor allem auf die erfolgreiche Rationalisierung und eine Senkung der Lohnstückkosten von damals über 80 auf heute rund 50 Prozent zurück. Positive Auswirkungen hatte auch, daß die Stativproduktion (Umsatzanteil 20 Prozent) vor fünf Jahren im Zweigwerk Wolfrathshausen eingestellt und nach München verlagert werden konnte.

Als „läßliche Sünde" bewertet Bröker heute den 1962 gestarteten Ausflug in die gehobene Amateurfotografie mit einer Sucherkamera („Linhof 220") im Negativformat 6 mal 7 Zentimeter, deren Produktion vor kurzer Zeit eingestellt wurde. In den ersten Jahren habe man zwar „gute Stückzahlen verkauft", doch sei dieser Markt mit dem Siegeszug der Spiegelreflex-Kameras immer uninteressanter geworden. Finanzielle Einbußen habe Linhof dabei aber nicht hinnehmen müssen.

Angesichts des harten Verdrängungswettbewerbs auf dem Amateursektor wird Linhof, so Bröker, künftig „nie mehr" eine Kamera mit einem Negativformat von unter 6 mal 9 *Zentimetern anbieten.* Zukunftschancen sieht er in der Entwicklung, für die Linhof jährlich etwa 5 Prozent vom Umsatz aufwendet, von Luftbild-, Identifikations- und Spezialkameras.

Selbst den Schritt in den militärischen Bereich schließt Bröker nicht aus. „Sehr ermutigend" sei hier der Erfolg der elektronischen Luftbildkamera „Aerotronica" (Format 6 mal 9), deren *Produktion im Dezember* anlief und ein erster Versuch mit einer Hochgeschwindigkeitskamera. Kürzlich meldete sich sogar die Nasa bei Linhof und fragte nach einer Kamera für Weltraumaufnahmen. Doch ob aus diesem Projekt etwas wird, meint Bröker vorsichtig, wird davon abhängen, wieweit die Nasa die Entwicklungskosten von annähernd 1 Mill. DM übernimmt. „Dies übersteigt unsere finanzielle Kraft, so schön dieser Erfolg auch wäre."

Verseidag fast „dividendenreif"

Py. Düsseldorf

Die Vereinigte Seidenwebereien AG (Verseidag), Krefeld, haben 1983 ihre Erwartungen in Umsatz- und Ergebnisentwicklung in allen Geschäftsbereichen übertroffen. In einem Zwischenbericht sieht der Vorstand für alle in- und ausländischen Beteiligungsgesellschaften positive Jahresabschlüsse mit größtenteils über den Vorjahreswerten liegenden Ergebnissen.

Daher könne die AG als Holding „mit einem erneuten deutlichen Anstieg ihres Betriebsergebnisses rechnen", das 1982 um 4 Mill. DM verbessert werden konnte und mit 2,3 Mill. DM erstmals seit mehreren Jahren positiv war. Von einer „Dividendenreife" (zuletzt wurde 1973 ausgeschüttet) trenne die AG allerdings noch das steuerliche Hindernis des Verlustvortrags. Bei voll ausgelasteten Kapazitäten stieg der Umsatz der Gruppe um 8,5 Prozent auf 254 Mill. DM (im Konzern um 7 Prozent auf 223 Mill. DM).

TCHIBO / Kaffeemarkt bleibt in Bewegung – Ultra-Kurzzeitröstung eingeführt

Neue Packungsgröße und Preise

J. BRECH, Hamburg

Die Tchibo Frisch-Röst-Kaffee AG, Hamburg, wird ab kommenden Donnerstag in ihren rund 500 Filialen und in mehr als 9000 Frisch-Depots mit neuen Packungsinhalten und neuen Preisen an den Markt treten. Mehr als 10 000 Schaufenster, so erklärt Vorstandsmitglied Horst Pastuzsek, werden zur gleichen Zeit und mit gleicher Dekoration eine neue strategische Tchibo-Konzeption einleiten.

Die neuen Packungen werden über das ganze Sortiment 200, 400 und 600 Gramm enthalten. Sie sind nach Angaben von Tchibo aufgrund der neu angewandten „Ultra"-Kurzzeitröstung bis zu 15 Prozent ergiebiger bei leicht vermindertem Coffeingehalt. Das Verfahren unter dem Namen „Tchibo Mehr-Tassen-Röstung" sei ausgereifter als die bisherigen kontinuierlichen Röstverfahren in einem Heißluftstrom, erklärt Pastuzsek, weil die Verweildauer der Bohnen im Röstprozeß konstant vorherbestimmt sei. *Das Verfahren führe nicht nur zu einer gleichmäßigen Durchröstung der Bohnen,* sondern garantiere neben der Volumen- und Ergiebigkeitssteigerung eine weitgehend homogene Röstfarbe der einzelnen Provenienzen. Für die Installation der zehn neuen Röstmaschinen hat Tchibo rund 40 Mill. DM investiert.

Die Preise aller 400-Gramm-Packungen werden unter 10 DM liegen, heißt es bei Tchibo. In Verbindung mit der Umstellung der Packungsgrößen hat der Großröster gleichzeitig eine Preiserhöhung vorgenommen. Gegenüber den Preisen für die bisherigen 250/500-Gramm-Packungen beträgt sie je nach Packungsgrößen und Sorten gewichtet und bezogen auf eine 500-Gramm-Packung 44 Pfennig je Pfund oder 4,3 Prozent. Durch die bis zu 15 Prozent höhere Ergiebigkeit aufgrund des neuen Röstverfahrens „spart der Tchibo-Kunde gleichwohl beim Kauf einer *400-Gramm-Packung* rund *50 Pfennig* und beim Kauf einer 600 Gramm-Packung rund 1 DM", heißt es bei Tchibo. Die 500-Gramm-Packung der Spitzenmarke „Beste Bohne", die bislang 11,25 DM kostet, wird als 400-Gramm-Packung ab Donnerstag für 9,45 DM angeboten. Die Preiserhöhungen, so betont Pastuzsek, seien angesichts der Dollarstärke und der festen Rohkaffeepreise unumgänglich gewesen. Wenn der Trend in den nächsten Wochen nicht umkippe, würden weitere Korrekturen notwendig sein.

Für die Durchsetzung der neuen Konzeption, so Pastuzsek, werde Tchibo den bislang größten Marketing-Etat einsetzen. Immerhin sei nach „den Irrungen und Wirrungen" am deutschen Kaffeemarkt im vergangenen Jahr die Umstellung nicht ohne Risiko.

BILDSCHIRMTEXT / 4500 neue Teilnehmer

Warenangebote oft abgerufen

HEINZ STÜWE, Bonn

Seit der Berliner Funkausstellung im vergangenen September wurden für den neuen Postdienst Bildschirmtext (Btx) zusätzlich zu den 5340 Teilnehmern der Testversuche in Berlin und Düsseldorf 4526 neue Nutzer gewonnen. Der Anteil der privaten Haushalte daran ist allerdings nach Angaben des Bundespostministeriums „sehr gering". Begründet wird dies mit den „noch sehr hohen" Gerätekosten. Derzeit wird von den Btx-Anbietern der europäisch abgestimmte CEPT-Standard angewandt.

Nach dreijähriger Erprobung in Berlin und Düsseldorf kann Btx seit dem 15. September bundesweit von jedermann genutzt werden. Anmeldungen nimmt jedes Fernmeldeamt entgegen. Teilnehmer, die außerhalb der sogenannten Einwählknoten Hamburg, Hannover, Düsseldorf, Frankfurt, Stuttgart und München wohnen, müssen zur Zeit noch Gebühren für ein Ferngespräch zahlen, wenn sie Btx anwählen. Bis Mitte 1985, so *lautet das erklärte Ziel* des Bundespostministers Christian Schwarz-Schilling, soll Bildschirmtext bundesweit zur Orts- oder Nahgebühr verfügbar sein.

Bei der bisherigen Btx-Nutzung zeigen sich deutliche Schwerpunkte. Am häufigsten abgerufen werden von den privaten Teilnehmern aktuelle Nachrichten und Warenangebote von Einzelhandel und Versandhäusern, gefolgt von Unterhaltungsangeboten und Waren- und Katalogbestellungen. Aus der wissenschaftlichen Begleituntersuchung der beiden Modellversuche geht weiter hervor, daß Verbraucherberatung, Verkehrs- und Touristikinformationen, Dialogdienste im Bankverkehr und Veranstaltungshinweise im Mittelfeld des Kundeninteresses rangieren.

DAL / Verlust-Spekulationen „objektiv unrichtig", aber

Noch ein dicker Betrag

INGE ADHAM, Frankfurt

Als „jenseits von Gut und Böse" hat Prof. Hans Wielens, seit Oktober letzten Jahres amtierender Vorstandsvorsitzender der Deutschen Anlagen Leasing (DAL) GmbH, Mainz, die in einigen Veröffentlichungen genannten Verlustzahlen bei der DAL bezeichnet: Die Behauptung, es bestehe ein Wertberichtigungsbedarf von 1,2 bis 2 Mrd. DM ist „objektiv falsch", heißt es bei der DAL. „Schlimmstenfalls", so Wielens, werde sich aus dem noch nicht fertiggestellten Jahresabschluß 1983 ein Bedarf an Risikovorsorge ergeben, der allenfalls „knapp ein Drittel" der genannten Zahlen ausmache.

Das freilich ist immer noch ein dikker Betrag, der aber mit Hilfe der Gesellschafterbanken (überwiegend Landesbanken unter der Führung der Westdeutschen Landesbank) verkraftet wird. Nach Angaben von Wielens, der die genannten Verlustspekulationen für „geschäftsschädigend" hält, haben die Gesellschafterbanken bereits im Dezember beschlossen, noch einmal einzuspringen, nachdem die Durchforstung des rund 14 Mrd. DM großen Anlagevermögens neue Schwachpunkte – bei „allerkonservativster Bewertung" – aufgezeigt hätte. Teils sei dies durch Zuschüsse, teils durch Entlastung der DAL vom Risiko geschehen.

Aus dem Kreis der beteiligten Landesbanken, neben der WestLB die Bayerische Landesbank, die Landesbank Rheinland-Pfalz und die Hessische Landesbank, ist zu hören, daß man nach wie vor hinter der DAL stehe. Rückzugswünsche, wie sie einmal die Hessische Landesbank hatte, waren mit dem Wechsel des Vorstands (nachdem DAL schon 1982 rund 250 Mill. DM Wertberichtigungsbedarf hatte) ad acta gelegt worden.

Besonders erzürnt ist man bei der Landesbank Rheinland-Pfalz, der im Zusammenhang mit den gewaltigen, offensichtlich falschen Verlustzahlen bei der DAL nachgesagt wurde, darüber selbst möglicherweise ins Schleudern zu kommen. Ein Sprecher dementierte dies energisch und betonte, daß man 1983 „sehr gut" abschließen werde. Der Wertberichtigungsbedarf für die DAL sei zwar „ärgerlich", werde die Bank aber bei weitem nicht in rote Zahlen bringen.

DEVK-Gruppe mit besserem Ergebnis

Py. Düsseldorf

Die Kölner Deutsche Eisenbahn Versicherungs-Gruppe (DEVK) hat 1983 dank gesunden Wachstums aller vier Unternehmen überdurchschnittliche Ergebnisse erzielt. Die Gesamtprämieneinnahmen der Gruppe erhöhten sich um 7,5 (6) Prozent auf 868 Mill. DM. Rund 283 (265) Mill. DM davon entfallen auf die DEVK-Leben, von denen mehr als *die Hälfte* in die Gewinnbeteiligung der Versicherten fließt. Rund 160 (141) Mill. DM sollen nach Angaben des Vorstands der Rückstellung für Beitragsrückerstattung zugeführt werden. Mit knapp 1,1 (0,84) Mrd. DM wurde erstmals die Milliardenschwelle beim Neugeschäft überschritten. Der Bestand erreichte 8,7 (8,2) Mrd. DM Versicherungssumme. Bei der *DEVK-Sach- und* HUK-Versicherungsverein AG stiegen die Beitragseinnahmen um 2,7 (1,7) Prozent auf 269 Mill. DM.

Das mit 300 Mill. DM prämienstärkste Gruppenunternehmen, die jedermann zugängliche DEVK Allgemeine, lag mit ihrem Wachstum von 12 (8,2) Prozent deutlich über dem Branchendurchschnitt.

INTERLÜBKE / Markterfolg mit zweiter Programmlinie – Optimistisch für 1984

Möbel-Käufer wieder zuversichtlich

J. GEHLHOFF, Wiedenbrück

Hoffnungsvoller als vor einem Jahr seien heute die Bundesbürger gestimmt. Nach drei mageren Jahren werde auch die Möbelindustrie, deren Kundschaft seit langem schon „mehr Kannkäufe als Mußkäufe" macht, von dieser Aufhellung des psychologischen Umfeldes profitieren. Horst *Lübke, geschäftsführender* Gesellschafter des seit 1937 existierenden Familienunternehmens Interlübke Gebr. Lübke GmbH & Co. KG, Rheda-Wiedenbrück, stützt diese Zuversicht auch mit einer Langfrist-Prognose: Der Möbelanteil an den privaten Verbrauchsausgaben, der 1974 noch bei 3,5 Prozent lag und bis 1983 auf 2,7 Prozent zurückging, *werde bis 1990 wieder auf* 3,5 Prozent steigen.

Für die eigene Firma muß sich Lübke mit solcher Prognose nicht erst Mut machen. Sie kam schon 1983 mit 66,8 Mill. DM (plus 6 Prozent) auf ihren *bisher* höchsten Inlandsumsatz bei einer durchschnittlichen Preiserhöhung von 2 Prozent. Nur durch schwächere Exporte, bei denen insbesondere einige größere „Objektgeschäfte" des Vorjahres (für 6 Mill. DM nach Saudi-Arabien) nicht wiederkehrten, fiel der Gesamtumsatz auf 100 (104) Mill. DM zurück, wobei aber der Exportanteil mit 34 (35) Prozent gut doppelt so hoch wie im Branchendurchschnitt blieb. Rückläufig war auch der (verschwiegene) Gewinn, der aber noch „zufriedenstellend" genannt wird.

Für 1984 rechnet Lübke vorsichtig nur mit 4 Prozent Plus im Inlandsumsatz, darin ab Februar knapp 3 Prozent Preiserhöhung und kräftigere Wiederbelebung des Exports. Die schon 1983 unbefriedigende Kapazitätsauslastung freilich und die nun *von 2,1 auf 3 Mill. DM steigenden* Investitionen mit Rationalisierungsschwerpunkt zeitigen Konsequenzen fürs Personal. Die Mitarbeiterzahl von 670 (675), dazu 40 (42) Lehrlinge in 1983, wird in diesem Jahr um 4 Prozent gekürzt. Ein branchentypischer Prozeß, meint Lübke, und verweist darauf, daß neuerdings scheiternde Möbelfabriken nicht mehr von der um Rationalisierung und Kapazitätsstraffung bemühten Konkurrenz aufgekauft werden.

Die in der Branchenflaute offenbar nur leicht angekratzte eigene Ertragsstärke erklärt die Firma selbstbewußt damit, daß man Preisschleuderei nie mitmache und unverdrossen auf das mit traditionellem Schwerpunkt bei der Schrankwand liegende Markenartikel-Sortiment hoher Qualität setze. Der für die 80er Jahre typischen Umschichtung der deutschen Bevölkerungspyramide in die jüngeren Käuferschichten allerdings hat man sich seit 1983 mit einer zweiten, um gut ein Fünftel billigeren Produktlinie des auf Schlaf- und Wohnzimmer konzentrierten Programms angepaßt.

Diese „interlübke-duo"-Linie, die auf 20 bis 35 Jahre alte Käufer zielt, hat auf Anhieb nun bereits 16 Prozent Umsatzanteil erreicht. Von ihr erwartet Lübke auch für die nächsten Jahre das entscheidende, wenn nicht gar das alleinige Umsatzwachstum für die gesamte Produktpalette.

Aktienmarkt uneinheitlich

Steigender Dollar und höhere Zinsen schaffen Unsicherheit

DW. – Der weiter gestiegene Dollar sowie der schwache Rentenmarkt führten zu einer spürbaren Abnahme der Unternehmungslust. Da auch aus dem Ausland kaum noch Kaufaufträge vorlagen, bröckelte die Mehrzahl der Papiere trotz gelegentlicher Anschaffungen institutioneller Gruppen ab. Meinungskäufe waren noch bei einigen Maschinenbauaktien zu beobachten. Ihnen lag offensichtlich die Erwartung zugrunde, daß der hohe Dollar-Kurs den Export weiter erleichtern wird. Nachfrage bestand ferner nach Stahlaktien, von denen Hoesch zeitweise bis zu 2 DM fester lagen.

Trotz massiver Kaufempfehlungen konnten die Titel der Großchemie kaum noch zulegen. Im Mittelpunkt blieben Hoechst wegen der im Ausland kursierenden erstaunlichen Ertragsprognosen für 1984. Von den Maschinenbauaktien verbesserten sich insbesondere KHD (plus 7 DM). Bei Conti-Gummi regte weiterhin die bevorstehende Optionsanleihe an, auch wenn der Kurs des Optionsscheins um 7 DM auf 75 DM zurückgenommen werden mußte. Damit ist er aber immer noch der teuerste unter den Optionsscheinen. Bankaktien lagen meist nur knapp behauptet, hier wirkt sich die Aussicht auf steigende Zinsen negativ aus. Das Bezugsrecht auf die jungen Aktien der Bayern Hypo gab um 0,20 DM auf 13,80 DM nach, die Aktie um 4,50 DM auf 294 DM.

Düsseldorf: Kromschröder verloren 5 DM. Pegulan St. büßten 12 DM ein und Stinnes 20 DM. Um 2 DM stiegen Gildemeister, Düwag legten 4 DM und Bilfinger 5 DM zu. Aigner verteuerten sich um 7 DM und St. Texaco um 10 DM. Je 20 DM mehr mußten für Banning und Rheag angelegt werden.

Frankfurt: Der Aktienmarkt war heute knapp behauptet. Die Standardwerte waren im Verlauf leicht uneinheitlich. Siemens gaben um 3,70 DM auf 388,50 DM und Daimler um 5 DM auf 633 DM nach. Von Nebenwerten blieben Hartmann und Braun-Vorzüge 285 DM plus 13 DM, Pegulan-Stämme 228 DM minus 12 DM, Lufthansa-Vorzüge 159,50 DM plus 5,80 DM und Rheinelektra 453 DM plus 33 DM.

Hamburg: Phoenix Gummi lagen bei 161,50 DM minus 1,40 DM. HEW waren bei 109,50 DM minus 0,30 DM knapp gehalten und NWK-Vz. bei 176 DM unverändert. Beiersdorf wurden mit 360 DM plus 2 DM gehandelt. Von Brauereiwerten stiegen Bavaria auf 203 DM plus 4 DM und Holsten auf 289,50 DM plus 3,50 DM.

München: Agrob St. ermäßigten sich um 1 DM auf 329 DM und Süd Chemie gaben um 7 DM auf 338 DM nach. Augsburger Kammgarn erhöhten sich um 6,30 DM auf 100,80 DM. Diamalt zogen um 0,50 DM auf 180 DM an.

Berlin: Berthold zogen um 11,50 DM an. DeTeWe und DUB-Schultheiss konnten sich um je 3 DM, Berliner Kindl um 2,50 DM, Herlitz Stämme um 2 DM, Orenstein um 1,50 DM und Rheinmetall um 1 DM verbessern.

WELT-Aktienindex vom 9. 1.: 156,1 (155,7); WELT-Umsatzindex vom 9. 1.: 2350 (3065)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Brüssel

	9. 1.	6. 1.
Arbed	1350	1300
Brux. Lambert	2520	2490
Cockerill Ougrée	207	190
Ebes	2435	2418
Gevaert	3075	3040
Kredietbank	6500	6400
Pétrofina	6190	6080
Soc. Gén. d. Belg.	1770	1750
Sofina	5860	5610
Solvay	3730	3700
UCB	5050	4850
Index	138,78	137,83

Singapur

	9. 1.	6. 1.
Cycle + Car.	6,25	6,25
Cold Storage	5,20	5,15
Dev. Bk. of Sing.	10,60	10,70
Fraser + Neave	6,90	6,90
Kl. Kepong	3,18	3,16
Mal. Banking	9,40	9,35
Nat. Iron	6,35	6,35
OCBC	11,70	11,60
Sime Darby	2,77	2,75
Singapur Land	5,65	5,60
Un. Overs. Bank	5,90	5,85

Wien

	9. 1.	6. 1.
Creditanstalt-Bkv.Vz.	209	Geschlossen
Gösser-Brauerei	328	
Länderbank Vz.	714	
Österr. Brau AG	290	
Perlmooser	321	
Reininghaus	–	
Schwechater Br.	159	
Semperit	–	
Steyr-Daimler-P.	159	
Universale HochTief	–	
Veitscher Magnesit	215	
Index	55,49	

Kopenhagen

	9. 1.	6. 1.
Den Danske Bank	374	382
Jyske Bank	738	738
Kopenh. Handelsbk.	341	350
Novo Industri	3135	3106
Privatbanken	344	349
Ostasiat. Komp.	197	199
Dan. Sukkerfabr.	795	796
For. Bryggerier St.	1240	1250
Kgl. Porc. Fabr.	425	416

Optionshandel

Frankfurt: 9. 1.: 1322 Optionen = 69300 (61925) Aktien, davon 242 Verkaufsoptionen = 1254 Aktien. Kaufoptionen: AEG 4-100/4, 4-895/8,9, 7-80/17,6, 7-85/10,5, 7-90/9,8, 10-85/9,8, 10-85/14, 10-95/9, BASF 4-149,3/38,3, 4-170/12,9, 4-180/6,4, 4-190/4,8, 7-170/17,8, 7-180/10,6, 7-190/7, 7-200/5,4, 10-170/21,8, 10-190/10, Bayer 4-170/14, 4-180/6,9, 4-190/4, 4-180/12, 4-190/4, 7-180/12, 7-190/6,6, 10-180/10,1, BBC 4-230/10,3, BHF 4-290/11, Bekula 4-100/2,5, 8-100/3,05, 10-100/8,45, BMW 4-400/51,25, 10-430/62, Bay. Vereinsbk. 4-330/25, Commerzbank 4-170/14, 4-180/7, 4-190/4,,1, 4-200/2,9, 7-180/12, 7-190/8, 7-200/5,4, 10-200/7,7, Conti 4-120/19, 4-130/11,9, 4-140/6,85, 4-150/4,5, 7-120/24,8, 7-130/16,9, 7-140/11, 7-190/6,5, 10-130/23, 10-150/7,2, Daimler 4-650/43, 7-700/30, 7-720/20, Dt. Babcock ST 4-190/17,5, 4-200/7,9, Dt. Babcock St. 4-180/19,4, Deutsche Bank 4-330/38, 4-350/17,6, 4-370/6,4, 7-330/35, 7-340/28,4, 7-350/23, 7-370/16,4, 10-370/22,8, 10-380/17,5, Degussa 4-370/27,8, Dresdner Bank 4-170/15, 4-180/8, 4-200/2,6, 7-170/18, 7-180/14, 7-190/9,5, GHH St 4-150/11, Harpener 7-280/16, Hoechst 4-160/33, 4-170/27,5, 4-180/15,8, 4-190/12, 4-200/5,7, 7-180/20,7, 7-190/14,6, 7-200/8,9, 10-210/9,4, Hoesch 4-90/25, 4-95/20, 4-100/15, 4-110/8, 4-120/4,5, 7-110/12,2, 7-120/7,5, 10-120/11,8, Karstadt 4-300/7,5, 7-300/18, Klöckner 4-45/7,5, 4-55/2,2, 7-50/7,5, 7-55/5, 10-50/9, Lufthansa St 4-140/17,4, 4-160/5, 7-160/10, Mannesmann 4-130/25, 4-140/15, 4-150/9,6, 4-160/4,8, 7-140/17, 7-160/7,8, 10-150/26,5, 10-160/15, 10-170/8, RWE St 4-180/6,7, 7-180/15, RWE VZ 4-180/6,5, Kali + Salz 4-210/12, Siemens 4-380/20,8, 7-380/29,15, Thyssen 4-80/10,5, 4-85/6,1, 4-90/3,9, 7-85/8, 10-90/10, 10-95/6,5, Varta 4-180/12, Veba 4-170/15,8, 4-170/4,8, 7-180/7, 7-190/9,4, 7-190/6,2, 10-170/21,15, 10-200/6, VEW 7-130/8,5, VW 4-210/28,5, 4-220/22,8, 4-230/14,5, 4-240/9, 7-210/34, 7-230/20,5, 7-240/17,5, 7-250/12, 7-270/3,65, 7-240/26, Chrysler 4-80/9, 4-85/5,2, 7-85/9, 10-100/4,85, Elf 7-60/5,6, 10-60/6,6, Philips 4-45/3,2, 7-45/4,5, 10-35/15, Royal Dutch 4-120/18, 4-130/10,9, Sony 4-45/3,5, Verkaufsoptionen: AEG 4-85/1,9, 7-85/2,5, 7-90/5, BASF 7-170/1,8, 4-180/5, Bay. Hypo 4-170/1,5, 10-180/10,35, BMW 7-430/9,1, Commerzbank 4-170/1, 4-180/6, 7-170/3,2, 7-180/6,9, 10/170/4, 10-180/8, Conti 4-120/1,3, 4-130/1,8, 7-120/1,8, 7-130/3,4, 10-120/2,5, 10-130/6, Daimler 7-620/6, 7-650/22, 10-630/14,4, Deutsche Bank 4-340/3, 7-340/5,9, 10-340/8, Dresdner Bank 4-170/12, 4-180/5, 4-170/2,5, 7-180/6, 10-180/8,5, GHH VZ 7-140/4, Hoechst 7-190/5, Hoesch 4-100/1,5, 4-110/2,4, 7-100/3, 7-110/3,8, Karstadt 7-290/13,2, Klöckner 4-45/2,9, 4-50/5, 7-40/2, 7-50/5,4, 10-50/8, Lufthansa St. 7-150/4,45, Lufthansa VZ 7-150/6,3, MAN 4-140/3,15, Mannesmann 4-140/1,8, 4-150/3,5, 7-140/2,2, 10-140/3,4, RWE St. 10-180/4,2, Schering 4-400/17, Siemens 4-380/4,2, 4-390/7, Thyssen 4-85/8, 7-85/3,5, Veba 4-180/5,8, 7-170/3,5, 7-180/7, 10-170/4,4, VW 4-210/1, 4-220/3,1, 4-230/6, 7-200/1,6, 7-220/4,4, 7-230/8, 10-210/3,4, 10-230/9, Chrysler 7-75/2,9, Philips 4-40/1,65, Unilever 10-220/5.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 6. 1.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	9⅝– 9¾	5⅝–5¾	3⅛–3⅜
3 Monate	9¾–10	5⅞–6	3⅝–3⅞
6 Monate	10 –10¼	6⅛–6¼	3⅞–4⅛
12 Monate	10¼–10½	6⅜–6⅝	4 –4¼

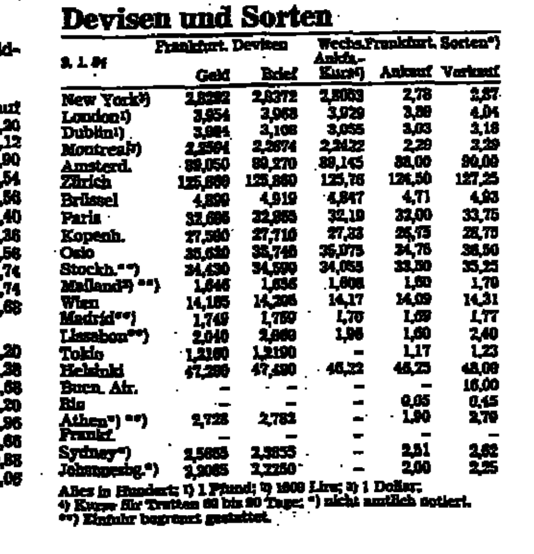
Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 9. Januar folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1480,00	1801,20
10 US-Dollar (Indian)**)	1198,00	1491,12
5 US-Dollar (Liberty)	455,00	609,90
1 £ Sovereign alt	241,00	297,54
1 £ Sovereign Elizabeth II	234,00	289,56
20 belgische Franken	184,00	239,40
10 Rubel Tscherwonez	250,00	312,36
2 südafrikanische Rand	225,00	289,56
Krüger Rand, neu	1066,00	1243,74
Maple Leaf	1056,00	1243,74
Platin Noble Man	1077,00	1267,68
Außer Kurs gesetzte Münzen *)		
20 Goldmark	256,00	319,20
20 schweiz. Franken „Vreneli"	196,00	247,38
20 franz. Franken „Napoléon"	191,00	241,68
100 österr. Kronen (Neuprägung)	974,00	1174,20
20 österr. Kronen (Neuprägung)	194,00	243,96
10 österr. Kronen (Neuprägung)	104,00	135,66
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	457,00	560,88
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	109,00	147,06

*) Verkauf inkl. 14 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer



Devisen und Sorten

9. 1. 84	Frankfurt. Devisen Geld	Brief	Wechs.Frankfurt. Sorten*) Ankfs.-Kurs4)	Ankauf	Verkauf
New York3)	2,8292	2,8372	2,8003	2,78	2,87
London1)	3,954	3,968	3,929	3,89	4,04
Dublin1)	3,094	3,108	3,055	3,03	3,18
Montreal3)	2,2594	2,2674	2,2422	2,20	2,29
Amsterd.	89,050	89,270	89,145	88,00	90,00
Zürich	125,690	125,880	125,76	124,50	127,25
Brüssel	4,899	4,919	4,947	4,71	4,93
Paris	32,695	32,855	32,19	32,00	33,75
Kopenh.	27,580	27,710	27,33	26,75	28,75
Oslo	35,620	35,740	35,075	34,75	36,50
Stockh.**)	34,430	34,590	34,055	33,50	35,25
Mailand2) **)	1,646	1,656	1,608	1,60	1,70
Wien	14,185	14,205	14,17	14,09	14,31
Madrid**)	1,749	1,769	1,70	1,69	1,77
Lissabon**)	2,040	2,080	1,96	1,60	2,40
Tokio	1,2160	1,2190	–	1,17	1,23
Helsinki	47,290	47,490	46,32	46,25	48,00
Buen. Air.	–	–	–	–	16,00
Rio	–	–	–	0,05	0,45
Athen*) **)	2,728	2,782	–	1,90	2,70
Frankf.	–	–	–	–	–
Sydney*)	2,5865	2,3835	–	2,51	2,62
Johannesbg.*)	2,2065	2,2250	–	2,00	2,25

Alles in Hundert; 1) 1 Pfund; 2) 1000 Lire; 3) 1 Dollar; 4) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert. **) Einfuhr begrenzt gestattet.

Devisen

Der Dollar genießt weiterhin ungebrochenes Vertrauen, das sich in einem weiteren Anstieg um fast 3 Pf. gegenüber Freitag ausdrückte. Die Geldmenge M1 bildete sich weniger stark zurück als erwartet (0,6 Milliarden) und löste keine neuen Zinsperspektiven aus. Der höchste Dollarkurs wurde bei 2,8370 notiert, die amtliche Notiz mit 2,8332 festgestellt, wobei die Bundesbank einen größeren Betrag von 61,9 Mio. Dollar abgab und auch im Freiverkehr mit Dollar-Verkäufen aktiv war. Beschleunigt hat sich auch die Befestigung des Japanischen Jen, der heute mit 1,2175 um 1,15 Pf. höher notierte. Uneinheitlich verlief die Entwicklung der anderen Währungen. Das Britische Pfund, der Schweizer Franken und die Schwedische Krone verbuchten hier die prozentual größten Tagesgewinne. US-Dollar in: Amsterdam 3,1805; Brüssel 57,7450; Paris 8,6500; Mailand 17,1700; Wien 19,9620; Zürich 2,2529; Ir. Pfund/DM 3,101; Pfund/Dollar 1,3981; Pfund/DM 3,961.

Ostmarkkurs am 9. 1. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 19,00; Verkauf 22,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 18,00; Verkauf 21,00 DM West.

Devisenterminmarkt

Bei ruhigem Geschäft wurden am 9. Januar die Dollar/DM-Abschläge etwas höher gehandelt.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	1,09/0,99	2,84/2,74	5,38/5,18
Pfund/Dollar	0,06/0,08	0,20/0,23	0,38/0,42
Pfund/DM	1,90/0,50	3,90/2,50	6,90/5,50
FF/DM	27/11	65/49	126/110

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 9. 1.: Tagesgeld 5,55–5,65 Prozent; Monatsgeld 5,95–6,1 Prozent; Dreimonatsgeld 6,0–6,15 Prozent.

Privatdiskontsätze am 9. 1.: 10 bis 29 Tage 3,55 G/3,40 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,55 G/3,40 B Prozent.

Diskontsatz der Bundesbank am 9. 1.: 4 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. Januar 1984 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1984/1 (Typ A) 5,50 (5,50) – 7,50 (6,47) – 8,00 (6,94) – 8,25 (7,24) – 8,25 (7,41) – 9,50 (7,69). Ausgabe 1984/2 (Typ B) 5,50 (5,50) – 7,50 (6,50) – 8,00 (6,99) – 8,25 (7,31) – 8,25 (7,49) – 9,50 (7,83) – 9,50 (8,06). Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,99; 2 Jahre 7,21. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 8,00, Kurs 100,00, Rendite 8,00.

Bundesanleihen

Renten schwächer

Am Rentenmarkt hat sich die Stimmung wegen des weiter gestiegenen Dollar verschlechtert. Es wird befürchtet, daß der Bundesbank zur Verteidigung der D-Mark nichts anderes übrigbleiben wird, als die Zinsen in der Bundesrepublik anzuheben. Öffentliche Anleihen gaben bis zu einem halben Punkt nach. Bei den Bundesobligationen waren die Abschläge etwas geringer. Unter Druck auch DM-Auslandsanleihen, von denen zur Zeit kaum noch etwas ins Ausland abfließt. Bei den Pfandbriefen erfolgten die üblichen Renditeangleichungen. Angebot wurde nur zu weichenden Notierungen aufgenommen.

	9. 1.	6. 1.
H 5 Hbg. Lbk. Pf 2	117G	117G
6 dgl. 14	88,9G	88,9G
6 dgl. 47	78G	78G
10 dgl. KS 46	102,25G	102,25G
F 5 Helaba Pf 8	109G	109G
6 dgl. Pf 80	93,15G	93,15G
8 dgl. Pf 73	100,25G	100,25G
4 dgl. KO 5	102,5G	102,5G

	9. 1.	6. 1.
M 5 Verbank Nbg. Pf 55	117,5G	117,5G
6 dgl. Pf 95	77,5G	77,5G
7 dgl. Pf 100	99,3bG	99,3G
D 8 WestLB Pf 250	100,65G	100,65G
6¾ dgl. Pf 403	96,1G	96,1G
9½ dgl. Pf 1007	104,85G	104,85G
8 dgl. Pf 1015	97,95bG	97,95G
7 dgl. KO 556	99,7G	99,7G
6½ dgl. KS 420	94,45G	94,45G
9½ dgl. KO 1301	103,8G	103,8G
8½ dgl. KS 1278	101,5G	101,5G

Bundespost

Länder – Städte

Bankschuldverschreib.

	9. 1.	6. 1.
F 6 Allg. Hypo. Pf 1	81G	81G
6½ dgl. Pf 5	86G	86G
7 dgl. Pf 2	98,5G	98,5G
F 7½ Bakola Pf 104	99,85G	99,85G
9 dgl. Pf 105	102,8G	102,8G
10 dgl. Pf 108	107,5G	107,5G
7 dgl. KS 132	94,75G	94,75G
8 dgl. KS 155	98,4G	98,4G
9 dgl. KS 169	102G	102G

Bundesbahn

		9. 1.	6. 1.
F 4 Abl. 57*	4/84	100,3G	100,3G
7½ Bbahn 72	2/84	100G	100G
8 dgl. 72	9/84	100,8	100,8G
8¼ dgl. 76	9/84	101,05G	101,05
6 dgl. 78 N	11/84	99,55	99,8bG

Optionsscheine

Sonderinstitute

Optionsanleihen

Währungsanleihen

Industrieanleihen

Wandelanleihen

Ausländische Aktien

Warenpreise – Termine

Erneut schwächer schlossen am Montag die Gold-, Silbernotierungen an der New Yorker Comex. Sehr deutliche Abschläge mußte Kupfer hinnehmen. Zu erheblichen Einbußen kam es auch bei Kaffee und Kakao.

Getreide und Getreideprodukte

	9. 1.	6. 1.
Weizen Chicago (c/bush)		
März	358,75	359,00
Mai	352,75	353,75
Juli	342,50	342,50
Weizen Winnipeg (can. $/t)		
Wheat Board cif.	9. 1.	6. 1.
St. Lawrence 1 CW	250,85	250,95
Amber Durum	258,80	258,80
Roggen Winnipeg (can. $/t)		
März	142,50	142,10
Mai	145,50	145,90
Juli	148,30	148,30
Hafer Winnipeg (can. $/t)		
März	127,80	127,50
Mai	128,30	128,60
Juli	127,00	127,00
Hafer Chicago (c/bush)	9. 1.	6. 1.
März	183,75	181,25
Mai	184,75	183,50
Juli	183,25	181,75
Mais Chicago (c/bush)		
März	330,75	330,25
Mai	330,50	333,25
Juli	334,00	334,50
Gerste Winnipeg (can. $/t)	9. 1.	6. 1.
März	134,50	135,00
Mai	135,00	135,80
Juli	136,00	136,50

Genußmittel

	9. 1.	6. 1.
Kaffee		
New York (c/lb)		
März	140,05	140,60
Mai	136,90	137,50
Juli	134,80	135,25

	9. 1.	6. 1.
Kakao		
New York ($/t)		
Terminkontr. März	2455	2542
Mai	2459	2547
Juli	2444	2532
Umsatz	6815	5400
Zucker		
New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 März	7,56	7,75
Mai	7,92	8,13
Juli	8,21	8,41
Sept.	8,48	8,62
Okt.	8,62	8,84
Umsatz	5595	7185
Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	6,89	6,97
Kaffee		
London (£/t) Robusta-Kontrakt Jan.	1998–2000	1986–1990
März	1998–1999	1978–1980
Mai	1916–1917	1912–1914
Umsatz	1795	3655
Kakao		
London (£/t)		
Terminkontrakt März	1877–1878	1957–1959
Mai	1865–1866	1933–1935
Juli	1845–1847	1910–1911
Umsatz	10469	8789
Zucker		
London (£/t)		
März	140,00–140,10	–
Mai	146,05–146,20	146,05–146,50
Umsatz	912	–
Pfeffer		
Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)	9. 1.	6. 1.
schw. Sarawak spez.	438,00	438,00
weißer Sarawak	882,50	882,50
weißer Muntok	690,00	690,00

Öle, Fette, Tierprodukte

	9. 1.	6. 1.
Rotterd. (hfl/100 kg) roh Niederl. fob Werk	217,25	219,00
Kokosöl		
Rotterdam ($/lgt) Philippinen cif	1075,00	1070,00
Leinsaat		
Rotterdam ($/t) Kanada Nr. 1 cif		
Rotterdam	310,00	315,50

Wolle, Fasern, Kautschuk

	9. 1.	6. 1.
AAA, ab Lager		
Jan.	13 939	13 986
Febr.	13 918	13 950
Kautschuk		
London (p/kg)	9. 1.	6. 1.
Nr. 1 RSS loco	86,00–88,00	85,00–87,50
Febr.	86,40–87,50	85,40–86,50
März	86,80–87,80	85,70–86,50
April/Juni	87,40–87,60	86,50
Tendenz: ruhig		

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Westdeutsche Metallnotierungen

NE-Metalle

*Auf der Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferhändler.

Messingnotierungen

	9. 1.	6. 1.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	375–385	geschlossen
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	422–424	426–430
MS 63	420–425	420–426

Zinn-Preis Penang

Deutsche Alu-Gußlegierungen

Edelmetalle

Internationale Edelmetalle

	9. 1.	6. 1.
6 Monate	592,05	626,35
12 Monate	621,10	657,40
Platin (£-Feinunze)		
London fr. Markt	262,50	268,90
Palladium (£-Feinunze)		
London f. Händlerpr.	104,90	111,00

New Yorker Metallbörse

Londoner Metallbörse

	9. 1.	6. 1.
Zink (£/t) Kasse	658,50–659,50	665,00–666,00
3 Monate	664,50–665,00	670,00–671,00
Zinn (£/t) Kasse	8635–8640	8560–8570
3 Monate	8805–8806	8750–8755
Quecksilber		
$/Fl.)	300,00–310,00	300,00–310,00
Wolfram-Erz		
($/T-Einh.)	72,00–72,00	72,00–77,00

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Klare Warnecke MA; Hannover/Kiel: Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld (Politik); Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft); München: Peter Schmalz, Dankward Seitz

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 184 611, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 611

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 26,60 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 62, und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 12 und Ergänzungsblatt 5 gültig ab 1. 1. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 48.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf

EISKUNSTLAUF / Bei der Europameisterschaft in Budapest sind die Querelen vorerst zurückgestellt

Schramm spricht mit Zeller, Ruben hat einen Trainer, Funktionäre schweigen

E. F. RAULF, **Budapest**

Stuttgarts Trainer Karel Fajfr lief schelmisch grinsend durch die Hotelhalle. Die Zufriedenheit war ihm anzusehen, nun doch noch mit zu den *Eiskunstlauf-Europameisterschaften* nach Budapest fahren und seine Läufer Heiko Fischer und das Paar Claudia Massari/Leonardo Azzola selbst betreuen zu können. Erst am Abend vor dem Abflug hatte der 44jährige ehemalige tschechoslowakische Paarläufer, der 1968 aus seiner Heimat geflüchtet war, das Visum und die notwendigen Sicherheitsgarantien von den ungarischen Behörden erhalten.

Die Atmosphäre im Budapester Mannschaftshotel ist flotter und gelöster als es nach den Querelen der letzten Wochen zu erwarten war. Karel Fajfr beschreibt die Situation so: „Sicherlich war manches nicht schön, gerade in der Vorbereitungsphase auf einen so wichtigen Wettkampf, aber vieles ist auch unnötig hochgespielt worden. Eigentlich ging es für uns viel ruhiger zu, als es vielleicht von außen ausgesehen haben mag."

Doch auch Karel Fajfr holten in Budapest die Ereignisse der letzten Wochen ein. Ab Samstagabend sah man den Stuttgarter beim Training von Manuela Ruben an der Bande stehen: „Nicht wegen der Manuela", wie er selbst betont, hat er diese undankbare Aufgabe übernommen, „sondern im Interesse der Mannschaft". Nachdem Erich Zeller, in seiner Funktion als Bundestrainer normalerweise für die Betreuung verantwortlich, im Beisein von Funktionären der *Deutschen Eislauf-Union* (DEU) beim ersten Training von der Münchnerin offen abgelehnt und fortgeschickt wurde, stand Manuela Ruben plötzlich ohne Trainer oder Betreuer in der ungarischen Hauptstadt auf dem Eis. Offenbar hatte sie die Hoffnung, auf diese Weise im Kielwasser ihres ehemaligen Trainingskameraden Norbert Schramm in Zukunft ebenfalls bei Star-Trainer Carlo Fassi unterzukommen, und in Budapest von dessen Frau Christa betreut zu werden. Frau Fassi aber zeigte kein Interesse.

Ohne Trainer, wie es die eigensinnige Münchnerin in dieser nicht einfachen Lage wohl am liebsten gehabt hätte, wollte und konnte sie Präsident Dr. Montag nicht in den Wettkampf schicken. Doch der Gang zu den Trainern wurde für die 18jährige zum Trauma. Ihr fiel es schwer, zumindest für die Zeit der Europameisterschaften um Vergebung zu bitten, wo sie Brüche selbst provoziert, Türen selbst hinter sich zugeschlagen hatte. Zu viele Feinde hatte sich die gebürtige Frankfurterin durch ihr Verhalten und das ihrer Mutter in den letzten Jahren geschaffen. In Mannheim kam es zu Kontroversen mit den Trainern Haveland und Zöller, ehe sie von Vereinschef Romminger fortgeschickt wurde.

In München oder Oberstdorf, wo Manuela Ruben aufgenommen wurde, brach sie gleich zu Anfang mit *Trainer Mensching* und nun *zuletzt* mit Erich Zeller. So konnte es schon als kleine Provokation anmuten, als sie ausgerechnet Günter Zöller um Hilfe bat, der sie aber genauso wegschickte, *wie zunächst alle anderen* Trainer.

In dieser Situation zeigte sich aber, was in Budapest von Anfang an zu spüren war, welche Moral und welcher Zusammenhalt trotz oder gerade wegen der gespannten Lage vor der Abfahrt in dieser Mannschaft steckt. Gemeinsam wurde die Lösung gefunden, daß Karel Fajfr zusammen mit seinem Stuttgarter Kollegen Peter Jonas die Betreuung der deutschen Meisterin für die Zeit der EM übernehmen wird. „Für alle Direktbeteiligten und vor allem auch für die Mannschaft, die beste Lösung", sind sich hier Präsident Dr. Montag und auch Bundestrainer Erich Zeller einig.

Auch von den Funktionärs-Querelen ist am Wettkampfort nichts zu spüren. „Egal, ob nun die anderen Präsidiumsmitglieder hier sind oder nicht, das ist keine Angelegenheit, die wir vor Publikum und schon gar nicht während der Europameisterschaften austragen. Hier haben wir ganz andere Aufgaben. Zu Hause werden wir uns in den nächsten Wochen zusammensetzen und Fragen, die zu beantworten sind, gemeinsam klären. Was soll ich mich hier mit Spekulationen befassen?", schließt Präsident Dr. Montag dieses Thema zumindest für die Budapester Tage ab.

Auch Erich Zeller fühlt sich in seiner neuen Rolle wohl. „Jetzt kann ich auch mal meiner eigentlichen Aufgabe als Bundestrainer nachgehen. Sonst gab es nur eins: den Läufer und das angestrebte Ziel. Heute kann ich mit viel mehr Ruhe auch mal die Konkurrenten in Training und Wettkampf beobachten, und ich merke, daß selbst ich da jetzt Dinge sehe, die mir früher durch den Zeitdruck entgangen sind." Und das Thema Norbert Schramm? „Zwischen uns hat es nie großen Krach gegeben." Sieht man die beiden in Budapest, glaubt man es ihm aufs Wort. Als wollten sie dies noch unterstreichen, sieht man sie gemeinsam beim Mittagessen sitzen und plaudern. Beim samstäglichen Kegelabend auf der Kellerbahn des Hotels herrschte Hochstimmung in der Mannschaft, wie kaum bei einer Meisterschaft zuvor. Obwohl es auf zwei Bahnen gegeneinander ging – Fischer, Schramm, Dr. Montag, Trainer Jonas und andere in dem einen Team – Cerne, Tesch, Fajfr, Zöller im anderen (das Fajfr-Team gewann meistens) – es ist eine großartige Mannschaft.

Fajfr: „Medaille ist drin"

Für die dreimalige deutsche Meisterin Manuela Ruben (19) haben die Eiskunstlauf-Europameisterschaften in Budapest sehr gut begonnen. *Nach der Pflicht* liegt sie auf dem vierten Platz. Somit darf sie sich heute im Kurzprogramm und in der Kür am Donnerstag Medaillenhoffnungen machen. Trainer Fajfr: „Wenn sie jetzt gut durchkommt, ist eine Medaille drin." Auf den ersten drei Plätzen gab es die Reihenfolge von 1983: Es führt Elena Wodorezowa (UdSSR) vor Katarina Witt („DDR") und Sandra Cariboni (Schweiz).

Friedhelm Ost, Moderator des Magazins „WISO"

Mit guten Voraussetzungen

Bei Alfred Müller-Armack, dem legendären Vater der Sozialen Marktwirtschaft, hat er studiert. Kein Wunder also, daß er die Marktwirtschaft „internalisiert" hat. Allerdings nicht als gläubiger Adept, sondern als ein Mann, der auch „die da unten" kennt. Friedhelm Ost, dessen Akzent dem kundigen Ruhrmenschen die Herkunft aus Castrop-Rauxel verrät, hat sich sein Studium der Volks- und Betriebswirtschaft vor und am Ort verdient, in einem Pütt, der Ende 1983 die Förderung einstellte.

Drei Tage später machte er sozusagen seinen „eigenen" Laden auf. Seit

WISO – ZDF, 21.15 Uhr

vergangenem Dienstag steht er dem neuen ZDF-Magazin „WISO" vor. Hier will er den Leuten klarmachen, wie die Wirtschaft funktioniert, was es mit der Sozialpolitik auf sich hat. Sachlich, sachverständig und verständlich soll es sein. Das ist ein anspruchsvolles Ziel, über dessen Erreichen (oder über eine möglichst große Annäherung an diese Idealvorstellung) man allerdings erst nach einer Handvoll Sendungen – und nicht schon nach der ersten oder zweiten – wird urteilen können.

Die *richtigen* Voraussetzungen bringt Ost jedenfalls mit. Nach dem Studium begann er bei der Hauptverwaltung der Commerzbank und wechselte später zum Bundesverband Deutscher Banken als Mitarbeiter des jetzigen Notenbankpräsidenten Karl Otto Pöhl. Seit gut zehn Jahren ist er allerdings nun schon beim ZDF, wo er sich als Wirtschafts- und Währungsfachmann in den Nachrichtensendungen genauso wie dann in der „Bilanz" bekanntmachte.

Die journalistischen Anfänge liegen allerdings in einer anderen Gegend und einem anderen Ressort. Als Zwanzigjähriger erschrieb er sich die ersten Zeilenhonorare in der Sportredaktion einer westfälischen Zeitung. Und auch heute stöhnt er manchmal, daß er doch lieber Sportreporter geworden wäre – wobei er offenläßt, wie ernst das gemeint ist. Denn schließlich hat er schnell abgewunken, als sein Name mit in den Hut geworfen werden sollte, aus dem der WDR-Intendant seinen neuen Fernsehchefredakteur zu ziehen gedachte.

Da hatte sich Friedhelm Ost schon auf die neue Aufgabe, wöchentlich jeden Dienstag um 21.15 Uhr eine halbe Stunde lang „Wirtschaft und Soziales" zu erläutern, kapriziert. Nebentermine für Vorträge, Zeitungsartikel oder Fachbeiträge für Bücher, wurden nicht mehr angenommen (oder *zumindest rigoros* reduziert). Aber die Themen, auf die es ihm ankommt, die er für wichtig hält, wandern gewiß nicht ins Archiv. Die kommen jetzt häufiger auf den Bildschirm. Ganz obenan steht da alles, was mit Beschäftigungspolitik und Arbeitslosigkeit zu tun hat: „Denn wer wie ich vier Kinder hat, sorgt sich um die Zukunft der Arbeitsplätze vielleicht mehr als kinderlose Eltern."

MONIKA SCHUMANN



Verdiente sich sein Studium in einem Pütt: Friedhelm Ost FOTO: S. WALTER

KRITIK

Ansammlung mieser Leute

Der vom Hessischen Rundfunk der Tatort-Serie als „Krimi" unterschobene Film **„Rubecks Traum"**, Drehbuch und Regie von Heinz Schirk, ist gar keiner. Ein Kommissar tritt nur am Rande auf, und die Verbrechen (Betrug und Mord) kommen nur deshalb per Zufall ans Licht, weil die wirre Handlung einmal ihr Ende haben muß. Vom Trost des Krimis, dem Sieg der Gerechtigkeit über das Böse, keine Spur. Der betrügerische Sparkassenchef hat sich einfach dumm angestellt, sonst wäre er unentdeckt geblieben.

Nun wären wir ja auch – man wird anspruchslos – mit einer guten Milieuschilderung zufrieden gewesen. Auch gut getroffene Psychologie könnte spannend sein. Doch davon keine Spur. Bloß eine plumpe Ansammlung mieser Leute, wie es sie in der Wirklichkeit gewiß auch in Hessen nicht gibt, und eine lange Kette völlig unglaubhafter Vorgänge. Herrgott, die Welt ist doch viel komplizierter und interessanter! Natürlich ist der Mensch kein Engel, aber ebensowenig ist er bloßer Unrat.

Doch wer es – wie Schirk – nicht hat, der hat es eben nicht. Schirk will uns weder ein Märchen erzählen, noch die Wirklichkeit zeigen, wie sie ist. Nicht mal belehren will er uns (man sieht: Wir werden noch bescheidener). Was will er denn eigentlich, abgesehen vom Honorar?

Im übrigen fürchten wir uns bereits vor dem nächsten Tatort. Er kommt aus Berlin...

ANTON MADLER

Ungeheurer Mut zur Häßlichkeit

Gernot Wolfgruber muß das in seinen Roman **„Herrenjahre"** und in das Drehbuch für seinen Fernsehfilm geschrieben haben: „Einem Sohn hätte er was lernen können." Axel Corti, Regisseur und Sprecher *in einem sagt das so. Spätestens dann* weiß man, daß es das ZDF wiederum ins einfache Leben zog, in ein österreichisches Dorf, wie die Schilder an den Autos verraten. Zu Menschen, die keine Sprache haben und die dennoch – ohne diese primitivste Voraussetzung – ihr Leben „führen" möchten.

Wer den holpernden Anfang voller filmischer und dramaturgischer Schablonen überstand, ahnte bald, daß das schiefgehen muß. Mit sprachlichen Leerformeln kommen Wolfgrubers Menschen aus; ihre Vorstellungen von Wirklichkeit haben sie aus dem Kino. Auf die Welt, wie sie ist und in der sie nach den Lehrjahren – die das laut Sprichwort nicht *sind – großmäulig ihre Herrenjahre* verleben wollen, sind sie denkbar schlecht vorbereitet.

Deswegen kommt allerdings auch nicht zum Zuge, was der Film daraus an pessimistischer Sozial- und Zivilisationskritik folgern möchte. Nicht nur mit den Worten des Sprechers, sondern auch durch das Überlagern jedweden Dialogs mit überlaut eingespielten Geräuschen. Die Handlung drängt sich vor, und das liegt nicht am offenen, jeden Zufall zulassenden *Erzählen;* der Stoff erweist sich als stärker, weil er zu wenig geformt wurde.

Hier war das freilich eher von Vorteil. Das tragische Geschick, das über die Familie des Tischlers Bruno Melzer hereinbricht, schlug den Betrachter unabweislich in Bann, zumal Regisseur Axel Corti grandiose Schauspieler zur Verfügung hatte: Peter *Simonischek, Lore Brunner,* vor allem aber Josefin Platt, deren ungeheurer Mut zur Häßlichkeit ihr alles Mitleid des Zuschauers eintrug.

KATHRIN BERGMANN

NACHRICHTEN

Schwerer Unfall

Korbach (sid) – Bei einem Verkehrsunfall ist die erst vor sechs Wochen aus Polen übersiedelte Ehefrau des Korbacher Boxtrainers Richard Andruszkiewicz (42) ums Leben gekommen. Das Auto war bei Glatteis von der Straße abgekommen und gegen einen Baum geprallt. Der Trainer und seine beiden Kinder verletzten sich erheblich.

Maradonas Comeback

Madrid (sid) – Ein Comeback feierte der Argentinier Diego Maradona beim 3:1-Sieg des FC Barcelona im Meisterschaftsspiel der ersten spanischen Fußball-Liga gegen FC Sevilla. Maradona, der im September 1983 einen Knöchelbruch und einen Bänderriß erlitten hatte, erzielte zwei Treffer.

Rehhagel verlängerte

Bremen (dpa) – Otto Rehhagel (44), Trainer des Fußball-Bundesligaklubs Werder Bremen, verlängerte seinen Vertrag in Bremen bis zum 30. Juni 1987. Rehhagel verdient schätzungsweise rund 300 000 Mark im Jahr.

Sieg über Breitner-Team

Essen (dpa) – Borussia Dortmund gewann das 12. Essener Hallenfußball-Turnier. Im Finale schlugen die Dortmunder Schwarz-Weiß Essen 3:1. Sieger des Berliner Hallen-Turniers wurde, wie im Vorjahr, Werder Bremen. Der FC Bayern München gewann mit 5:1 das Endspiel des Baseler Hallenturniers gegen den mit Paul Breitner verstärkten FC Basel.

ZAHLEN

FUSSBALL

Freundschaftsspiele: Neretwa/Jugoslawien – Braunschweig 1:5, Uerdingen – Wattenscheid 5:1, Lüttgendortmund – Dortmund 1:1, Bocholt – Oberhausen 1:1.

TENNIS

12. WCT-Doppel-Weltmeisterschaft in London: Finale: Slozil/Smid (CSSR) – Jarryd/Simonsson (Schweden) 1:6, 6:3, 3:6, 6:4, 6:3.

Einladungsturnier in Rosemont (250 000 Dollar), Endspiel: Connors (USA) – Gomez (Ecuador) 6:3, 6:2, 6:1.

Damenturnier in Washington (150 000 Dollar), Endspiele, Einzel: Mandlikova (CSSR) – Garrison (USA) 6:1, 6:1.

Jugendturnier in Caracas, Endspiel: Steeb (Deutschland) – Garcia (Spanien) 6:4, 6:4.

HANDBALL

Europa-Cup, Viertelfinal-Hinspiel, IHF-Pokal: Großwallstadt – Roter Stern Belgrad 28:16 (12:5). – **Europapokal, Viertelfinale, Hinspiel,** Landesmeister Frauen: ZSKA Sofia – Leverkusen 21:16 (12:11).

Bundesliga, Herren, 14. Spieltag: Hüttenberg – Reinickendorf 21:12, Bergkamen – Hofweier 19:17.

EISHOCKEY

Bundesliga, 34. Spieltag: Iserlohn – Freiburg 10:2, Mannheim – Landshut 8:4, Köln – Rießersee 7:3, Schwenningen – Kaufbeuren 9:6, Rosenheim – Düsseldorf 6:3.

1. Mannh. ERC	34	21	4	9	169:101	46:22
2. Kölner EC	34	19	6	9	143:110	44:24
3. SB Rosenh.	34	17	10	7	135:112	44:24
4. EV Landshut	33	18	3	11	148:106	41:25
5. Schwenn. ERC	34	16	4	14	123:102	36:32
6. ESV Kaufb.	34	13	6	15	137:156	32:36
7. ERC Freib.	34	13	6	15	106:138	32:36
8. ECD Iserlohn	33	10	4	19	110:121	24:42
9. Düsseld. EG	34	9	3	22	95:154	21:47
10. SC R'see	34	8	2	24	99:165	18:50

GEWINNZAHLEN

Toto, Elferwette: 1, 1, 0, 0, 0, 2, 0, 0, 1, 2, 1. – **Auswahlwette „6 aus 45":** 5, 8, 30, 37, 38, 44, Zusatzspiel: 36. – **Rennquintett:** Rennen A: 8, 6, 13. – Rennen B: 31, 22, 29. (Ohne Gewähr)

MOTORSPORT / WELT-Interview mit Walter Röhrl über seinen neuen Wagen

„Neue Lehrzeit hat begonnen – klar, daß ich noch hinterherfahren werde"

BERND WEBER, **Regensburg**

Am 22. Januar wird – auf deutschem Boden in Bad Homburg – wieder die Rallye Monte Carlo gestartet. Walter Röhrl aus Regensburg und sein Münchner Beifahrer Christian Geistdörfer haben die Automarke gewechselt: Im vergangenen Jahr wurden sie Sieger auf einem Lancia. Jetzt wollen sie versuchen, den Erfolg auf einem vierradgetriebenen Fahrzeug, auf Audi Quattro, zu wiederholen. Die WELT sprach mit Walter Röhrl, der gestern in den französischen Seealpen das Abschlußtraining begonnen hat, über seine Erwartungen für die diesjährige Rallye Monte Carlo.

WELT: Sie haben in den vergangenen Wochen hart mit Ihrem neuen Fahrzeug gearbeitet. Reicht die Vorbereitung schon aus, um bei der Rallye Monte Carlo auf Sieg fahren zu können?

Röhrl: Ich wäre ein Phantast, wenn ich die Frage mit „ja" beantworten würde. Natürlich habe ich mich auf die neue Saison so intensiv wie nie zuvor vorbereitet. Trotzdem gehe ich davon aus, daß ich meinen Teamkollegen diesmal ziemlich hinterherfahren werde.

WELT: Das heißt, es dauert doch eine ziemlich lange Zeit, bis man den Umstieg von einem normal- auf ein vierradgetriebenes Auto, wie eben den Audi Quattro, geschafft hat.

Röhrl: Um es klar zu sagen: Für mich hat eine richtig neue Lehrzeit begonnen. Ich selbst habe mir sechs Monate als Frist gesetzt. Innerhalb dieser Zeit will ich das Fahrzeug absolut sicher beherrschen.

WELT: Wird Ihr Arbeitgeber in Ingolstadt denn mit Ihnen zufrieden sein, wenn Sie bei der Rallye Monte Carlo nur hinterherfahren?

Röhrl: Da gibt es in der Beurteilung der Lage keinerlei unterschiedliche Auffassungen. Ich werde nicht gleich bei meiner Premiere unter Erfolgsdruck gesetzt, das wäre auch absolut unsinnig.

WELT: Bei Ihren Testfahrten, so hat man gehört, gab es einige Male verbeultes Blech...

Röhrl: Ja, ich habe den Audi Quattro schon öfters gegen die Leitplanken gesetzt, und da hat es eben Bruch gegeben. Ich bin dennoch mit meinen Testergebnissen sehr zufrieden.

WELT: Worin liegt der größte Unterschied zwischen dem Lancia, den Sie zuletzt gefahren haben, und dem Audi Quattro, den Sie jetzt fahren?

Röhrl: Der Lancia reagiert auf Lenkbewegungen viel sensibler. Der Audi Quattro wirkt durch seinen Vierradantrieb dagegen fast ein wenig träge. Ich muß also meinen Fahrstil gänzlich ändern. Das geht, wie gesagt, nicht von heute auf morgen.

WELT: Bei Ihrem alten Team haben Sie die gute Zusammenarbeit stets besonders herausgestrichen. Kommen Sie mit Ihrer neuen Mannschaft denn auch schon einigermaßen gut zurecht?

Röhrl: Ich neige nicht zu überschwenglichen Beurteilungen, aber ich kann mit voller Überzeugung sagen, daß das Teamwork nicht besser und harmonischer sein könnte.

WELT: Dem Audi Quattro werden bei Schnee wesentlich bessere Chancen eingeräumt als bei trockenen Strecken...

Röhrl: Ich habe die Rallye Monte Carlo bisher dreimal gewonnen, und jedesmal habe ich vorher gehofft, daß ich auf schneefreien Straßen fahren kann. Es hat geklappt. Diesmal ist es gerade umgekehrt – ich bete, daß möglichst viel Schnee in den Seealpen liegen wird.

WELT: Ganz grundsätzlich. Freuen Sie sich eigentlich auf die Rallye Monte Carlo?

Röhrl: Selbstverständlich freue ich mich darauf. Ich muß allerdings auch Einschränkungen machen. Einerseits bin ich unheimlich neugierig darauf, wie ich die Umstellung meistere. Andererseits kann ich nicht leugnen, daß ich wohl noch nie so nervös war wie zur Zeit.

WELT: Wie lange werden Sie jetzt noch in den Seealpen trainieren?

Röhrl: Bis zum 18. Januar. Die letzten drei Tage vor dem Start werde ich dann zu Hause in Regensburg richtig faulenzen.

WELT: Wer gewinnt die Rallye Monte Carlo?

Röhrl: Auf jeden Fall wird ein Audi Quattro am Ende ganz vorne liegen.

HANDBALL

Wunderlich muß bleiben

dpa/sid, **Frankfurt**

Erhard Wunderlich fehlt (noch) in dem 15köpfigen Aufgebot der deutschen Nationalmannschaft, das Bundestrainer Simon Schobel für das dritte World-Cup-Turnier vom 17. bis 22. Januar in Schweden nominiert. Nur wenn ein letzter Test des an einem Bänderschaden im linken Knie laborierenden Kieler Dirk Sommerfeld morgen im Bundesligaspiel gegen den MTSV Schwabung negativ ausfallen sollte, erhält der für den FC Barcelona spielende 100malige Nationalspieler eine Chance. Doch auch dann möchte Schobel lieber den *Gummersbacher Rüdiger Neitzel* berufen. In der Form, in der sich Wunderlich derzeit befinde, sei er nach Schobels Auffassung keine Verstärkung.

Francisco Ventura, der Handball-Chef des FC Barcelona, lehnte übrigens jetzt eine vorzeitige Freigabe Wunderlichs kategorisch ab: „Wir pochen auf Erfüllung des Dreijahresvertrags mit einjähriger Option. Für Wunderlich gibt es keine Möglichkeit, vorher zu wechseln." Der TSV Milbertshofen und dessen Abteilungsleiter und Mäzen Ulrich Bakkeshoff können den bereits fertigen Wunderlich-Vertrag über zehn Jahre vorerst in der Schublade liegen lassen.

STAND ● PUNKT

Chance der Nordischen

Mit den nordischen Skisportlern der Bundesrepublik ist derzeit Staat zu machen. In Form sind vor allem die Kombinierer. Thomas Müller, Hermann Weinbuch, Hubert Schwarz und Dirk Kramer sind in der Lage, früher oder später an die Leistungen von Georg Thoma, Franz Keller oder auch Urban Hettich anzuknüpfen.

Die Langläufer mit Karin Jäger, Jochen Behle und Stefan Dotzler haben den Abstand zur Weltspitze verkürzt, wie der dritte Platz Behles beim Weltcup-Auftakt in Reit im Winkl oder auch der vierte Staffel-Rang in Ramsau gezeigt haben.

Die Biathlon-Spezialisten um Weltcup-Sieger Peter Angerer werden am Wochenende beim Weltcup in Pontresina international antreten. Angerer ist neben der Staffel eine ernsthafte Medaillenhoffnung. In Sarajevo wurde Angerer übrigens vor vier Jahren zweimal Junioren-Weltmeister.

Vor Euphorie wird gewarnt und Glück gehört dazu. Aber die nordischen Skisportler sind besonders motiviert. Weil sie um die Chance wissen, mit entsprechenden Erfolgen aus dem Schatten der Alpinen heraustreten zu können.

WERNER RABE

FUSSBALL

Derwall-Team doch gesetzt

dpa/sid, **Paris**

Titelverteidiger Deutschland sowie Frankreich, Spanien und Jugoslawien wurden gestern in Paris von der Organisationskommission für die Endrunde der Fußball-Europameisterschaft in Frankreich (12. bis 27. Juni) gesetzt. Dabei bilden Frankreich (Gruppe 1) und Deutschland (Gruppe 2) die Köpfe beider Gruppen. Spanien und Jugoslawien werden heute in beiden Gruppen zugelost. Die restlichen vier EM-Teilnehmer Dänemark, Portugal, Rumänien und Belgien werden dann in einem zweiten Los-Gang ebenfalls auf die beiden Gruppen aufgeteilt.

Diese Setzung bedeutet für die Mannschaft von Bundestrainer Jupp Derwall auch Gewißheit über die Spieltermine. Das erste Spiel bestreitet die deutsche Nationalmannschaft am 14. Juni in Straßburg, das zweite am 17. Juni in Lens, und zum Abschluß der Gruppenspiele trifft Deutschland am 20. Juni in Paris entweder auf Jugoslawien oder Spanien.

Das Setzen von Europameister Deutschland als Nummer fünf in der Gruppe zwei war keineswegs unumstritten. In der dreieinhalb Stunden dauernden Sitzung setzten sich aber die Deutschen durch.

ARD  III.

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

09.25 Sesamstraße
10.00 Tagesschau
10.23 Die Welt der Vicki Baum
Die goldenen Schuhe (5)
11.25 Umschau
11.40 Walter Sedlmayrs Fernseh-Illustrierte
12.25 Kontraste
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

12.00 ARD-Sport extra
Gruppen-Auslosung zur Fußball-EM 1984
Eurovisionssendung d. franz. Fernsehens
13.15 Videotext für alle
15.40 Videotext für alle
16.00 Tagesschau
16.10 Frauenberufe
Die Zukunft begann vor 100 Jahren
Neue Reihe
1. Folge: Sekretärin
16.55 Spaß am Dienstag
Funkes Werkstatt
Unterhaltungsmagazin
17.50 Tagesschau
dazwischen Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Bananas
Musik und Nonsens
21.00 Report
Vorgesehene Beiträge:
Swiss Air Flug 316 – Vier Jahre nach einer Bruchlandung / Arbeiterwohlfahrt München – Durch Filz in die Pleite / Arzt und Patient – *Intimes für die Personalakten?* / Ost-Berlins Ehrenbanner – Eine Fahne flattert stets voran
21.45 Dallas
J. R. greift an
22.30 Tagesthemen
23.00 Kulturwelt
Agent in eigener Sache
John le Carré
Porträt von Reiner E. Moritz
Zur Zeit wiederholt das ZDF die Serie „Dame, König, As, Spion" nach dem gleichnamigen Buch von John le Carré. Am kommenden *Montag startet das Erste Programm* den Agenten-Sechsteiler „Smileys Leute", wieder mit Alec Guinness in der Hauptrolle – ebenfalls nach einem John-le-Carré-Roman
23.45 Tagesschau

ZDF

14.00 heute
14.04 Mosaik
Mode, Spaß oder Zwang?
Quiz
Anschl. heute-Schlagzeilen
14.35 *Peppino*
2. Folge: Der Abschied
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
Zu Gast: Dunja Rajter
17.50 Waldheimat
2. Teil: Als ich um Hasenöl geschickt wurde
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.20 Mein Name ist Hase!
Trickreiches mit Bugs Bunny
18.57 ZDF – Ihr Programm
19.00 heute
19.30 Das schöne Ende dieser Welt
Ein Fernsehfilm von Rainer Erler
Mit Robert Atzorn, Judy Winter, Götz George, Werner Kreindl u. a.
Anschließend
Ratschlag für Kinogänger
Die aktuelle Filmkritik
21.15 WISO
Voraussichtliche Themen:
Tips: Hausratsversicherung – Warum das Dreifache zahlen? / Hintergrund: Wahl in Dänemark – Wirtschaftsprobleme im Vordergrund / Sozialreport: Mehr Beschäftigte durch flexible Arbeitszeit? / Vor Ort: Kloster Ettal GmbH – Unternehmer in der Kutte
Moderation: Friedhelm Ost
21.45 heute-journal
22.05 Die aktuelle Inszenierung
Die Orestie des Aischylos
2. Teil: Choëphoren
3. Teil: Eumeniden
Inszenierung und Bildregie: Peter Stein
Aufzeichnung einer Aufführung der Schaubühne am Lehniner Platz, Berlin
00.45 heute

Peppino (Orazio Pulvirenti) muß von seinen Freunden auf Sizilien Abschied nehmen. In der Kirche bittet er um Schutz für die ganze Familie – ZDF, 14.35 Uhr FOTO: TELEBUNK

III.

WEST
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Auslandsreporter
Hermann Feldhoff aus Eritrea
20.45 Rückblende
21.00 Formel Eins
ARD-Hitparade
21.45 Innenwelt einer Denkfabrik
22.15 Thema des Monats
Anschl. Letzte Nachrichten

NORD
18.00 Sesamstraße
18.30 Die Sprechstunde
19.15 Fieber
Neues Jugendmagazin
20.00 Tagesschau
20.15 Unterm Funkturm
Auslandskorrespondenten zu Gast mit Gästen
Anschl. Nachrichtentelegramm
21.15 Der Prinzregent (2)
Fernsehfilm in acht Teilen
22.05 Juristenstammtisch
22.50 Der Sternenhimmel im Januar
23.05 Nachrichtentelegramm

HESSEN
19.00 Formel Eins
Die ARD-Hitparade mit Peter Illmann
19.45 Tips für Schule und Beruf
20.00 Tatort:
Frankfurter Gold
21.30 Drei aktuell
21.45 Kulturkalender
22.15 Die Bühne ist nicht ein anderes Land
23.00 Vor vierzig Jahren
Deutsche *Wochenschau* vom 29. 12. 1943
(Sendeschluß 23.30)

SÜDWEST
19.00 Regionales
Nur für Baden-Württemberg
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz
19.00 Die Abendschau
Nur für das Saarland
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm Südwest 3
19.25 Nachrichten
19.30 Die Sprechstunde
Ratschläge für die Gesundheit
Mutter muß sich unbedingt erholen
20.15 Regionalprogramme
21.15 Kostas der Grieche
Australischer Spielfilm von 1979
Regie: Paul Cox
22.45 Avanti! Avanti!
23.15 Sendeschluß

BAYERN
19.00 Buck Rogers
Amerikanisches Filmserial aus dem Jahr 1936
19.20 Das Mädchen, das den Lord nicht wollte
Amerikanischer Spielfilm, 1935
20.40 Z. E. N.
20.45 Die Sprechstunde
21.30 Rundschau
21.45 Thema: Arbeitszeit
23.15 Rundschau

Des Zaren Landeskinder

mar – Die Rettung der 50 000 in Bulgarien lebenden Juden während des Zweiten Weltkriegs gehe auf „breitangelegte Aktionen der bulgarischen Kommunistischen Partei" zurück. Das wurde jetzt in Sofia während einer wissenschaftlichen Konferenz behauptet, die der Rettung der bulgarischen Juden gewidmet war. Außerdem hieß es dort, Bulgarien sei das einzige Land im Machtbereich der Nationalsozialisten gewesen, aus dem keine Juden in die Vernichtungslager abtransportiert worden seien.

Von der Rettung der dänischen Juden hatte dieser Kongreß offenbar noch nichts gehört. Aber das war nicht der einzige Punkt, an dem er es mit der Vergangenheit nicht so genau nahm. Es stimmt, daß kein Jude aus den bulgarischen Kernlanden an die Deutschen ausgeliefert wurde, obwohl Berlin das immer wieder forderte. Die Bulgaren ließen sich zwar auf das antijüdische „Gesetz zum Schutz der Nation" vom 23. Januar 1941 ein, doch seine Bestimmungen wurden nie konsequent verwirklicht.

Das „Judenkommissariat" mußte sogar wiederholt erleben, daß es umgangen oder getäuscht wurde. Beispielsweise am 9. März 1943, als die Anordnung erging, alle internierten Juden freizulassen und die weitere Internierung zu stoppen. Danach wich man dem deutschen Verlangen nach Auslieferung aus, indem man die Juden aus den Städten „zum Arbeitseinsatz" aufs Land schickte. Am 29. August 1944 wurden schließlich von der Regierung alle antijüdischen Gesetze aufgehoben und das „Judenkomissariat" aufgelöst.

Diese Maßnahmen gehen im wesentlichen auf das Taktieren des Zaren Boris III. und seiner Regierungen zurück. Die KP konnte dabei gar keine Rolle spielen, weil sie verboten und nur jenseits der Grenzen in der Sowjetunion aktiv war.

Und noch etwas wurde bei der „Wissenschaftlichen Konferenz" in Sofia vergessen: Die Juden aus den Teilen Mazedoniens, die während des Krieges Bulgarien zugeschlagen worden waren, entgingen nicht der Deportation. Das waren mehr als siebentausend, die alle in Treblinka ermordet wurden. Zar Boris war bereit, sie für seine „Landeskinder" zu opfern – und von „breitangelegten Aktionen der KP" zur Rettung war damals und ist auch heute nichts zu hören.

Spanien und Verdi

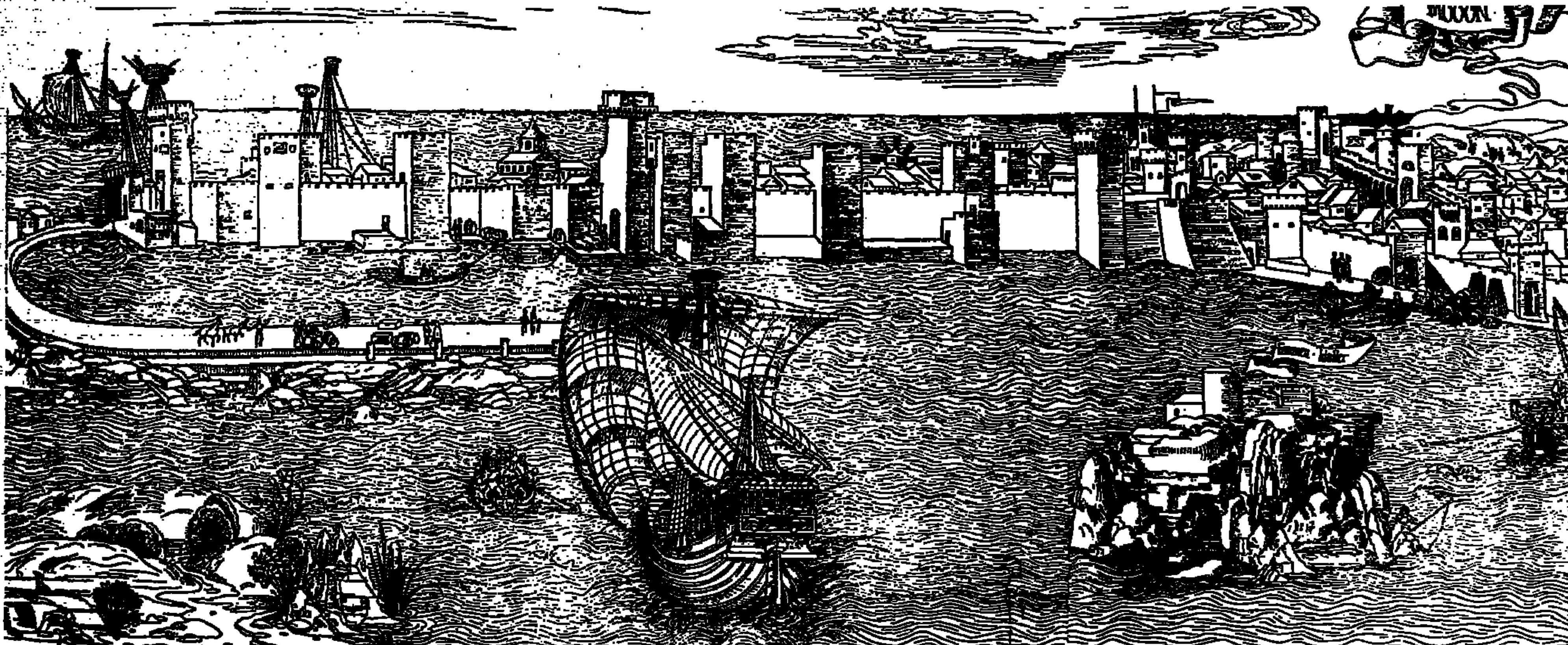
„Don Carlos" darf nicht in den Escorial

So stur wäre nicht einmal Franco gewesen", reagierte der Regisseur Franco Zeffirelli auf das Verbot, Verdis Oper „Don Carlos" im spanischen Escorial aufzuführen. Im Sommer vergangenen Jahres hatten der spanische Kulturminister und der Bürgermeister von *El Escorial Zeffirelli* vorgeschlagen, die Oper 400 Jahre nach dem Geschehen im Hof des Klosterschlosses von Philipp II. – am Tatort also – singen zu lassen. Begeistert ob dieser einmaligen Möglichkeit, fragte Franco Zeffirelli bei den großen Sängern der Welt an, sprach mit Leonard Bernstein und der Mailänder Scala: „Wir alle waren begeistert von dieser Idee!"

Jetzt meldete sich die für den Escorial einzig zuständige Behörde, das Patrimonio Nacional, zu Wort: Die Aufführung wird verboten. Begründung: Die Oper nach dem Text von Schiller würde die „schwarze Legende über Spanien wiederbeleben". Tatsächlich hat die Schillersche Version des Vater-Sohn-Konfliktes zwischen König Philipp II. und Prinz Carlos kaum etwas mit dem wirklichen Geschehen gemein. Schillers und damit Verdis Werk beruht jedoch auf einer Kette von Darstellungen, die letztlich in Spanien selbst ihren Anfang nahm: in den höchst widersprüchlichen Botschafterberichten über die *Gefangennahme* und den Tod des Prinzen. Sie beflügelten den spanischen Zeitgenossen Cabrera zu einer „Historia de Felipe II.", die wiederum drei weitere Spanier allein im 17. Jahrhundert zu eigenen Arbeiten und schließlich den Franzosen Saint Real zu seiner „historischen Novelle" animierten. Auf diese Novelle stützte sich dann Schiller.

Das Verbot, Verdis Oper im Hof des Escorial, schräg über der Gruft Philipp II., aufzuführen, erinnerte *Zeffirelli daran*, daß die chinesische Regierung Herbert von Karajan verbot, die Oper „Turandot" in Peking aufzuführen, weil dort „Personen auftreten, die den Kaiser lächerlich machen".

Immerhin in beiden Fällen Regime, die doch Karl Marx näherstehen als den Monarchen der Vergangenheit, wenn auch die spanischen Sozialisten als ausgesprochen königsfreundlich bezeichnet werden müssen. Der Fehler lag wohl darin, daß Kulturminister und Bürgermeister von El Escorial – beides Sozialisten – sich über die Kompetenzen des (konservativen) Patrimonio Nacional hinwegsetzten und sich dieses nun mit einem Verbot rächte. ROLF GÖRTZ



Wo einst Neptun zürnte, blühte später der Handel über die Meere: Ansicht des griechischen Hafens von Modon, Holzschnitt von Erhard Reuwich, 1486, aus der Bonner Ausstellung
FOTO: DIE WELT

Kreuzfahrt durch die Geschichte oder: Das Meer im Museum

Das Meer ist Raum der Hoffnung/ Und der Zufälle launisch Reich!" weiß der Chor in Schillers „Braut von Messina". Das Meer hat die Phantasie der Künstler – der bildenden und der schreibenden – ebenso beflügelt wie den Geist der Abenteurer, es hat Mythen geschaffen und ist selbst zum Mythos geworden. Sogar die Binnenländer hat es immer wieder beunruhigt, als Angstvorstellung und als Weg in neue, unbekannte, schöne Welten. Das verrät die Ausstellung „Schiffe, Häfen, Kontinente" im Bonner Wissenschaftszentrum, zusammengestellt von Ekhart Berckenhagen, dem Direktor der Kunstbibliothek Berlin, aus deren Beständen das erstaunliche Material stammt.

Der Rundgang beginnt mit den Göttern des Meeres, jenen launischen Unterprivilegierten, denen die Antike keinen Platz im Olymp zubilligte. Dann werden uns die schreckerregenden Meerwesen und -ungeheuer vorgestellt. Wir lernen die Arche Noah kennen, wie sie in den alten Holzschnittbüchern zu finden ist, kraftvolle Bilder zwischen Phantasie und Wirklichkeit.

Doch dann wird es sehr bald konkret. Die Seefahrt des Altertums rückt ins Bild, die mittelmeerischen Mächte, die zu Wasser ihre Reiche ausdehnten, werden in zeitgenössischen Quellen gezeigt, die Entdekkungsfahrten über die Säulen des Herkules hinaus. Da wird ein Abstecher zum Maritimen in der Kunst gewagt und der Bogen bis zu den Kreuzfahrten unserer Tage gespannt. Zwischen den alten Holzschnitten und Kupfern, den dicken Folianten und frühen Landkarten, den genauen Schiffsrissen und Stichen historischer Seeschlachten, den Fotos der Luxusliner und Plakaten, die zu Ozeanreisen verlocken wollen, verbirgt sich manche Rarität.

Da ist beispielsweise ein unscheinbares Buch, dessen Titelblatt die Vignette eines Ostindienseglers ziert. Ian Huyghen van Linschoten steht als Autor darüber. „Itinerario, Voyage ofte Schipvaert..." beginnt der umständliche Titel. Es handelt sich um ein Buch, das die Weltgeschichte veränderte. Denn van Linschoten, der 1580 als Siebzehnjähriger nach Lissabon gekommen war, diente bis 1587 dem Erzbischof von Goa als Kaufmannsgehilfe und Schreiber. In dem Buch schilderte er die reichen Besitzungen Portugals in Übersee. Damit weckte er den Neid und den Eifer der Briten und Niederländer, die bald darauf ebenfalls in diese fernen Weltteile aufbrachen und den Portugiesen ihren Besitz streitig machten.

Die Ausstellung (und der hochinteressante Katalog) bieten mehr als nur „Eine Kulturgeschichte der Seefahrt". Sie lehren anschaulich über unsere Welt, was Ringelnatz den Segelschiffen zuschrieb: „Ihr Anblick erhellt/Und weitet unsre Gedanken."

PETER DITTMAR

(Bis 22. Jan.; anschließend Düsseldorf, Bremerhaven, Berlin und Höxter; Katalog: 29 Mark, im Buchhandel, D. Reimer Verlag, 38 Mark, Ln. 48 Mark.)

Die rosa Eminenz Kaiser Wilhelm II. – Zum Erscheinen der „Politischen Korrespondenz" des Grafen Philipp zu Eulenburg

Was zwei Fischer vom Starnberger See auspackten

Mein Leben ist nicht leicht. Wo viel Licht ist, da ist viel Schatten. Gott weiß allein, wie tief die Schatten sind..." So schrieb Graf Philipp zu Eulenburg, kaiserlicher Botschafter in Wien, anläßlich seiner *Erhebung in den erblichen Fürsten*stand am 1. Januar 1900 an die Kaiserin Auguste Viktoria. Er bat sie, seinen Dank dem „geliebten Kaiser" zu übermitteln, weil er diesen in allem Neujahrstrubel nicht selbst behelligen wollte. Philipp Eulenburg zählte damals 53 Jahre, Kaiser Wilhelm II. 41 Jahre, was ihn nicht hinderte, sich als junger Kaiser zu gerieren.

Jetzt, im Jahre 1900, stand das Ausscheiden des greisen Reichskanzlers Fürst Chlodwig Hohenlohe-Schillingsfürst bevor. „Phili", wie der Kaiser seinen Duzfreund Eulenburg nannte, hielt den Nachfolger parat: seinen langjährigen Freund Bernhard von Bülow, dem er bereits das Auswärtige Amt zugeschanzt hatte. Die Anreden in ihrem Briefwechsel („Mein geliebter Bernhard" – „Liebster Phili") entsprachen dem sonderbar süßlich-schwärmerischen Umgangsstil, den Eulenburg im engen Kreis um den Monarchen eingeführt hatte. Dabei hielt sich „Phili" ganz ernsthaft in aller Sanftheit, väterlichen Güte und unter häufiger Bemühung des Herrgotts für den Mentor des Kaisers, dessen nervöse Überreizung, dessen Unbedachtsamkeit ihm oft Sorge bereitete. Nannte man im Auswärtigen Amt den sonderbaren, schrulligen Geheimrat Friedrich von Holstein die „Graue Eminenz", so könnte man versucht sein, Philipp Eulenburg als die „Rosa Eminenz" zu bezeichnen – beide Figuren im Halb*schatten ohne direkte Verantwor*tung, die sich vermaßen, die Außenpolitik beziehungsweise den Herrscher zu lenken.

Der scheidende Reichskanzler Chlodwig Hohenlohe vermerkte in seinen „Denkwürdigkeiten", Philipp Eulenburg mache ja gern den „Kanzlermacher", ohne selbst je Kanzler werden zu wollen. Einige Jahre später, als der Homosexuellen-Skandal um Eulenburg ruchbar wurde, kam ein verräterischer Brief Graf Kuno Moltkes, 1906 Generalleutnant und Stadtkommandant von Berlin, an „Phili" zutage: „Wir bilden einen festen Kreis um den Kaiser, keiner kommt zu ihm ohne uns."

Der Schlußband der „Politischen Korrespondenz" Philipp Eulenburgs (Bd. III. Boldt Verlag, Boppard. 952 S., 290 Mark) liegt jetzt vor. Herausgeber ist der britisch-deutsche Historiker John C. G. Röhl. Nicht selten sind dessen kenntnisreiche Anmerkungen bei weitem interessanter als die Briefe selbst.

Im Jahre 1900 wurde „Philis" „Geliebter Bernhard" Reichskanzler. Der Kaiser erhob ihn in den Grafenstand, später auch in den Fürstenstand. Dabei war Bülow sicher noch das beste Pferd im Stall unter lauter lahmen oder alten Gäulen.

Sechs Jahre später erreichte Bernhard Bülow im Frühjahr 1906 die Entlassung Holsteins. Der zu Tod gekränkte Geheimrat, der sich für uner*setzlich hielt, gab zu Unrecht Eulen*burg die Hauptschuld an dieser Maßnahme Bülows und beschloß, Eulenburg und seine „Liebenberger Tafelrunde" aus dem Sattel zu heben. Er verbündete sich mit dem Publizisten Maximilian Harden, Herausgeber der „*Zukunft*", *einem Literaten von un*gemeiner Federfertigkeit, Bosheit und Eitelkeit. Harden trat als Patriot auf. Was ihn besonders ärgerte, war der Umstand, daß in Eulenburgs Schloß Liebenberg auch der französische Botschaftssekretär Raymond Lecomte, *dessen homosexuelle Nei*gungen bekannt waren, ein gern gesehener Gast geworden war.

Im November 1906 erschienen in der „Zukunft" zwei noch verschleierte Artikel Hardens. Unverblümt verlangte dieser, Eulenburg solle von *der politischen Bühne verschwinden.* Es fielen auch andere Namen aus der „Tafelrunde", darunter derjenige Kuno Moltkes.

Im April 1907 verschoß Harden noch giftigere Pfeile, nannte Namen wie den Lecomtes, des Generals Graf Wilhelm Hohenau und spielte versteckt, aber höhnisch auf Eulenburgs nicht „gesunde vita sexualis" an. Homosexuellen-Skandale in allerhöchsten Kreisen, im Offizierkorps der Gardekavallerie, wurden ruchbar. Selbst Bülow blieb nicht von solchem Verdacht verschont. Als er sich in einem Prozeß gegen solche Beschuldigungen verteidigte, beschwor der als Zeuge geladene Eulenburg *plötzlich ganz* unaufgefordert, er sei von solchen Neigungen immer frei gewesen! Im übrigen legte er sich mit schwerer Neuritis in Knien und Füßen zu Bett.

Der völlig schockierte Kaiser ließ „Phili" sofort fallen. Für ihn wurde *der Duzfreund zur Unperson. Bülow* distanzierte sich vorsichtig. Kuno Moltke, der den Abschied nahm, prozessierte gegen Harden, verlor 1907 und gewann Anfang 1908: vier Monate Gefängnis für Harden.

Harden holte zum Gegenschlag aus *und produzierte zwei Zeugen, Fi*scher vom Starnberger See, die beschworen, in den 80er und 90er Jahren intimen Verkehr mit Eulenburg gehabt zu haben. Die Folge: Fürst Eulenburg wurde wegen Meineids in Liebenberg verhaftet und am 8. Mai 1908, *immer noch bettlägerig* krank, in die Berliner Charité eingeliefert. Die Hauptverhandlung gegen ihm mußte wegen seines desolaten Gesundheitszustandes unterbrochen werden. Ein Versuch, sie im Juli 1909 wiederaufzunehmen, scheiterte ebenfalls am Zustand Eulenburgs.

Doch „Philis" schwül-byzantinischer Stil beherrschte noch immer die Umgebung des Kaisers. Die „Daily-Telegraph"-Affäre vom 28. Oktober 1908, die Veröffentlichung eines Privatinterviews des Kaisers in England über seine im Gegensatz zur Volksmeinung stehende Englandfreundlichkeit, wurde nur möglich, weil der Reichskanzler Fürst Bülow aus der gewohnten Liebedienerei vor Seiner Majestät keine Einwände erhoben hatte. In Berlin brach ein Entrüstungssturm los. Kaiser Wilhelm II. befand sich zur Herbstjagd beim Fürsten Max Egon Fürstenberg in Donaueschingen. Um den „geliebten Kaiser" zu erheitern, tanzte der Chef des Kgl. Preußischen Militärkabinettes, General Graf Dietrich Hülsen-Haeseler, am Abend des 14. November 1908 vor ihm als Balleteuse verkleidet. Kurz nach der makabren Szene erlag der Sechsundfünfzigjährige *einem Schlaganfall. Als der Kaiser* in Berlin vom Proteststurm erfuhr, erlitt er einen Nervenzusammenbruch und legte sich gleich „Phili" zu Bett.

Vor der Revolution von 1789 hatte das Haus Bourbon den Halsband-Skandal erlebt, vor der Revolution von 1917 das Zarenhaus den Rasputin-Skandal. Vor dem Jahr 1918, der Abdankung des Kaisers, erlebten die Hohenzollern den Eulenburg-Skandal. Der Hofmarschall Graf Zedlitz-Trützschler schrieb damals an seinen Vater, den Oberpräsidenten von Schlesien: „Die Nerven des Kaisers sind keiner ernsten Stunde gewachsen..."

WALTER GÖRLITZ

Hamburg: Neumeiers „Hommage à Balanchine"

Piratendreß für Mozart

An diesem Abend huldigt jeder jedem: Neumeier Balanchine, Balanchine seinen großen russischen Vorläufern und dem jungen Amerika, das Publikum Neumeier, der dieses Wunder ermöglichte. Es kommt zu einem tänzerischen Kreislauf des Glücks.

Die „Hommage à George Balanchine", ausgerichtet von der Hamburgischen Staatsoper mit ihrem neuen Ballettabend, zeigt, was beinahe schon in Vergessenheit geriet: Schritte allein sind es, die das choreographische Vokabular bilden. Keiner aber in diesem Jahrhundert hat ein reicheres benutzt als George Balanchine. Neumeier macht es deutlich, indem er Balanchines amerikanische Erstlingsarbeit, die „Serenade" (zu Tschaikowskys Op. 48) aus dem Jahre 1937 von der sorgsamen Patricia Neary neu einstudieren läßt: Ein Ballett aus den erstaunlich selbstverständlichsten Schritten.

Sie ertanzen wundervoll prägnante Gruppierungen. Nicht die Gruppierung steht von vornherein fest, das choreographische Imponiermonument. Sie wird nicht mühselig erlaufen, erwandert, ertrotzt und erdreistet. Sie blüht auf aus der Saat der Schritte. Die Gruppen brechen aus ihr und vergehen wieder. Der Tanz wird zum ewigen Kreislauf eines Lebens in Anstand, Schönheit, Form. Ballett – das ist zum Leben erwachte Architektur über wechselndem musikalischem Fundament, das an diesem Abend Stefan Soltesz mit dem Staatsorchester verläßlich legt.

Balanchines Ballett zu Hindemiths „Die vier Temperamente" eröffnet den Abend klar und kühl. Es stellt Jeffrey Kirk als wendigen Melancholiker vor und versierten Balanchine-Interpreten. Alle anderen bleiben hinter ihren Aufgaben einstweilen noch etwas zurück. Dennoch – Balanchines Choreographie zeigt schon hier ihre kunstreich gestutzte Kralle.

Neumeier selbst hat unter dem Titel „Mozart 338", die C-Dur Sinfonie KV 338 (in ihrer ursprünglich dreisätzigen Fassung) choreographiert und seine Arbeit Balanchine gewidmet, mit dessen Bewegungserfindungen zur „Serenade" sie schmunzelnd spielt.

Es ist ein entzückendes Ballett geworden, unbeschwert heiter, ohne jeden humoristischen Drücker. Star ist in ihm zunächst einmal Jil Sanders, die dem Ballett elegante Kostüme entwarf: auberginefarbene Blusen für die beiden männlichen Solisten zum gleichfarbigen Trikot. Vom zartesten Rosé zum feurigsten Rot spielen die bis übers Knie reichenden geschlitzten Röcke der Mädchen. Piratenhaft wirkt mit seinen blauen Leibbinden über Burgunderrot das männliche Corps. Jil Sanders' Kostü*me halten lebhaft mit Neumeiers* Einfällen Schritt.

Neumeier gibt sich diesmal von seiner bezauberndsten Seite. Sein Mozart-Ballett sprüht gut gelaunt Unter-



Von Jil Sanders kostümiert: Szene aus „Mozart 338" FOTO: PETER PEITSCH

nehmungslust ohne jede Grimasse. Colleen Scott und François Klaus sind ihm Interpreten der Spitzenklasse, eingeschworen inzwischen auf Neumeiers Stil, daß kein Wunsch offenbleibt. Darüber hinaus ist Colleen Scott in ein neues Stadium der künstlerischen Reife hinübergetanzt, das sie vergleichbar der künstlerischen Autorität einer Hightower macht.

Aber auch wie Chantal Lefèvre und Ivan Liska das intelligente Feuerwerk ihres Balanchine-Pas de deux abbrennen mit den Beinen, wie das Corps am Ende, von Eileen Brady und Dinko Bogdanic geführt, in die „Serenade" einschwingt, ist unumwunden prachtvoll zu nennen. So ist es nun einmal im Ballett: Der Höhepunkt des Raffinements *ist die* reich gestaltete choreographische Einfachheit. In ihr war und blieb George Balanchine der Meister.

KLAUS GEITEL

New York: Ein neues Musical über die Monroe

Normas Bonbonträume

Es dauert wohl noch einige Zeit, ehe man sich an ihrem Leben satt gesehen hat. Bis dahin jedenfalls wird der „Fall Marilyn Monroe" nicht zu den Akten gelegt. Seit ihrem Tod vor 22 Jahren ist sie zum Mythos geworden. Der „süße Engel des Sex" (Norman Mailer) ist Gegenstand zahlloser Theaterstücke, Bücher, Ballette und Schlager. *Jüngst fiel* ein *Musical* über MM in London durch, doch schon ist der nächste Fall von Leichenfledderei zu melden.

Denn jetzt kam im „Minskoff"-Theater am Broadway das Musical „*Marilyn – An American Fable*" heraus. Selten wurde das Sprichwort von den vielen Köchen und dem Brei so anschaulich demonstriert wie bei dieser Show. Fünf Personen zeichnen für Songtexte und Musik verantwortlich; eine sechste hat das Libretto verfaßt. Die Lieder wirken wie ein schlechtes Schlagerkarussell: Ohne Höhepunkte plätschert die Musik dahin, kaum unterbrochen von „trockenen" Dialogstellen.

Auf der Bühne ziehen derweil in bonbonbunten Bildern Stationen aus Marilyns Leben vorbei. Wir lernen den Traum der jungen Norma Jean, wie Marilyn eigentlich hieß, kennen, während im Hintergrund des Bühnenbildes die Buchstaben „HOLLYWOOD" verheißungsvoll aufleuchten; ein Schicksals-Trio namens „Destiny" hüpft über die Bühne und singt seine überflüssigen Kommentare zum Geschehen. Die ersten Fotografen kommen, das erste Aktphoto (noch züchtig hinter einem dichten Schleier aufgenommen), der erste Showstopper, der allerdings keiner ist: „Cold hard Cash", ein dünner und unorigineller Aufguß von „Diamonds are a girl's best friends" aus „Blondinen bevorzugt"; selbst das Kleid ist so rot und so eng wie aus dem Film. *Szenen mit Joe DiMaggio, Arthur* Miller, den gefürchteten und doch unentbehrlichen Klatschtanten Hedda Hopper und Louella Parsons jagen einander bis zum bitteren Ende. Aber selbst das ist, wie das ganze Sammelsurium von Szenen aus dem Leben eines Stars, von schamloser Oberflächlichkeit und Schönfärberei. Das letzte Bild zeigt, Zeit und Raum in knarrender Dramaturgie zusammenzwängend, noch einmal die junge Norma Jean und Marilyn, die wie hypnotisiert auf die Leuchtbuchstaben zugehen. Wenn das kein origineller Schluß ist!

Das Beste an diesem ärgerlichen Unternehmen ist die Hauptdarstellerin: Alyson Reed. Wie sie in die Haut des Vorbilds schlüpft, ihre Bewegungen, Stimme und Mimik imitiert, das ist schon beachtlich. Wie sie sich, bei der ersten Probeaufnahme, der Kamera nähert wie einem Liebhaber (der einzige wohl, der die echte Marilyn nie im Stich ließ), das sind Momente, die haften bleiben. Aber die zwei Minuten können die verkorksten restlichen 120 nicht wettmachen.

RAINER NOLDEN

JOURNAL

Plan für internationale islamische Universität

AFP, Teheran

Das Projekt für die Gründung einer internationalen islamischen Universität in Teheran ist dem iranischen Parlament vorgelegt worden. Die Hochschule soll dem iranischen Kulturministerium unterstellt werden und sich der Erforschung der islamischen Kultur und Zivilisation sowie Unterrichts- und Erziehungsfragen widmen. Ziel der Tätigkeit ist, Forschung und Lehre der islamischen Länder von der nicht-islamischen Welt unabhängig zu machen und die islamische Kultur weltweit zu stärken.

Chinesische Puppen auf Tournee

AP, Düsseldorf

Das chinesische Figuren- und Stockpuppentheater „Fenglei" aus Shanghai geht auf Deutschlandtournee. Das Theater gastiert erstmals in Deutschland. Die Theatertruppe tritt in mehr als 40 Städten, darunter Düsseldorf, Dortmund, Münster, Hannover, Hamburg, Bremen, Berlin, Frankfurt, Stuttgart, München und Nürnberg, auf.

Ein neues Festival mit alter Musik

dpa, Regensburg

Ein von Plattenfirmen und Rundfunkanstalten unabhängiges Festival alter deutscher Musik soll im Mai an historischen Stätten der einstigen Freien Reichsstadt Regensburg veranstaltet werden. Gastieren werden unter anderen die Musica Antiqua Köln und das Boston Museum Trio. Workshops und Video-Vorführungen sollen das Programm ergänzen.

Paris und Nurejew ehren Martha Graham

AFP, Paris

Zum 90. Geburtstag ehrt die Pariser Oper die amerikanische Choreographin Martha Graham mit einem Sonderprogramm. Am 23. und 25. Januar tritt die „Martha Graham Dance Company" im Palais Garnier auf. Der künstlerische Leiter des Pariser Balletts, Rudolf Nurejew, tanzt in „Phädra's Dream", einer der neuesten Choreographien von Martha Graham nach der Musik von George Crumb. Auf dem Hommage-Programm steht ferner „Acts of light" (1981) mit der Musik von Carl Nielsen. Als Beispiele für weiter zurückliegende Schaffensperioden sind „Errand into the maze" (Musik von Gian Carlo Menotti) von 1947 und „Seraphic Dialogue" (Partitur von Norman Dello Joio) von 1955 zu sehen.

Rau plädiert für den homo ludens

dpa, Wuppertal

Besorgt über das „Ausbluten des Kulturetats" in den Gemeinden und Kreisen hat sich der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Johannes Rau (SPD) geäußert. Zugleich ermunterte Rau seine Parteifreunde, alles zu unterstützen, was dem Menschen in einer „Knopfdruck- und Freizeitgesellschaft" das Leben verschönern und „erhöhen" könne. Der „homo ludens", der spielerische Mensch, dürfe dem „homo sapiens", dem denkenden Menschen, nicht zum Opfer fallen. Nötig sei eine „Kultur für alle". Gegen Eliten habe er nichts, so Rau, solange man ihnen keine Schutzzäune der Exklusivität errichte. Gleichzeitig kritisierte Rau, daß Nordrhein-Westfalen im Schatten von Salzburg, Bayreuth und anderen Festspielorten stehe, obwohl dieses Land nach internationaler Einschätzung zu den fünf bedeutendsten Kunstzentren in der Welt zähle.

Aus für den Kunstpreis der Böttcherstraße

dpa, Bremen

Der mit 15 000 Mark dotierte Kunstpreis der Böttcherstraße in Bremen wird nicht mehr verliehen. Wie die Geschäftsführung der Böttcherstraße GmbH mitteilte, ist der Kunstpreis nicht mehr zu finanzieren. In einem Schreiben an den bremischen Kunstsenator Horst-Werner Franke (SPD) heißt es: „Die bisher an der Finanzierung beteiligten Unternehmen haben in der Vergangenheit die Erfahrung gesammelt, daß die Werbewirksamkeit des Kunstpreises äußerst gering ist." Der Kunstpreis wurde 1954 zur Feier des Wiederaufbaus der Böttcherstraße gestiftet, zehn Jahre nach ihrer Zerstörung durch einen Bombenangriff im Krieg. Er würdigte das Werk zeitgenössischer deutscher bildender Künstler.

Ronald Lewin tot

AP, London

Der britische Militärhistoriker Ronald Lewin, der eine Reihe von Werken über den Zweiten Weltkrieg verfaßt hat, ist im Alter von 69 Jahren in Guildford in der Grafschaft Surrey gestorben. Zu seinen Veröffentlichungen zählen Bücher über den Kriegspremier Sir Winston Churchill, über die britischen Feldherren Bernard Montgomery und Archibald Wavell sowie deren deutschen Gegenspieler Rommel.

Preis für „Evangeliar" verärgert Bürgermeister

Klage gegen Bundesinnenminister und Ministerpräsident

dpa, Kassel

Strafanträge gegen Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann (CSU) und den niedersächsischen Ministerpräsidenten Ernst Albrecht (CDU) hat der ehemalige Bürgermeister der Stadt Helmarshausen, heute Stadtteil von Bad Karlshafen (Kreis Kassel), Justus Wilhelm Krug (69), gestellt. Er wirft ihnen im Zusammenhang mit der Ersteigerung des Helmarshäuser „Evangeliars" Heinrich des Löwen Machtmißbrauch, leichtfertige Verschwendung von Steuermitteln, Irreführung der Öffentlichkeit und Verstoß gegen geltendes Haushaltsrecht in Verbindung mit den Artikeln 112 und 114 des Grundgesetzes zum Nachteil der Bundesrepublik Deutschland vor. Wie Krug gestern gegenüber dpa Kassel berichtete, habe er die Strafanträge an die Staatsanwaltschaften in Bonn und Hannover bereits am Mittwoch, dem 4. Januar, abgeschickt.

Am selben Tage hat Krug nach *eigenen Angaben auch an den Bundesrechnungshof* in Frankfurt geschrieben: „So beglückend die Tatsache ist, daß die wertvolle Handschrift für Deutschland gerettet sein soll, so bedrückend ist der dubiose Ruch des *Esoterischen, der diesen Kunsthandel umgibt."* Die deutsche Öffentlichkeit habe aber ein Recht darauf, zu erfahren, wie sorgsam hierzulande mit Steuermitteln umgegangen werde, fordert Krug in dem Schreiben. Er stellte deshalb den Antrag, der Bundesrechnungshof solle die Vorgänge umgehend prüfen.

Hintergrund der Aktivitäten des ehemaligen Bürgermeisters ist die Ersteigerung des Helmarshäuser „Evangeliars" Heinrich des Löwen im Auftrag der Bundesregierung am 6. Dezember im Aktionshaus Sotheby's in London durch den Amerikaner H. P. Kraus aus *New York und* den Engländern Bernhard Quaritsch für 32,5 Millionen Mark. Das 800 Jahre alte *Helmarshäuser* Evangeliar stammt von dem Benetiktinermönch Herimann aus der romanischen Malschule des Rogerus von Helmarshausen, der einstigen freien Reichsabtei an der Diemel in Nordhessen.

Krug betonte in dem Brief an den Bundesrechnungshof, er sehe „in dem selbstherrlichen Auftreten der beiden Ausländer" Kraus und Quaritsch in London, „die offenbar nach Gutdünken oder im Einvernehmen mit dem Bankier Abs in Millionenhöhe limitieren durften, einen schweren Verstoß gegen geltendes Recht".

In den Strafanträgen an die Staatsanwaltschaften betont Krug, ein „offiziöser Pressedient, der Platow-Brief" vom 16. Dezember '83, spreche im Zusammenhang mit dem Londoner Kunsthandel auf Kosten der Steuerzahler „von einem gekonnten Coup und Schlimmeren". So sollen inzwischen 40 Millionen fällig sein, eine Summe, die dem gesamten Jah*resetat des* Bundesrechnungshofs 1984 entspreche.

Ein Sprecher des Bundesinnenministeriums versicherte dagegen, beim Ankauf des Evangeliars seien die gesetzlichen Vorschriften einschließlich der Vorschriften des Haushaltsrechts beachtet worden. Das Ministe*rium habe die „tatsächlichen* und rechtlichen Aspekte der Angelegenheit" *vor der Ersteigerung sorgfältig* geprüft. Der Sprecher meinte, der Versuch, die „untaugliche Kritik" am Ankauf des Evangeliars mit gerichtlichen Mitteln fortzusetzen, sei „deshalb ebenso abwegig wie haltlos".

Das Evangeliar Heinrichs des Löwen – eine illuminierte Handschrift der vier Evangelien – war im Besitz des *Welfenhauses.* Die Stammreihe der Welfen geht auf den Grafen Welf I. (gestorben um 820) zurück. Seine Besitzungen lagen in Oberschwaben. Welf IV. wurde 1040 Herzog von Bayern. 1137 erhielten die Welfen das Herzogtum Sachsen. Nach dem Sturz Heinrichs des Löwen (1180) wurden *die Welfen auf ihren* niedersächsischen Besitz beschränkt. Sein Enkel, Otto das Kind, erhielt 1235 das Herzogtum Braunschweig-Lüneburg als Reichslehen. Seither führen die Welfen den Titel Herzog zu Braunschweig-Lüneburg.

„Spring doch" – da ließ der 19jährige sich fallen

Provokateure trieben zögernden Lebensmüden in den Tod

SAD, Luton

Mit angehaltenem Atem und fasziniert von dem Spiel mit dem Tode starrten die Schaulustigen in die Höhe: Auf dem Dach eines fünfstöckigen Parkhauses, 16 Meter hoch, stand ein wirr aussehender Jugendlicher und drohte, sich aufs Straßenpflaster zu stürzen.

Polizei, Feuerwehr und Krankenwagen kamen angerast. Zwei Stunden *lang redeten Beamte auf den* geistesschwachen Michael Childs (19) ein. Childs, der schon häufiger seinen Selbstmord angekündigt hatte, war auch diesmal drauf und dran, sich die Treppe wieder hinabführen zu lassen.

In diesem Moment ertönte ein erster Ruf aus der Menge: „Nun mach' schon, spring endlich." Ein paar andere unter den 50 Schaulustigen griffen den Ruf auf. „Los, spring, wir wollen Blut sehen", verlangten sie im Sprechchor und feuerten den Selbstmord-Kandidaten an. Während die Polizei noch versuchte, der makabren Aufforderung ein Ende zu setzen, *fühlte Childs* sich offenbar herausgefordert – und sprang. Wenige Stunden später erlag er im Krankenhaus in London seinen schweren Verletzungen.

Die Tragödie ereignete *sich* in einem Einkaufszentrum der Stadt, 50 Kilometer nördlich von London. „Ich *kann nur hoffen, daß der Tod dieses* jungen Mannes bis zum Lebensende auf dem Gewissen dieser Rohlinge lastet", kommentierte gestern ein Polizeibeamter die Katastrophe.

„Die haben sich wie Unmenschen benommen. Dabei waren sie nicht einmal betrunken. Sie fanden es einfach spaßig, sich über den armen Kerl lustig zu machen, und ihn kaltblütig in den Tod zu treiben. Einer stieg sogar die Stufen eines gegenüberliegenden Hotels hinauf, um näher an den Jungen heranzukommen und ihn zum Springen aufzufordern."

Die Polizei ist überzeugt: „Noch ein bißchen mehr Überredung; und der *Junge wäre unversehrt vom Dach* geklettert."

Childs, Sohn geschiedener Eltern, war erst vor kurzem aus einem Rehabilitierungszentrum für Geisteskranke entlassen worden und hatte sich in einem kleinen Hotel in Luton eingemietet. Wenige Stunden vor dem Selbstmord hatte er seinen Vater besucht.

„Wir hatten schon mehrmals mit *ihm und seinen Selbstmorddrohungen* zu tun", sagte ein Polizeisprecher. „Er versuchte, auf diese Weise auf sich aufmerksam zu machen. Bei allen früheren Ankündigungen war es uns gelungen, ihn von seiner Absicht abzubringen."

Als einer der fünf mutmaßlichen *„Spring schon"-Rufer wurde ein* 27jähriger festgenommen. Die einzige Anklage, die gegen ihn erhoben *werden kann, lautet auf* Landfriedensbruch, auf dem in Großbritannien Strafandrohung liegt.

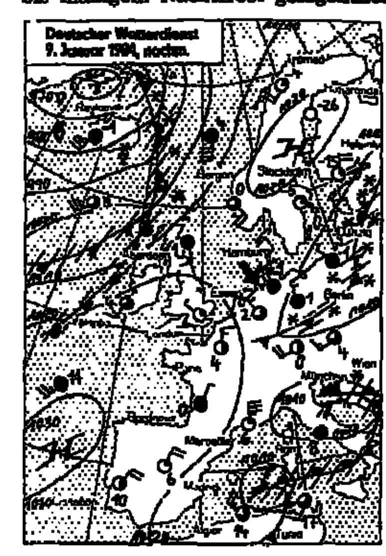
WETTER: Meist niederschlagsfrei

Wetterlage: Ein schwacher Hochkeil schwenkt am Montag über Deutschland hinweg ostwärts, bevor gegen abend atlantische Tiefausläufer von Nordwesten her auf Deutschland übergreifen.

Vorhersage für Dienstag:

Westen und Norden: Nach leichtem bis mäßigem Nachtfrost gelegentlich Aufheiterungen und weitgehend niederschlagsfrei. Nachmittagstemperaturen 3 Grad. Zum Abend Bewölkungszunahme und nachfolgend Niederschläge, anfangs als Schnee, im Flachland später in Regen übergehend. Dabei *Gefahr* von Straßenglätte.

Süddeutschland: Wechselnd wolkig *und anfangs noch einzelne* leichte Schneeschauer. Im Tagesverlauf zunehmende Aufheiterungen und niederschlagsfrei. Tageshöchsttemperaturen um null Grad. In der Nacht zwischen minus 4 und minus 8 Grad.



Weitere Aussichten:

Im Süden zunächst noch weitgehend niederschlagsfrei, im Norden weitere *Milderung.*

Temperaturen am Montag, 12 Uhr:

Berlin	1°	Kairo	16°
Bonn	3°	Kopenh.	–1°
Dresden	–1°	Las Palmas	18°
Essen	2°	London	2°
Frankfurt	3°	Madrid	6°
Hamburg	1°	Mailand	1°
List/Sylt	–2°	Mallorca	8°
München	0°	Moskau	–4°
Stuttgart	0°	Nizza	9°
Algier	14°	Oslo	–10°
Amsterdam	4°	Paris	4°
Athen	13°	Prag	0°
Barcelona	8°	Rom	8°
Brüssel	4°	Stockholm	–5°
Budapest	1°	Tel Aviv	12°
Bukarest	1°	Tunis	17°
Helsinki	–15°	Wien	4°
Istanbul	12°	Zürich	0°

*Sonnenaufgang am Mittwoch: 8.24 Uhr, Untergang: 16.36 Uhr, Mondaufgang: 13.05 Uhr, Untergang 0.14 Uhr.
*in MEZ, zentraler Ort Kassel



Der Stiftung zur Zeit prominentester „Pflegefall" – das Priorinnenhaus des „Adeligen Kloster" in Uetersen – eine längerfristige Aufgabe.
FOTO: CHRISTA KUJATH

Finanzhilfen für den letzten Glanz von alten Katen

Kieler Stiftung für den Wiederaufbau historisch wertvoller Bauten investierte in fünf Jahren 6,5 Millionen Mark

GISELA SCHÜTTE, Hamburg

Sie leistet finanziell Erste Hilfe für privaten Denkmalschutz: Die Stiftung „Historisch wertvolle Gebäude in Schleswig-Holstein", die gestern Bilanz ihrer fünfjährigen Arbeit zog. Seit 1979 hat das „Kind der Wohnungsbau-Kreditanstalt" bei der Sanierung von 164 bedeutenden Wohngebäuden *und damit* der Sicherung von 340 Wohnungen mitgeholfen. Dafür flossen 6,5 Millionen Mark in die privaten Bauvorhaben, 90 Prozent als zinsgünstige Darlehen.

„Wir helfen dort, wo eine stilgerechte und qualitätvolle Wiederherstellung erhebliche Zusatzkosten verursacht, indem wir die Spitzenfinanzierung übernehmen – für Sprossenfenster, Reetdächer oder Haustüren *im alten Stil", erklärte der Vorstands*-Vorsitzende der Stiftung, Wolfgang Ritter, in Kiel. Dabei seien drei Prozent Zinsen und zwei Prozent Tilgung schon die schlechtesten Bedingungen, die man bieten könne. Die Aufgabe der Stiftung liegt nicht darin, Sanierungsvorhaben zu bezahlen, sondern darin, dort *zusätzlich einzu*treten, wo private Initiative und Geld schon vorhanden sind, eventuell sich *bereits der Denkmalschutz beteiligt*, es aber dennoch für den letzten Glanz nicht mehr ganz reicht.

Die Stiftung entstand im Zeichen öffentlicher Energiesparprogramme. Um den Eigentümern von historisch bedeutenden Häusern den Einbau der teureren Accessoires zu ermögli*chen, entstand die Idee zu einem* Organ, das schnell und unbürokratisch Geld zusagen und zahlen konnte.

Am Anfang stand ein Kapital von 500 000 Mark aus der Kasse der Wohnungsbau-Kreditanstalt; mittlerweile wird jährlich eine Millione Mark eingezahlt. 160 000 Mark kamen in fünf Jahren durch Spenden hinzu. Durch Zinserträge brachten die ehrenamtlichen Stiftungsmitglieder das Kapital *auf sechseinhalb Millionen Mark.*

Es sind zwar durchweg nur kleine Bauvorhaben, die mit von den Stiftungsgeldern profitieren, aber solche, die gleichwohl – restauriert – Glanz ausstrahlen. In Stapelfeld, nahe Hamburg, wurde aus einer desolaten Kate ein ansehnliches Wohnhaus, das unterdessen *den Nachbarn fürs* Laien- und Puppenspiel offensteht. In Berkenthien bei Ratzeburg kam für eine *Kate die finanzielle Rettung kurz* vor dem Zusammenbruch.

Zum Jahresende wählte der Stiftungsrat aus der Liste baulicher Sorgenkinder in Schleswig-Holstein insgesamt 15 Objekte aus, die dieses Jahr in den Genuß von Zuschüssen kommen sollen. Zu den wenigen Daueraufgaben der Kieler Stiftung gehört das Johanniskloster in Schleswig, wo es jetzt um die Hilfe für ein Stallgebäude aus dem *17.* Jahrhundert geht, das man im 18. und 19. Jahrhundert zum Wohnhaus umgebaut hatte. In Uetersen braucht das gesamte „Adelige Kloster" eine grundlegende Sanierung. Die Stiftung will nun zur Rettung eines Nebengebäudes am Priorinnenhaus bei*tragen, einer Scheune, die kurz vor* dem Verfall steht.

Oft wird die „Erste Hilfe" für Bauten in historischen Ensembles benötigt oder für Häuser, die an städtebaulich bedeutenden Punkten stehen. Das gilt für ein Friesenhaus in Ockholm, das man schon von weitem *auf seiner Warft von der Straße nach* Dagebüll aus sehen kann; sein Reetdach muß erneuert werden. Ebenso *bestimmt ein Haus am Dorfanger* in Kuddewörde bei Trittau das Ortsbild. Die Altenteiler-Kate aus dem 18. Jahrhundert muß total saniert werden. Sie soll dann aber eine zusätzliche Wohnung aufnehmen.

Die Kate in Norderstedt bei Hamburg ist inzwischen unbewohnbar geworden. Hier wollen die Sanierer zeitgemäßes Wohnen und historische Treue unter ein Dach bringen.

In Pogeez, an der *alten Salzstraße* zwischen Mölln und Lübeck soll das bewegte Schicksal eines Fachhallenhauses von 1829 ein Ende finden. Der Bau stammt aus Tramm im Lauenburgischen, wo er einem Neubau weichen mußte. Nun soll das Haus in Pogeez wieder aufgestellt werden – in *der Nachbarschaft weiterer* bäuerlicher Baudenkmäler.

Architektur und Geschichte fordern Hilfe für den „Liliencronhof" in Pellworm: Auf dem Anwesen eines Deichgrafen von 1834 wohnte der Dichter Detlef von Liliencron von 1882–'83. Reetdach und Giebel brau*chen jetzt eine Kur. Der Bau soll als* Kulturdenkmal eingestuft werden.

Bolschoi-Theater fest in der Hand von Claqueuren

FRIED H. NEUMANN, Moskau

In sowjetischen Theatern sind stürmischer Applaus, reicher Blumensegen und begeisterte Bravo-Rufe nicht immer Ausdruck echter Publikumsgunst. Oft sorgen dafür wohlorganisierte Gruppen, die mit Annehmlichkeiten honoriert werden: mit Freikarten nach Wahl, einem üppigen Abendessen im Restaurant oder einfach mit Geld.

Nach einem Bericht der Zeitung „Sowjetskaja Rossija" versammeln sich vor jeder Aufführung des Moskauer Bolschoj-Theaters 30 bis 40 Claqueure, die sich mit Berechtigungsscheinen versorgen lassen.

Während reguläre Eintrittskarten kaum zu bekommen sind, werden diese Tickets von der Theaterleitung und den Schauspielern ziemlich großzügig verteilt. Für eine einzige Aufführung ermittelte die Zeitung 180 solcher Begünstigungen, die eigentlich für Angehörige und Fachstudenten bestimmt waren. Das Publikum verstehe wenig von Kunst, soll ein Kartenverteiler erklärt haben. „Wir beginnen zu klatschen und die Leute folgen." Außerdem brauchten *die Künstler nach schwierigen* Partien eine Verschnaufpause. Junge Künstler würden so durch den Beifall in ihrem Selbstbewußtsein gestärkt.

Die Claqueure scheuen aber nicht vor Nötigung und Erpressung zurück, wenn die angetragene Unterstützung verschmäht wird. Zu den *harmloseren Methoden gehört noch* das Klimpern fallender Schlüssel oder das störende Geräusch scharrender Füße und angestrengtes Husten, das sich durch die Sitzreihen fortsetzt und variiert werden kann, da stets mehrere beteiligt sind.

Meist lassen es die Künstler deshalb gar nicht so weit kommen und beugen sich den Forderungen. Falls nicht, werden sie oder ihre Frauen auf dem Heimweg belästigt. Besonders übel erging es dem Tänzer Do*maschew vom Stanislawski-Theater.* Er wurde mit Anrufen terrorisiert. Drei Männer verwehrten ihm den Zugang zum Theater. Während seines Auftritts huschten plötzlich Mäuse durchs Parkett, so daß das Publikum hysterisch wurde.

Die ansonsten recht leistungsfähigen sowjetischen Ordnungshüter sollen sich im Kampf gegen den „organisierten Mißerfolg" bislang als machtlos erwiesen haben.

Drogen-Telefon läutet rund um die Uhr

Italien setzt auf Privatinitiative beim Kampf gegen das Heroin/Notstandsgebiet Neapel

KLAUS RÜHLE, Rom

Die römische Telefonnummer 86 48 64 ist ständig besetzt. Aus ganz Italien treffen Anrufe ein; und die Anrufer sind fast durchweg junge *Menschen, die nicht mehr ein noch* aus wissen. Der telefonische Anschluß trägt den Namen „Telefono Amico". Sein Zweck ist die psychologische, moralische und praktische Hilfestellung für Drogensüchtige. Die Einrichtung besteht seit Mitte Dezember und hat in der relativ kurzen Zeit bereits vielen verzweifelten jungen Menschen, die mit Selbstmord drohten, einen Weg aus ihrer Not gewiesen. Sie verständigt Ärzte und sorgt für Soforthilfe.

„Freund Telefon" geht auf eine In*itiative ehemaliger Rauschgiftsüchti*ger zurück. Psychologen und Ärzte leisten Beihilfe. Der Anschluß in Rom wird rund um die Uhr von einer Gruppe von Freiwilligen bedient. Vor allem nachts steht das SOS-Telefon nicht still.

Die meisten Anrufe kommen aus Neapel, wo die Zahl der drogensüchtigen Minderjährigen von Woche zu Woche steigt. Eine Kontrolle der römischen Telefonzentrale ergab, daß im Verlauf von 24 Stunden mehr als 300 Anrufe aus Neapel und Umgebung stammten. Die dramatische Situation der hilfesuchenden neapolitanischen Minderjährigen hat die Organisation „Telefono Amico" veranlaßt, einen Autobus mit Telefonanlage auszurüsten, der in den nächsten Tagen in die süditalienische Großstadt geschickt werden soll, um an Ort und Stelle helfend einzugreifen.

Die Anrufer *sind oft noch Kinder.* Ein zehnjähriger Junge spritzt sich seit zwei Jahren Heroin in die Venen. Seine *Eltern wissen Bescheid.* „Aber was kann ich tun?" erwidert die an den Apparat gerufene Mutter. Ein 15jähriges Mädchen bittet um Hilfe, nachdem sie sich eine Überdosis verpaßt hat. Das SOS-Telefon macht über das Rote Kreuz einen Arzt ausfindig und rettet so ein Menschenleben. Oft rufen zehn- bis zwölfjährige an, *die sich aus Mangel an „Stoff"* unter Abstinenzschmerzen krümmen. Eine 13jährige, die zur Prostituierten geworden ist, um sich Heroin kaufen zu können, fleht um Hilfe. Sie will so nicht weiterleben. Eine Mutter, deren ältester Sohn sich umgebracht hat, will dessen gleichfalls drogensüchtigen Bruder retten. Sie berichtet, daß ihr rauschgiftsüchtiger Mann seine Söhne zum Diebstahl zwingt. Er braucht Geld für weiteren Stoff. Ein zwölfjähriger Junge möchte aus dem Teufelskreis ausbrechen – weiß aber nicht wie, weil *die ganze* Familie von seiner Tätigkeit als Rauschgiftdealer lebt. „Freund Tele*fon" steht in Italien in vorderster* Front im täglichen Krieg gegen die Drogenpest. Der Staat scheint bei den Problemen überfordert. Ziel der Telefon-Initiatoren ist denn auch der landesweite Aufbau einer Organisation aus freiwilligen Mitarbeitern.

Rätselhaftes Rendezvous am Nachmittag

JOCHEN LEIBEL, Paris

Seit gestern hat es Renato Nicolai aus dem Dörfchen Trans-en-Provence schwarz auf weiß: Er ist der einzige Franzose, der eine offiziell anerkannte „Fliegende Untertasse" gesehen hat. Das dementsprechende Beglaubigungsschreiben stammt von hochseriösen Wissenschaftlern des Landes.

Genau drei Jahre lang *mußte* der Maurer aus dem Süden des Landes warten, bis seiner „Vision" amtlich Glauben geschenkt wurde. Pausenlos werden in Frankreich zwar *„Ufos" gesichtet, doch in neunund*neunzig Prozent aller Fälle winken die Wissenschaftler ab. Bei Renato – ein Sonderfall – war es anders. Am 8. Januar arbeitete er im Garten seines Häuschens. „Plötzlich sah ich über mir die ‚Fliegende Untertasse'. Sie setzte fünfzig Meter von mir entfernt *zwischen zwei Tannen auf."* Renato ging vorsichtig auf das „Ding" zu, doch unvermutet stieg das „Ufo" – drei Meter breit und zwei Meter hoch – auf und verschwand am Himmel.

Renato berichtete seiner Frau von dieser unheimlichen Begegnung der dritten Art – und kümmerte sich dann nicht weiter darum. Ehefrau Jeanne dagegen war geschwätziger. Sie rannte zu einer Nachbarin und berichtete aufgeregt. Die Nachbarin ihrerseits plauderte mit dem Dorfgendarmen – und der machte aus Renatos ungewöhnlicher Nachmittagsbegegnung eine Staatsaffäre.

In Frankreich werden nämlich alle „Ufo"-Erscheinungen sorgfältig registriert. Bei der Gendarmerie gibt es *eine Sondereinheit*, die unter der Bezeichnung „Gepan" alle unerklärlichen Erscheinungen zu den Akten nimmt. *Diese Amtsstelle* reagierte, als der Dorfpolizist seinen schriftlichen Bericht über Renatos „himmliches Treffen" abgeliefert hatte. Man nahm zwar an, daß es sich wie so oft *nur um einen abgestürzten* Wetterballon handele, aber Ordnung muß sein, und deshalb kamen Fachleute in Renatos Garten, entnahmen Bodenproben, machten Luftanalysen und steckten zahlreiche Pflanzen und Blätter in ihre Plastiksäcke.

Diese Ausbeute ging an das Nationale Institut für agronomische Forschungen in Avignon. Hier analysierten Wissenschaftler und Techniker mehr als zwei Jahre lang und stellten dann einen Bericht zusammen, der dem Institutsleiter Doktor Bounias die Haare zu Berge trieb: Zum erstenmal nämlich kamen seine Untergebenen zum Schluß, daß die am Fundort festgestellten chemischen und physikalischen Änderungen wissenschaftlich nicht erklärbar seien.

Der Bericht blieb vorerst geheim. Niemand wollte sich blamieren. Die Ergebnisse wurden einem halben Dutzend anderer Laboratorien vorgelegt. Von überall kam dieselbe Antwort: unerklärlich.

Was die Wissenschaftler unabhängig voneinander feststellten, war: Die Blätter waren total ausgetrocknet, ohne das geringste Anzeichen von Hitzeeinwirkung. Bei Gräsern wurden unbekannte Mutationen entdeckt. Luzerne-Pflanzen hatten veränderte Farbpigmentierungen. Die Erdproben wiesen chemische Verän*derungen auf, die mindestens* 600 Grad Celsius Wärme verlangten.

All das, so gaben Doktor Bounias und seine Mitarbeiter schließlich zu, überstieg wissenschaftliche Erklärungen. Im dickleibigen Untersuchungsbericht kam man deshalb zum Schluß, daß im Garten von Renato Nicolai „ein bedeutendes *Ereignis"* stattgefunden hat, das keine „eindeutige Erklärung" erlaubt. Für den Maurer aus Trans-en-Provence reichten die vorsichtigen Wissenschaftlerworte aus, triumphierend von einer amtlichen Anerkennung zu sprechen. Nur eines bedauerte der „Ufo"-Beobachter: daß er nicht näher an die „Fliegende Untertasse" herankam. Vielleicht hatten ja die Insassen Angst vor ihm. (SAD)

Schußwechsel in Münchner Bahnhofsviertel

dpa, München

Nach dem schweren Brandanschlag auf eine Sex-Bar wurde gestern abend im Münchner Bahnhofsviertel geschossen. Ein Mann wurde von Polizeischüssen getroffen. Die Polizei war mit dem Alarmruf „Mann mit Pistole" in ein Nachtlokal in der Schillerstraße gerufen worden. Der Pistolenmann habe zwei Beamte bedroht, die in das Lokal „Sanssouci" gingen. Beide Polizisten hätten von ihren Schußwaffen Gebrauch gemacht, bevor der Mann schießen konnte. Der Mann sei getroffen und vermutlich schwer verletzt worden. Ein sofort gerufener Notarzt habe ihm erste Hilfe geleistet. In derselben Straße hatten in der Nacht zum Sonntag Unbekannte zwei Benzinbomben in ein Kellerlokal geworfen. Dabei waren sieben Menschen verletzt worden.

Naturschauspiel

dpa, New York

Viele Menschen im nordwestlichen Minnesota sahen Sonntag abend eine *seltene Himmelserscheinung:* Ein großer Meteor zog mit einem blauweißen Lichtstrahl und einen Knall, wie er beim Durchbruch der Schallmauer entsteht, über ihnen seine Bahn und verglühte.

Neun Finger angenäht

AFP, Peking

Neun Finger haben vier Ärzteteams im Verlaufe einer 30stündigen Operation einem Druckereiarbeiter in Shandong (Ostchina) wieder angenäht. Dem Mann waren bei einem Betriebsunfall bis auf den linken Daumen sämtliche Finger abgetrennt worden. *Die Chirurgen operierten nach* Berichten der Nachrichtenagentur „Neues China" gleichzeitig mit vier Mikroskopen.

Wieder auf freiem Fuß

dpa, München

Auch nach Vernehmung der Opfer *des Brandanschlags auf eine* Münchner Sex-Bar, bei dem sechs Gäste und Angestellte sowie ein Feuerwehrmann verletzt worden waren, hat die Polizei keine Hinweise auf die Brandstifter. Ein 20jähriges Barmädchen liegt mit schweren Brandwunden noch auf der Intensivstation. Die nach dem Tip eines anonymen Anrufers in der Nacht zu gestern in der Nähe des abgebrannten Kellerlokals „Liverpool" festgenommenen Italiener scheiden nach neuen Ermittlungen der Polizei als Täter aus.

Hatte Elvis Krebs?

SAD, *London*

Elvis Presley, der am Wochenende 49 Jahre alt geworden wäre, litt an Knochenkrebs, aber die heimtückische Krankheit wurde erst nach dem Tod des Rock-'n'-Roll-Königs bei einer Geheimautopsie diagnostiziert. Das enthüllte der Amerikaner Larry Geller, einer der engsten Freunde von Presley, jetzt in London. Presley, der im August 1977 starb, litt in seinem letzten Lebensjahr an rätselhaften Schmerzen.

ZU GUTER LETZT

Wer kennt sie nicht: die jungen Frauen. Früher konnten sie kochen wie ihre Mütter, heute können sie saufen wie ihre Väter.

Paul Lauf, innenpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, vor dem deutschen Beamtenbund in Bad Kissingen.